

Dana de la Fontaine
Stauffenbergstr. 30 / 72074 Tübingen
danadlf@yahoo.com

Die Institutionalisierung sozialer Bewegungen am Beispiel der Landlosenbewegung MST in Brasilien

Schriftliche Arbeit zur Erlangung des Akademischen Grades "Magister Artium"
an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
der Eberhard Karls Universität Tübingen

vorgelegt bei:

Prof. Dr. Andreas Boeckh
(Erstgutachter)

PD Dr. Harald Barrios
(Zweitgutachter)

Tübingen, 15. September 2005

Inhaltsverzeichnis

I.	Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	4
II.	Abkürzungsverzeichnis	5
1.	Einleitung	7
2.	Theoretische Grundlagen	11
2.1.	Die Institutionalisierung der sozialen Bewegungen auf der nationalen Ebene	11
2.1.1.	Der Nationalstaat als Aktionsraum der modernen sozialen Bewegungen	11
2.1.2.	Die Bewegungsforschung und die Frage der Institutionalisierung	12
2.1.3.	Die Bewegungsforschung in Lateinamerika	14
2.2.	Theoretische Grundlage zur Analyse der Institutionalisierung der MST	17
2.2.1.	Raschkes Modell zur Institutionalisierung von sozialen Bewegungen	17
2.2.1.1.	Die Aktionsstrategien	19
2.2.1.2.	Die Aktionsformen	22
2.3.	Die Institutionalisierung von sozialen Bewegungen auf der internationalen Ebene	25
3.	Die Landarbeiterbewegung in Brasilien bis 1984	30
3.1.	Die Entstehung der Landarbeiterbewegung	31
3.2.	Die Landarbeiterbewegung während der Militärdiktatur (1964-1984)	34
3.3.	Die Rolle der Katholischen Kirche	35
3.4.	Fazit	36
4.	Die MST und die Entstehung einer Bewegungsorganisation	37
4.1.	Phase des „Take-off“ (1978-1985)	37
4.2.	Phase der Formalisierung ab 1985	39
4.2.1.	Formalisierung der Mitgliedschaft	39
4.2.2.	Interne Differenzierung	40
4.2.2.1.	Die operationalen Gremien	41
4.2.2.2.	Die administrativ-planerischen Gremien	42
4.2.3.	Professionalisierung	43
4.2.4.	Herausbildung der politischen Ziele	45
4.2.5.	Sicherung der Ressourceneinnahmen	45
4.3.	Fazit	46
5.	Die Institutionalisierung der MST auf der nationalen Ebene	47

5.1. Die intermediären Aktionsformen der MST	47
5.1.1. MST und die Legislative	48
5.1.1.1. Das Verhältnis zwischen MST und PT	50
5.1.2. MST und die Exekutive	52
5.1.2.1. Erste Phase (1985-1994)	52
5.1.2.2. Zweite Phase (1995-2002)	55
(1) Cardosos Reformpolitik	56
(2) Die MST und die „neoliberale“ Wende	58
(3) Die Interaktion zwischen der MST und Cardoso	60
5.1.2.3. Dritte Phase (2003-2005)	62
(1) Lulas zweigleisige Landwirtschaftspolitik	62
(2) Die Aufspaltung der MST	65
(3) Kritische Solidarität der MST gegenüber Lula seit 2004	66
5.1.3. Fazit zu den intermediären Aktionsformen	68
5.2. Die direkt-koerziven Aktionsformen	72
5.2.1. Der zivile Ungehorsam	72
5.2.2. Erste Phase (1985-1994)	73
5.2.2.1. Landbesetzungen unter Sarney, Collor und Franco	75
5.2.3. Zweite Phase (1995-2002)	77
5.2.3.1. Der Erfolg der Landbesetzungen	77
5.2.3.2. Besetzungen staatlicher Behörden und Straßenblockaden	79
5.2.4. Dritte Phase (2003-2005)	81
5.2.5. Fazit zu den direkt-koerziven Aktionsformen	83
5.3. Die demonstrativen Aktionsformen	84
5.3.1. Erste Phase (1985-1994)	84
5.3.2. Zweite Phase (1995-2002)	86
5.3.3. Dritte Phase (2003-2005)	89
5.3.4. Fazit zu den demonstrativen Aktionsformen	91
5.4. Fazit: Die sich aus den Aktionsformen ergebende Aktionsstrategie der MST	92
6. Die Institutionalisierung der MST auf der internationalen Ebene	96
6.1. Die MST und die Expansion des politischen Aktionsraums	96
6.2. Via Campesina	97
6.2.1. Ziele und Forderungen der Via Campesina	98
6.2.2. Der internationale politische Aktionsraum der Via Campesina	99

6.2.2.1. Vía Campesina als „Insider“	99
6.2.2.2. Vía Campesina als „Outsider“	101
6.2.2.3. Fazit zur Vía Campesina als „In- und Outsider“	102
6.3. Vía Campesina und MST	103
6.3.1. Vorteile für die MST auf der internationalen Ebene	103
6.3.2. Vorteile für die MST auf der nationalen Ebene	104
6.4. Fazit: MST und die „strong state thesis“	105
7. Schluss	108
8. Anhang	122

I. Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildungen	Seite
Abb.1: Aktionsformen und Aktionsstrategien nach Raschkes Modell	20
Abb.2: Entwicklungsmöglichkeiten einer Bewegungsorganisation	21
Abb.3: Interaktionen auf der internationalen Ebene	27
Abb.4: Organisationsstruktur der MST	41
Abb.5: Ansiedlung landloser Familien durch die Exekutive (1985-1994)	55
Abb.6: Anzahl der Landbesetzungen in Brasilien (1983-1992)	75
Abb.7: Anzahl der MST- Lager (1990-2001)	76
Abb.8: Landenteignungen durch die Exekutive (1985-1994)	77
Abb.9: Landbesetzungen und Lager der MST (2002-2003)	82
Abb.10: Entwicklung der Aktionsformen der MST in drei Phasen (1985–2005)	94
Tabellen	
Tabelle 1: Budget der INCRA 1995-2002	61
Tabelle 2: Budget der INCRA 2003-2005	63

II. Abkürzungsverzeichnis

ABRA	Associação Brasileira de Reforma Agrária
ALCA	Área de Livre Comércio das Américas (im Englischen FTAA)
CONTAG	Confederação Nacional dos Trabalhadores na Agricultura
CPT	Comissão Pastoral da Terra
CUT	Central Única dos Trabalhadores
FAO	Food and Agriculture Organization
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IFAP	International Federation of Agricultural Producers
ILO	International Labour Organization
INCRA	Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária
IWF	Internationaler Währungsfond
MST	Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra
MTST	Movimento dos Trabalhadores Sem Teto
PCB	Partido Comunista Brasileiro
PCdoB	Partido Comunista do Brasil
PDT	Partido Democrático Trabalhista
PFL	Partido da Frente Liberal
PL	Partido Liberal
PMDB	Partido do Movimento Democrático Brasileiro
PPB	Partido Progressista Brasileiro
PPS	Partido Popular Socialista
PRN	Partido da Reconstrução Nacional
PS	Partido Socialista
PSB	Partido Socialista Brasileiro
PSC	Partido Social Cristão
PSDB	Partido da Social Democracia Brasileira
PSL	Partido Social Liberal
PST	Partido Social Trabalhista
PT	Partido dos Trabalhadores
PTB	Partido Trabalhista Brasileiro
PTN	Partido Trabalhista Nacional
UDR	União Democrática Ruralista

ULTAB	União dos Lavradores e Trabalhadores Agrícolas do Brasil
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
VN	Organisation der Vereinten Nationen
WB	Weltbank
WTO	World Trade Organization

1. Einleitung

Die Untersuchung von sozialen Bewegungen in Lateinamerika ist seit den 1980er Jahren erneut zu einem wichtigen Forschungsschwerpunkt sowohl in Europa als auch in den USA und in Lateinamerika geworden. Dabei ging es zunächst um die Frage, wie sich soziale Bewegungen unter den autoritären Regimes, die in vielen lateinamerikanischen Ländern in den 1970er und 1980er Jahren herrschten¹, herausbilden konnten. Ab Ende der 1980er Jahre war dann von Interesse, wie sich diese Bewegungen in der Phase der Demokratisierung als Vertreter großer und aus der Gesellschaft ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen in den politischen Systemen integrieren konnten (Foweraker 2001: 840; Haber 1996: 172; Munck 1990: 27). Eine sehr wichtige Rolle spielen in dieser Hinsicht die ländlichen Bewegungen², die in Ländern wie Brasilien, El Salvador oder Guatemala zu einer Renaissance der bereits in den 1960er Jahren konfliktreichen Landfrage führten (Boris 1998: 38 ff.; Windfuhr 1997: 17). Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der größten ländlichen sozialen Bewegung Lateinamerikas, der Landlosenbewegung *Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra* (MST) in Brasilien. In einem Land, das bis heute durch eine der ungerechtesten Landverteilungen der Welt geprägt ist, hat der Konflikt um Land eine lange Geschichte, die bis in die Zeit der Unabhängigkeit im Jahr 1822 zurückreicht und bis heute andauert (Cardoso 1997: 10 ff). Gemessen am Gini-Koeffizienten³ entspricht die Konzentration des Bodenbesitzes in Brasilien bis heute einem Wert von über 0,8 (Bröckelmann-Simon 1994: 80). So ist die Kluft zwischen Groß- und Kleinbesitzern im Jahr 2003 derart groß, dass die Hälfte der gesamten als Privatbesitz erfassten Fläche Brasiliens allein 3,5% aller Landbesitzer gehört. Dem gegenüber verfügen 74% aller Grundbesitzer über lediglich 12% des privaten Landeigentums (PNRA 2004: 11)⁴. Die ungerechte Landverteilung weist darauf hin, warum ausgerechnet im flächenmäßig größten Land Lateinamerikas der Konflikt um Land und der Kampf ländlicher sozialer Bewegungen für eine Landreform noch immer aktuell sind. Ein kurzer Blick in die jüngste Geschichte des Landes macht darauf aufmerksam, dass die Umverteilung des Landbesitzes mittels einer Landreform ein Tabu in der brasilianischen Gesellschaft darstellt: So führte die Drohung des brasilianischen Präsidenten Goulart im Jahr

¹ Autoritäre Regimes herrschten in den 1970er, bzw. 1980er Jahren u.a. in Argentinien (1976-1983), Brasilien (1964-1985), Bolivien (1971-1979/1985), Chile (1973-1989), Ekuador (1972-1979), Guatemala (1954-1986), Paraguay (1954-1989) und Uruguay (1973-1985) (Vgl. Boris 1998: 106).

² In der Bewegungsforschung werden die Begrifflichkeiten ländliche Bewegung, Landarbeiterbewegung, Bauernbewegung oder auch Campesino-Bewegung meist synonym verwendet, was auch für diese Arbeit gilt.

³ Der Gini-Koeffizient misst die Konzentration der Landverteilung in einer bestimmten Gesellschaft auf einer Skala zwischen null und eins. Bei dem Wert null besteht die absolute Gleichverteilung, bei eins die völlige Konzentration des Landbesitzes.

⁴ Ein Großgrundbesitz hat eine Fläche von über 1000 Hektar, während Kleinbesitze einer Fläche bis 50 Hektar entsprechen (Bröckelmann-Simon 1994: 137 ff.)

1964, auch ohne die Unterstützung des Kongresses die von der Landarbeiterbewegung geforderte Landreform durchzuführen nicht nur zu dessen Absetzung, sondern auch zur Machtergreifung der Militärs. Es sollte schließlich 20 Jahre - also bis nach Ende der Militärdiktatur - dauern, bis eine Thematisierung der Landfrage in der Öffentlichkeit erneut möglich war. Einer der wichtigsten Akteure in dieser Hinsicht war und ist die MST.

Die zentrale **Fragestellung dieser Arbeit** lautet, inwiefern, das heißt *ob* und *wie*, sich die MST seit ihrer Entstehung Mitte der 1980er Jahre bis heute (2005) auf der nationalen Ebene institutionalisiert hat. Der Begriff der Institutionalisierung wird in dieser Arbeit in Anlehnung an ein Modell von Raschke (1985) als eine mögliche Aktionsstrategie verstanden, die eine soziale Bewegung anwenden kann, um mit dem politischen System zu interagieren. Welche Voraussetzungen eine soziale Bewegung erfüllen muss, um als institutionalisiert angesehen werden zu können, wird im theoretischen Kapitel genauer definiert.

Dem Thema der Institutionalisierung der MST auf der nationalen Ebene nachzugehen, ist besonders für ein besseres Verständnis der Rolle ländlicher sozialer Bewegungen in einer jungen Demokratie wie Brasilien interessant: Die MST ist noch während der Militärdiktatur (1964-1985) entstanden, als vom Staat unabhängige Organisationen, welche die Interessen der ländlichen Bevölkerung vertraten, verboten, bzw. aus dem politischen System ausgegrenzt wurden. Diese Situation änderte sich mit Beginn der Transition ab 1985: Als wichtigste autonome ländliche Bewegung bildete sich die MST heraus, die zunehmend mit dem politischen System interagiert. Diesbezüglich stellt sich die Frage, wie sich diese Interaktion zwischen 1985 und 2005 entwickelt hat, bzw. ob sich eine Institutionalisierung der MST verzeichnen ließ.

Obwohl der Fokus dieser Arbeit auf die nationale Ebene gerichtet ist, kommt man aufgrund der Entwicklung der MST nicht umhin, zudem der Frage nachzugehen, ob sich Tendenzen der Institutionalisierung auf der internationalen Ebene abzeichnen lassen: Denn ab Mitte der 90er Jahre beschränkte sich der Aktionsraum der MST nicht nur auf die nationale Ebene, da sie im Zusammenschluss mit ländlichen Bewegungen aus anderen Ländern auch im internationalen System agierte. Mit den Auswirkungen dieser Entwicklung auf das Verhältnis der MST gegenüber dem brasilianischen Staat soll die Untersuchung der Institutionalisierung dieser Bewegung beschlossen werden.

Diese Arbeit bewegt sich durch die Analyse der Interaktion zwischen einer sozialen Bewegung und dem Staat, bzw. dem politischen System, im Rahmen der politischen Soziologie, die als Teilgebiet zwischen der Politikwissenschaft und der Soziologie angesehen wird (Quenter 1999: 108). Es ist anzumerken, dass die Erforschung eines solchen Teilgebiets

zwar die Möglichkeit bietet, auf ein breiteres Spektrum an theoretischen Ansätzen und Vorgehensweisen zurückzugreifen, was sich auf eine Untersuchung wie die vorliegende bereichernd auswirkt. Andererseits erweisen sich Studien aus diesem Teilbereich oft als verwirrend und ungenau, da nicht immer von einer einheitlichen Begriffsverwendung oder aber übereinstimmenden Definitionen ausgegangen werden kann. In dieser Arbeit wird versucht, grundsätzlich politikwissenschaftliche Begriffe zu benutzen. In Bezug auf die Betrachtung der Institutionalisierung der MST auf der internationalen Ebene wurden zusätzlich Ansätze der internationalen Beziehungen miteinbezogen. Eine Darstellung zum Thema Institutionalisierung der sozialen Bewegungen in der Bewegungsforschung, als auch die Vorstellung der in dieser Arbeit verwendeten Ansätze erfolgt im Kapitel 2.

Für die theoretische Grundlage dieser Arbeit wurde im Wesentlichen auf die etablierten Theoretiker der Bewegungsforschung wie della Porta/Diani (1999), della Porta/Kriesi (1999), Foweraker (1995), Kriesi (1986,1996), McCarthy & Zald (1974), Raschke (1985), Rucht (1990, 1997, 1999), Tarrow (1988, 1996, 1998) und Tilly (2004) zurückgegriffen.

Für die Fallstudie erwiesen sich die Beschaffung und insbesondere die Bewertung von Informationen über die MST seit 1985 als eine äußerst schwierige Aufgabe. Die wenige wissenschaftliche Literatur zum Thema beschäftigt sich zumeist in einer voreingenommenen und zwar MST-verherrlichenden Art und Weise mit dieser sozialen Bewegung, wie etwa bei Fernandes (2000, 2001), Harnecker (2003), Petras/Veltmeyer (2003) oder Wolford/Wright (2003) zu beobachten ist. Ausnahmen bilden etwa die Studien von Bröckelmann-Simon (1994), Calcagnotto/Gottwald (2003), Carter (2005) und Konder (2001). Ähnlich verhält es sich im Umgang mit Primärquellen. Eine große Menge an Informationen bot die Internetpräsenz der MST, deren Differenzierungsgehalt jedoch oft fraglich erschien. In Bemühung um eine objektive Darstellung und vertrauenswürdige Fakten wurde deshalb auch auf andere Primärquellen wie etwa Zeitungsartikel der *Folha de São Paulo* zurückgegriffen, die der MST gegenüber meist einen kritischen Standpunkt einnimmt.

Diese Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut: Das zweite Kapitel gibt einen Überblick über die Auseinandersetzung der Bewegungsforschung mit dem Thema Institutionalisierung von sozialen Bewegungen. Dabei wird sowohl auf west-europäische, US-amerikanische als auch auf lateinamerikanische Forschungsschwerpunkte eingegangen. Daraus hervorgehend werden die theoretischen Ansätze vorgestellt, auf welche die folgende Analyse der MST gründet.

Das dritte Kapitel liefert - einleitend - wichtige Hintergrundinformationen zur Entwicklung der Landarbeiterbewegung in Brasilien seit den 1940er Jahren bis zum Jahr 1984. Die Berücksichtigung dieses zeitlichen Abschnitts ist insofern von Bedeutung, als dass dadurch

ersichtlich wird, warum bis in die 80er Jahre keine vom Staat unabhängige Landarbeiterbewegung entstanden war, bzw. warum die Entstehungsbedingungen für eine solche erst ab dieser Zeit gegeben waren. Daran anschließend geht das vierte Kapitel genauer auf die Frage ein, inwiefern sich die MST aus der sich formierenden Landarbeiterbewegung als eine Bewegungsorganisation herausbilden konnte, die zunehmend den Kontakt zum politischen System suchte. Kapitel fünf thematisiert darauf aufbauend die Frage nach der Institutionalisierung der MST auf der nationalen Ebene. Gemäß der in Kapitel zwei für eine Institutionalisierung festgelegten Kriterien wird hier die MST, bzw. ihre Interaktion mit dem politischen System untersucht. In Kapitel sechs folgt anschließend eine kurze Betrachtung der Institutionalisierungsbestrebungen der MST auf der internationalen Ebene, wobei hier danach gefragt wird, ob die nationale Ebene für die MST an Wichtigkeit verloren hat. Mit einem Gesamtfazit und einem Ausblick beschließt Kapitel sieben diese Arbeit.

2. Theoretische Grundlagen

In diesem Kapitel wird an erster Stelle dargestellt, wie die Bewegungsforschung in Westeuropa, in den USA und in Lateinamerika das Thema der Institutionalisierung von sozialen Bewegungen auf der nationalen Ebene behandelt. Anschließend wird das theoretische Modell von Raschke vorgestellt, welches später für die Analyse der Institutionalisierung der MST auf nationaler Ebene zugrunde gelegt werden soll. In einem zweiten - aber kleineren - Schritt wird auf die theoretische Auseinandersetzung mit der Institutionalisierung von sozialen Bewegungen auf der internationalen Ebene eingegangen, die sich in der Bewegungsforschung verstärkt seit den 1990er Jahren ergeben hat. Dabei wird danach gefragt, wie sich die Institutionalisierung theoretisch darstellen und erklären lässt.

2.1. Die Institutionalisierung der sozialen Bewegungen auf der nationalen Ebene

2.1.1. Der Nationalstaat als Aktionsraum der modernen sozialen Bewegungen

Mit der Etablierung des Nationalstaats in Westeuropa entstand ab dem 18. Jahrhundert ein neuer politischer Aktionsraum, welcher die Grundlage für die Entstehung der modernen sozialen Bewegungen⁵ bedeutete. Durch den Nationalstaat war ein neues politisches Zentrum entstanden, welches ein bestimmtes Territorium administrativ durchdrang und dessen Ressourcenbestände - etwa über Steuereinnahmen - zentral kontrollierte (Raschke 1985: 138, 290). Dadurch, dass der Staat etwa für die Regulierung des Steuersystems, die Kriegsführung, die Verteilung öffentlicher Dienstleistungen und die Herstellung öffentlicher Infrastruktur zuständig war, wurde dieser zunehmend zum *Target*, also zum Hauptadressaten für sozialen Protest (Tilly 2004: 52 ff.).

Ab jener Zeit wurden Konflikte immer seltener von den Konfliktparteien auf lokaler Ebene direkt ausgetragen: Stattdessen bildeten sich auf nationalstaatlicher Ebene Interessenkoalitionen, die ihre Forderungen kollektiv an den Staat richteten. Der Staat übernahm gleichzeitig auch die Rolle als Vermittler zwischen nicht-staatlichen Interessenkonflikten (Tarrow 1996: 48).

Für die frühbürgerlichen Bewegungen, die ersten modernen sozialen Bewegungen überhaupt, war die Etablierung des National-, bzw. des Verfassungsstaats von besonderer Bedeutung: Durch den Schutz der Bürgerrechte, wie etwa Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, und die Etablierung des allgemeinen Wahlrechts wurde breiten Teilen der Bevölkerung ermöglicht, auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung

⁵ Für Raschke stellen die Französische Revolution im Jahr 1789 und die Entstehung des modernen Nationalstaates den Zeitraum dar, ab welchem von modernen sozialen Bewegungen gesprochen werden kann (Raschke 1985: 84).

Einfluss auszuüben. Mit der Etablierung parlamentarischer Strukturen konnte zum ersten Mal von einer Institutionalisierung der sozialen Bewegungen gesprochen werden. So gründeten die frühbürgerlichen⁶ Bewegungen Interessenverbände oder Vereine, anhand welcher sie auf die Interessen der Eliten - die als Parteien oder Fraktionen in Parlamenten vertreten waren - Einfluss ausüben wollten (Raschke 1985: 141, 233; Tarrow 1998: 67).

Auch die sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildenden so genannten alten sozialen Bewegungen – gemeint sind hier vor allem die Arbeiter- und die Landarbeiterbewegung – sahen den Nationalstaat als das wichtigste *Target* für ihre Forderungen an. Ähnlich wie die frühbürgerlichen Bewegungen hatten auch sie Teilnahmeansprüche im politischen Bereich. In Form von Gewerkschaften oder Parteien institutionalisierten sich viele dieser alten sozialen Bewegungen auf der nationalen Ebene, um die politischen Interessen der abhängig Beschäftigten, bzw. der unteren sozialen Schichten zu repräsentieren (Raschke 1985: 142).

2.1.2. Die Bewegungsforschung und die Frage der Institutionalisierung

In Anbetracht der Entwicklung der frühbürgerlichen und der alten sozialen Bewegungen ging die westeuropäische Bewegungsforschung in Bezug auf die Institutionalisierung seit Ende des 19. Jahrhunderts meist von einer linearen Entwicklungsvorstellung, bzw. von einem Stufentheorem aus. Seit den Studien „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ von Robert Michels (1911) und „Der typische Verlauf sozialer Bewegungen“ von Rosa Mayreder (um 1917) verstanden die Vertreter der linearen Entwicklungsvorstellung unter Institutionalisierung einer sozialen Bewegung die Abfolge bestimmter Entwicklungsstufen, die eine Intensivierung der Interaktion der sozialen Bewegung mit dem politischen System darstellt⁷. Institutionalisierung wurde demnach - grob dargestellt - in einem ersten Schritt mit der Formulierung politischer Ziele und der Herausbildung organisatorischer Strukturen gleichgesetzt, worauf die Herausbildung einer Führungsschicht, bzw. die Oligarchisierung⁸ und schließlich die Etablierung der sozialen Bewegung innerhalb des politischen Systems als Agentur der Interessenvermittlung folgte. Dem Ansatz nach führte

⁶ Für den deutschen Fall unterscheidet Raschke folgendermaßen zwischen den frühbürgerlichen und den alten sozialen Bewegungen: Während die frühbürgerlichen Bewegungen in einer vorindustriell-modernisierenden Phase in der ersten Hälfte des 19. Jh. zu verorten sind, werden die später als alte soziale Bewegungen bekannten Arbeiter-, bzw. Landarbeiterbewegungen mit der Phase der Industrialisierung ab 1860 in Verbindung gebracht (Raschke 1985: 25 ff.).

⁷ Während sich Michels (1911) auf die Institutionalisierung der Arbeiterbewegung in Westeuropa konzentrierte, stand für Mayreder (1917) die Frauenbewegung im Mittelpunkt ihrer Forschung.

⁸ Michels „ehernem Gesetz der Oligarchisierung“ zufolge kommt es in allen Großorganisationen zwangsläufig zur Herausbildung einer Oligarchie, bzw. einer Führungsgruppe, die aufgrund der Konzentration bestimmter Aufgaben in ihren Händen an Macht gewinnt, sich dadurch von der Mehrheit der Mitglieder distanziert, bürokratisiert und in das politische System integriert (Rucht u.a. 1997: 35 ff.).

diese Entwicklung zur Selbstaufhebung der sozialen Bewegung, da sich diese im Laufe ihrer Institutionalisierung an die Strukturen des politischen Systems anpasste und ihre ursprünglichen Eigenschaften verlor (Rucht u.a. 1997: 35ff.).

Die grundlegende Annahme der linearen Entwicklungsvorstellung, dass sich soziale Bewegungen im Laufe der Zeit innerhalb eines politischen Systems institutionalisieren, wurde in der westeuropäischen Bewegungsforschung im Rahmen der Untersuchung zu den neuen sozialen Bewegungen (NSB) jedoch zunehmend in Frage gestellt. Zu den NSB werden etwa die Ökologie-, Frauen-, Friedens-, Bürgerrechts- und Studentenbewegungen in Westeuropa und den USA gezählt, die sich seit Mitte der 1960er Jahre gebildet hatten (Offe 1990: 232; Rucht 1990: 157). In Anbetracht des „anti-institutionellen“ Charakters und des geringen Willens der NSB, sich in den jeweiligen politischen Systemen zu institutionalisieren, stimmten die theoretischen Grundsätze des Stufentheorems nicht mehr mit der Realität überein. Der „anti-institutionelle Charakter“ der NSB machte sich durch ihre Ablehnung der etablierten Institutionen der Interessenvermittlung bemerkbar, zu denen etwa Parteien, Verbände und Verwaltungen mit als hierarchisch, träge und verkrustet wahrgenommenen Strukturen zählten (Rucht u.a. 1997: 20). In der westeuropäischen Bewegungsforschung wurde also die lineare Entwicklungsvorstellung fortan als zu deterministisch angesehen, da sie übersah, dass im Grunde jede soziale Bewegung eine eigene Form der Interaktion mit dem politischen System entwickeln könnte, wobei die Institutionalisierung lediglich eine Möglichkeit unter weiteren darstellte (della Porta/Diani 1999: 147).

Zu ähnlichen Ergebnissen kam es seit den 1960er Jahren auch in der US-amerikanischen Bewegungsforschung, die sich verstärkt mit der Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und dem politischen System, insbesondere mit der Frage der Institutionalisierung auseinandersetzte. Die wichtigsten theoretischen Ansätze waren hier die Ressourcenmobilisierung und der *Political Process Approach*. Der in den 1970er Jahren von McCarthy/Zald aus Mancur Olson's (1965) *Rational Choice*-Theorie abgeleitete Ansatz der Ressourcenmobilisierung geht davon aus, dass kollektives Handeln, bzw. kollektiver Protest erst durch das Vorhandensein von Ressourcen (etwa Geld, Arbeit, Einrichtungen und Legitimität) entstehen kann. Für die Mobilisierung und die rationale Allokation der Ressourcen sei aber die Entstehung einer *Social Movement Organization*, also einer Bewegungsorganisation, notwendig. Grundsätzlich ist eine Bewegungsorganisation eine komplexe und formelle Organisation, deren Ziele mit denen der sozialen Bewegung übereinstimmen (s.u.) (McCarthy/Zald 1977: 1266 ff.). Der Ansatz der Ressourcenmobilisierung markierte in den 1970er Jahren einen Paradigmenwechsel in der

US-amerikanischen Bewegungsforschung, da sich dieser von der Annahme distanzierte, dass kollektive Aktionen grundsätzlich irrational – also durch Affekte und Ängste geleitet – wären und keine klare Zielsetzung hätten, wie es etwa der *Collective-Behaviour* Ansatz annahm (Hellmann 1998: 12). Von zentraler Bedeutung für die Ressourcenmobilisierungstheorie waren die Studien „*Poor Peoples Movements*“ von Piven/Cloward (1977) und „*The Strategy of Protest*“ von William Gamson (1975).

Der erstmals von Tarrow aus dem Ansatz der Ressourcenmobilisierung weiterentwickelte *Political Process Approach* versuchte dann in den 1980er Jahren die Bewegungsorganisation mit ihrer politischen Umwelt in Verbindung zu bringen. Das Besondere an diesem Ansatz war die Orientierung am Akteur und dessen Aktionen, so dass die Interaktion mit dem Staat aus der Sicht der sozialen Bewegung dargestellt wurde. Bei der Betrachtung der Institutionalisierung der Bewegungsorganisation konzentrierte sich der *Political Process Approach* auf die Mobilisierung von Ressourcen, die eine Interaktion mit dem Staat, bzw. dem politischen System erst möglich machten (Tarrow 1988: 425 ff.). Die Institutionalisierung wurde nach dem *Political Process Approach* nicht einfach als ein festgelegtes Ziel in der Entwicklung einer sozialen Bewegung angesehen, wie es der lineare Ansatz (s.o.) vorgab, sondern vielmehr als eine mögliche Handlungsoption, für die sich eine Bewegungsorganisation nach eigenem rationalen und strategischen Kalkül und im Hinblick auf die Erfüllung der eigenen Ziele entscheiden konnte (della Porta/Diani 1999: 7ff.).

Somit wurde sowohl in der westeuropäischen, als auch in der US-amerikanischen Bewegungsforschung ab den 60er Jahren davon ausgegangen, dass die Institutionalisierung einer sozialen Bewegung lediglich einen möglichen Entwicklungsweg unter vielen darstellte.

2.1.3. Die Bewegungsforschung in Lateinamerika

Sowohl die Ansätze der NSB-Theorie, als auch der *Political Process Approach* erfuhren ab den 1980er Jahren in der lateinamerikanischen Bewegungsforschung einen großen Widerhall. Diese wurden herangezogen, um die Entstehung und Entwicklung all derjenigen sozialen Bewegungen zu untersuchen, die mit dem Ende der autoritären Systeme – wie etwa in Brasilien, Chile, Argentinien oder Uruguay - ab den 1980er Jahren entstanden waren. Ellner zufolge bildeten sich in der lateinamerikanischen Bewegungsforschung in Anlehnung an die europäischen und die US-amerikanischen Ansätze zwei theoretische Stränge, die er als *Autonomist School* und *Political-Interaction School* bezeichnet (Ellner 1999: 75 ff.).

Der Ansatz der *Autonomist School* lehnt sich an die Theorien der NSB an und konzentriert sich auf die Rolle der sozialen Bewegungen während der Zeit der Transition von autoritären

zu demokratischen Systemen. Diesem Ansatz zufolge entstanden in der Endphase der autoritären Systeme in den 1980er Jahren die lateinamerikanischen NSB, die – ähnlich wie die NSB in Westeuropa und den USA – einen Wertewandel in der Gesellschaft anstrebten, sich durch lose und unhierarchische Organisationsstrukturen, wie auch durch einen starken „anti-institutionellen“ Charakter (s.o) auszeichneten. Anders als bei den NSB in Westeuropa und den USA muss die „anti-institutionelle“ Einstellung der neu entstandenen lateinamerikanischen sozialen Bewegungen jedoch als ein Schutzmechanismus vor der staatlichen Manipulation, bzw. der Repression der autoritären Phase angesehen werden. Eine zentrale Bedeutung hat somit die Wahrung der Autonomie der Bewegungen gegenüber dem Staat, mit dem eine Interaktion bewusst gemieden wurde. Wie im Fall der *Madres de la Plaza de Mayo* in Argentinien lief die politische Interessenartikulation dieser NSB hauptsächlich über den öffentlichen Protest, der auf eine Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit und auf ein Ende der autoritären Systeme abzielte (Ellner 1994: 71). In diesen neuen Bewegungen engagierten sich Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten, die sich sowohl für materielle als auch für immaterielle Ziele⁹ einsetzten. In dieser Hinsicht entstanden gleichzeitig Armenviertel-, Arbeiter- und Landarbeiterbewegungen, wie auch ethnische, bzw. die Ökologie-, Frauenrechts- oder Menschenrechtsbewegungen¹⁰. Aus dem Blick der westeuropäischen Bewegungsforschung entstanden somit gleichzeitig alte und neue soziale Bewegungen.

Im Zuge der Demokratisierung entstand dann in den späten 1980er Jahren unter dem Einfluss des *Political Process Approach* die *Political-Interaction School*. Dieser Ansatz untersuchte seinerseits die Rolle der sozialen Bewegungen in den demokratischen Systemen und deren Verhältnis zum Staat. In Anbetracht der Tatsache, dass die meisten neu entstandenen Bewegungen - wie etwa die Arbeiter- oder die Landarbeiterbewegung – zum größten Teil ressourcenarme Segmente der Unterschicht vertraten, stand in der Forschung nun die Frage im Vordergrund, auf welche Art und Weise diese auf das politische System Einfluss ausübten,

⁹Materielle Interessen beziehen sich auf Güter, die für die Sicherung der Grundbedürfnisse dienen, wie etwa Arbeit, Lohn, Behausung und Dienstleistungen. Vom Staat werden in dieser Hinsicht vor allem soziale Dienstleistungen und öffentliche Güter wie Landtitel, Wasserversorgung, ärztliche Versorgung (u.a.) verlangt. Materielle Güter sind typisch für die alten sozialen Bewegungen, wie die Arbeiter- und Landarbeiterbewegung (Foweraker 1995: 31). Im Gegensatz dazu sind immaterielle Forderungen vor allem bei den NSB vorzufinden. Diese beziehen sich - zumindest im westeuropäischen und US-amerikanischen Kontext - auf die Herausbildung neuer Werte und Lebensformen. In Lateinamerika beziehen sich diese vor allem auf die kulturelle Selbstbestimmung und auf politische Rechte (*Habeas Corpus*, Gleichheit vor dem Gesetz, Landrechte, Arbeitsrechte oder Wahlrecht), die insgesamt auf eine Ausweitung der Bürgerrechte abzielen (ebd.: 81).

¹⁰Foweraker weist darauf hin, dass die so genannten NSB in Lateinamerika differenziert betrachtet werden müssen. Er war der Meinung, dass die Mehrheit der neu entstandenen sozialen Bewegungen nicht als NSB, sondern als *popular movements* bezeichnet werden sollten, da sie vor allem materielle Ansprüche hatten. Dem Autor zufolge waren viele der NSB nur insofern als *neu* zu betrachten, als dass sie sich in vielen Ländern Lateinamerikas nach einer autoritären Phase *neu* herausgebildet hatten (Foweraker 1995: 25).

um ihre vor allem materiellen Forderungen zu verwirklichen. In Anlehnung an den *Political Process Approach* war in der Bewegungsforschung die Anfertigung von Fallstudien üblich, da es in erster Linie herauszufinden galt, welche typischen Formen der Interaktion sich zwischen den sozialen Bewegungen und dem politischen System entwickelten. Ein besonderes Augenmerk wurde diesbezüglich auf die organisatorischen Strukturen, die Aktionsstrategien und -taktiken der Bewegungen gerichtet (ebd.; Haber 1996: 172). Die *Political Interaction School* geht insbesondere darauf ein, dass die Interaktion mit dem Staat für die ressourcenarmen sozialen Bewegungen ein großes Dilemma darstellt. Schließlich war es in den 1960er und 1970er Jahren in vielen lateinamerikanischen Ländern bereits einmal zur Herausbildung zahlreicher Bewegungen auf nationaler Ebene gekommen¹¹, dennoch konnten sich diese nicht als unabhängige Organisationen in den politischen Systemen institutionalisieren. Mittels populistischer Parteien und kontrollierter Gewerkschaften wurden diese Bewegungen - verstärkt unter den autoritären Regimes - vom Staat inkorporiert¹², oder aber durch starke Repression¹³ unterdrückt (Foweraker 2001: 841). Aufgrund dieser Erfahrung war und ist der Schutz der Autonomie in Bezug auf die Interaktion mit dem Staat für soziale Bewegungen auch unter demokratischen Verhältnissen weiterhin wichtig (Boris 1998: 10). Nichtsdestotrotz waren die ressourcenarmen sozialen Bewegungen für die Erfüllung ihrer materiellen Forderungen darauf angewiesen, mit dem Staat in Kontakt zu treten, so dass dieser zum zentralen *Target* wurde (Munck 1990: 27).

Die vorgestellten theoretischen Ansätze weisen darauf hin, dass die Institutionalisierung der sozialen Bewegungen - vor allem der ressourcenarmen Bewegungen der Unterschichten - in der lateinamerikanischen Bewegungsforschung ein äußerst aktuelles und relevantes Thema darstellt. Schließlich stand in den 1980er Jahren noch nicht fest, ob diese mit dem politischen System interagieren könnten, ohne ein weiteres Mal ihre Autonomie aufgeben zu müssen,

¹¹ In Ländern wie Guatemala, Nicaragua, Peru, Kolumbien und Venezuela waren hauptsächlich die ländlichen und in Brasilien, Chile und Uruguay vor allem die städtischen Bewegungen ausgeprägt (Foweraker 2001: 841).

¹² Nach Collier/Collier wurden vor allem die Arbeiter- und die Landarbeiterbewegung in vielen lateinamerikanischen Ländern über korporatistische Parteien oder Gewerkschaften an den Staat gebunden. Laut den Autoren ist das Verhältnis zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Gruppen als korporatistisch zu bezeichnen, wenn [1] der Staat gesellschaftliche Gruppen strukturiert, was ein System von nicht kompetitiven und erzwungenen Interessengruppen zur Folge hat, [2] diese Gruppen vom Staat finanziell unterstützt werden und [3] der Staat Einschränkungen hinsichtlich der politischen Einbringung (*demand-making*), der Führung, Anzahl und Organisationsform der Gruppen auferlegt. Somit stellt der Korporatismus ein nicht pluralistisches System der Gruppenrepräsentation dar (Collier/Collier 2002: 51 ff.). Es sei allerdings anzumerken, dass die Korporatismus-, bzw. Neokorporatismusforschung weitere Definitionen des Korporatismus hervorgebracht hat, die von einer weniger dominanten Stellung des Staates ausgehen, wie etwa im Konzept des liberalen Korporatismus von Lehbruch (1977). Für einen Überblick zur (Neo-) Korporatismusforschung siehe etwa Reutter 1991 und Schütt-Wetschky 1997.

¹³ Während der Zeit der autoritären Regime wurden die bürgerlichen Rechte meist außer Kraft gesetzt. Kollektive Aktionen, die außerhalb der von den Regimes zugelassenen Partizipationskanäle stattfanden, wurden - oft auch mittels Gewalt - unterdrückt (Boris 1998: 11 ff.; Foweraker 1995: 28).

bzw. ob eine Institutionalisierung - wie während der autoritären Systeme - sofort auch eine Inkorporation oder Unterdrückung der Bewegungen bedeuten würde.

2.2. Theoretische Grundlage zur Analyse der Institutionalisierung der MST

Die in dieser Arbeit erfolgende Analyse bezüglich der Institutionalisierung der MST bewegt sich im Rahmen der oben dargestellten Ansätze der Ressourcenmobilisierung und des *Political Process Approach*. In dieser Hinsicht wird im Folgenden ein theoretisches Modell von Raschke vorgestellt, mit welchem die Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und dem politischen System typologisch dargestellt werden kann. Auf diesem Modell gründet die hier zu entwickelnde theoretische Vorlage, die im empirischen Teil dieser Arbeit die Frage beantwortet, inwiefern sich die MST auf nationaler Ebene institutionalisiert hat.

2.2.1. Raschkes Modell zur Institutionalisierung von sozialen Bewegungen

Mitte der 1980er Jahre entwickelte Raschke ein für die Bewegungsforschung wichtiges Analysemodell¹⁴, in welchem er die Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und dem politischen System aufgrund der Aktionen der Bewegung untersucht¹⁵.

Raschkes Modell gründet auf dem theoretischen Konstrukt des politischen Systems, wie es etwa von Talcott Parsons (1951: *The Social System*), David Easton (1953: *The political System*) sowie Almond und Coleman (1960: *The Politics of Developing Areas*) entwickelt wurde. Almond zufolge funktioniert das politische System nach einem universell geltenden Kreislaufmodell, um bindende Entscheidungen in einer Gesellschaft zu erlangen. Es besteht im Wesentlichen aus einem politisch-administrativen Entscheidungszentrum (Legislative, Exekutive und Judikative) und den Agenturen der Interessenvermittlung, wie Parteien, Interessengruppen und Medien. Der Regelkreislauf der Willensbildung und Entscheidungsfindung gründet - grob dargestellt - auf den *Demands* (Forderungen und Leistungserwartungen), die über die Agenturen der Interessenvermittlung aus der Umwelt in Form von *Inputs* an das politisch-administrative Entscheidungszentrum geleitet, von diesem verarbeitet und als *Ouputs* (Leistungen) an die Umwelt zurückgegeben werden. Die Agenturen der Interessenvermittlung bilden das intermediäre Teilsystem (Almond u.a. 2000: 41; Birle/Wagner 2001: 106 ff.).

¹⁴Die Ansätze der Ressourcenmobilisierung und *Political Process Approach* wurden vom Autor speziell zur Darstellung der Aktionen der sozialen Bewegungen, bzw. der Interaktion zwischen sozialen Bewegungen und politischem System herangezogen. Für die in seinem Werk „Soziale Bewegungen“ unternommene historische Analyse der deutschen sozialen Bewegungen seit dem 19. Jahrhundert liegt allerdings ein strukturalistischer Ansatz zugrunde, der davon ausgeht, dass gesellschaftlicher Wandel Anlass für die Entstehung von sozialen Bewegungen ist (Vgl. Hellmann 1998: 18).

¹⁵Aktionen werden definiert als „nach außen, auf die Beeinflussung von gesellschaftlichen und politischen Machträgern gerichtete Aktivitäten“ (Raschke 1985: 274).

Für die Interaktion zwischen der sozialen Bewegung und dem politischen System geht Raschke - dem Ansatz der Ressourcenmobilisierung folgend - jedoch zuerst davon aus, dass sich aus der sozialen Bewegung ein als Bewegungsorganisation bezeichneter organisatorischer Teil herausbildet. Diese Bewegungsorganisation zeichnet sich - wie bereits gesagt - dadurch aus, dass sie Ressourcen (wie etwa Geld, Arbeit, Einrichtungen oder Legitimität) aus ihrer Umwelt entnimmt, um ein kollektives Vorgehen zur Erreichung bestimmter politische Ziele zu ermöglichen (McCarthy/Zald 1977: 1216ff.).

Der Entstehungsprozess einer Bewegungsorganisation kann in Anlehnung an Offe in zwei Entwicklungsphasen aufgeteilt werden. Demnach entsteht in der ersten Phase des *take-off* eine informelle Protestaktion, also eine kollektive Aktion, welche sich grundsätzlich durch (a) ein Fehlen an organisatorischer Form und institutionalisierten Ressourcen, (b) einen spontanen, dezentralen und konfrontativen Aktionsstil und (c) einen eingeschränkten Zeithorizont auszeichnet (Offe 1990: 236 ff.). Mit zunehmender Regelmäßigkeit der Aktionen, die durch eine Vielzahl an Individuen und/oder Gruppen über einen längeren Zeitraum getragen werden, durch die Festlegung eines gemeinsamen Wertesystems und durch die Herausbildung eines Zusammengehörigkeitsgefühls, bzw. einer gemeinsamen Identität, kann aus der einst informellen Protestaktion schließlich eine soziale Bewegung entstehen (della Porta/Diani 1999: 14).

In der zweiten Phase, der so genannten Formalisierung, bildet sich daraufhin aus der sozialen Bewegung eine Bewegungsorganisationen heraus (Offe 1990: 239). Laut Kriesi kann dann von einer Bewegungsorganisation gesprochen werden, wenn folgende drei Eigenschaften gegeben sind (Kriesi 1996: 154):

- **Formalisierung der Mitgliedschaft:** Die Erfüllung formeller Bedingungen, die eine Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern ermöglicht, führt zu einer Formalisierung des Verhältnisses zwischen der Bewegungsorganisation und ihren Mitgliedern.
- **Interne Differenzierung:** Es kommt zu einer funktionalen Arbeitsteilung und einer territorialen Ausdifferenzierung mit Bewegungs-Untereinheiten (Dezentralisierung). Die Integration der funktionalen und territorialen Untereinheiten wird durch Koordinationsmechanismen und der Zentralisierung der Entscheidungsfindung erreicht. Arbeitsabläufe und Regelmechanismen werden durch Regelwerke und etablierte Prozeduren formalisiert.

- **Professionalisierung:** Die Verwaltung der Bewegungsorganisation wird durch bezahlte Mitglieder durchgeführt, welche in ihrer Tätigkeit eine Karrierechance sehen. Dadurch entsteht eine formelle Führungsschicht.

Für Raschke sind bei der Herausbildung einer Bewegungsorganisation zwei weitere Bedingungen relevant. Erstens fragt sich, ob die Bewegungsorganisation kurz-, mittel- und langfristige **politische Ziele** entwickelt (Raschke 1985: 206 ff.). Bröckelmann-Simon stellt dar, dass eine Ausdifferenzierung der Ziele - verstanden als Handlungsleitbilder - essentiell für die Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit der Bewegungsorganisation ist. Die Unterscheidung zwischen Teilzielen mit unterschiedlichen Zeithorizonten kann allerdings auch zu einem Zieldilemma führen, wenn deren Erreichung unterschiedliche Aktionsformen zugleich nötig machen. Ein solches Dilemma kann auf die Existenz unterschiedlicher Trägergruppen innerhalb der Bewegungsorganisation hinweisen (Bröckelmann-Simon 1994: 323 ff.). Und zweitens ist nach Raschke zu klären, ob es zu einer **kontinuierlichen Mobilisierung von Ressourcen** (s.o.) kommt, so dass die Existenz der Bewegungsorganisation längerfristig gesichert ist (Raschke 1985: 206 ff.). Sind schließlich die drei Bedingungen von Kriesi und die zwei Kriterien von Raschke erfüllt, so kann von einer Bewegungsorganisation ausgegangen werden.

2.2.1.1. Die Aktionsstrategien

Hat sich einmal eine Bewegungsorganisation herausgebildet, so steht sie vor der Frage, wie sie ihre politischen Ziele verwirklichen, bzw. welche Aktionsstrategie sie gegenüber dem politischen System wählen soll. Raschke unterscheidet in seinem Modell zwischen einer institutionellen, einer anti-institutionellen und einer mehr-dimensionalen Aktionsstrategie. Diese Aktionsstrategien können wiederum bestimmten Aktionsformen zugeordnet werden (Siehe Abb. 1). Im Folgenden soll auf die drei Aktionsstrategien und anschließend auf die drei Aktionsformen eingegangen werden, wobei aufgrund der Fragestellung dieser Arbeit die institutionelle Aktionsstrategie und die intermediären Aktionsformen stärker berücksichtigt werden sollen.

Abb. 1: Aktionsformen und Aktionsstrategien nach Raschkes Modell

		<u>Aktionsformen</u>		
		intermediär	demonstrativ	direkt-koerziv
Strategien	institutionell	✘	✕	—
	mehr-dimensional	✕	✕	✕
	anti-institutionell	—	✕	✘

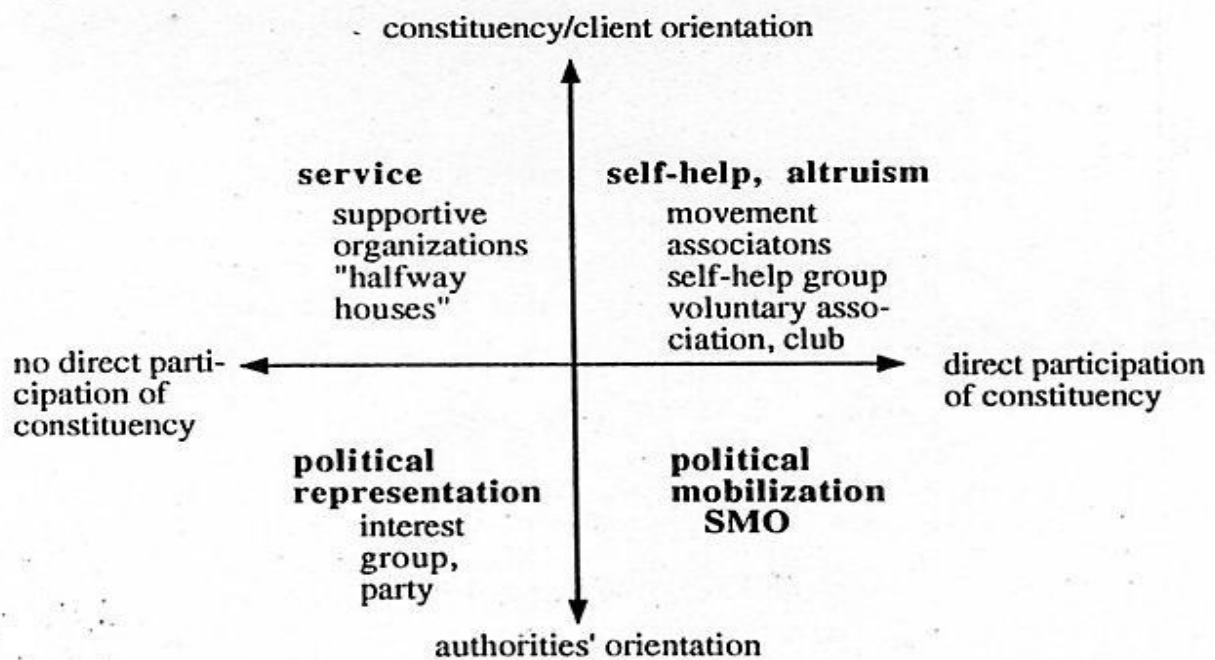
Quelle: Raschke 1985: 294.

Entscheidet sich eine Bewegungsorganisation für die **institutionelle Aktionsstrategie**, so akzeptiert sie grundsätzlich das etablierte System der institutionalisierten Interessenvermittlung und versucht anhand von intermediären Aktionsformen am Prozess der politischen Entscheidungsfindung gemäß ihren Interessen mitzuwirken.

Bewegungsorganisationen, die einer institutionellen Aktionsstrategie anhängen, können im Laufe ihrer Entwicklung zudem eine neue Organisationsform annehmen. So weist Raschke darauf hin, dass sich eine Bewegungsorganisation etwa zu einer Partei, einem Interessenverband, einem Verein oder einer Bürgerinitiative entwickeln kann. Für diese Arbeit ist vor allem die etwaige Entwicklung zu einem Interessenverband von besonderer Relevanz. Interessenverbände sind gesellschaftliche Organisationen, die darauf spezialisiert sind, gemäß den Interessen ihrer Mitglieder auf politische Machsträger, das politisch-administrative Entscheidungssystem und die parlamentarischen Parteien Einfluss auszuüben (Raschke 1985: 266). Die Entwicklung von einer Bewegungsorganisation zu einem Interessenverband kann Kriesi zufolge an dem Hauptkriterium festgemacht werden, dass sich die Bewegungsorganisation - dem Modell der Oligarchisierung von Michels entsprechend (s.o.) - von ihren Mitgliedern distanziert, um sich in das System der Interessenvermittlung zu integrieren. War eine der zentralen Aufgaben der Bewegungsorganisation, ihre Mitglieder für die Erreichung bestimmter politischer Ziele stets zu mobilisieren, so wird die direkte Partizipation der Mitgliederbasis mit zunehmender Institutionalisierung immer seltener und dafür die indirekte Interessenrepräsentation durch die Bewegungsorganisation immer stärker. Abbildung 2 (s.u.) stellt diese Entwicklung dar: Eine Bewegungsorganisation - hier als SMO bezeichnet - wird zu einer Partei oder einem Interessenverband, um so mehr die direkte Partizipation ihrer Mitglieder nachlässt und ihre repräsentative Funktion zunimmt.

Zusätzlich lässt sich die Entwicklung zu einem Interessenverband an weiteren fünf Eigenschaften festmachen. Demnach kommt es zu (a) gesicherten finanziellen Einnahmen, (b) einer Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur, (c) einer Mäßigung der politischen Ziele (d) einer Konventionalisierung der Aktionsformen und (e) einer Integration der Bewegungsorganisation in das etablierte System der Interessenvermittlung (Kriesi 1996: 156)¹⁶.

Abb. 2: Entwicklungsmöglichkeiten einer Bewegungsorganisation



Quelle: Kriesi 1996: 156.

Als Gegenpol zur institutionellen Aktionsstrategie kann eine Bewegungsorganisation die **anti-institutionelle Aktionsstrategie** wählen, was bedeutet, dass sie das System der institutionalisierten Interessenvermittlung über Parteien, Interessengruppen oder Gewerkschaften nicht akzeptiert. Die Bewegungsorganisation hat in diesem Fall nicht die Funktion der Interessenrepräsentation, sondern hauptsächlich die Mobilisierung der Mitglieder und der Planung direkt-koerziver und demonstrativer Aktionsformen (s.u.) zur Aufgabe (Raschke 1985: 296).

An dritter Stelle steht noch die **mehr-dimensionale Aktionsstrategie**. Eine Bewegungsorganisation kann sich bei der Wahl dieser Aktionsstrategie als Partei, bzw.

¹⁶Im Unterschied dazu würde von der Entwicklung zu einer Partei die Rede sein, wenn die Bewegungsorganisation (1) am Parteienwettbewerb partizipiert, (2) sich zu Wahlen stellt (3) im Parlament repräsentative Ämter bekleidet (4) mit rivalisierenden Parteien Allianzen und Koalitionen eingeht und (5) die Regierung stellt (Offe 1990: 240).

Interessenverband in das politische System integrieren oder auch die Mobilisierung der Mitglieder für demonstrative und/oder direkt-koerzive Aktionsformen organisieren. Diese Aktionsstrategie stellt eine Mischform zwischen der institutionellen und der anti-institutionellen Aktionsstrategie dar und kann je nach Situation intermediäre, direkt-koerzive und/oder demonstrative Aktionsformen beinhalten (ebd.: 297).

2.2.1.2. Die Aktionsformen

Wenn eine Bewegungsorganisation für **intermediäre Aktionsformen** optiert, dann versucht sie ihre Interessen über den Einfluss auf institutionalisierte Vermittlungsträger wie Parteien, Verbände oder Gewerkschaften an das politische System heranzutragen (Raschke 1985: 279). Raschke zufolge ist die Bildung von Bündnissen mit Parteien eine der wichtigsten intermediären Aktionsformen für Bewegungsorganisationen. Für die Untersuchung des Verhältnisses zwischen sozialen Bewegungen und Parteien soll im empirischen Teil auf die Typologie von Rucht zurückgegriffen werden: Rucht stellt die Beziehung zwischen Bewegungen und Parteien nach vier unterschiedlichen Modellen dar. Als erstes kann - wie im Stufenmodell dargestellt - eine Bewegung als historische Vorstufe einer Partei angesehen werden. In Anlehnung an die Klassiker der Parteisoziologie (s.o.) wird eine soziale Bewegung mit zunehmender Institutionalisierung also zu einer Partei. Das Schöpfquelle-Modell betrachtet die soziale Bewegung hingegen als funktionales Komplement einer Partei, die ihr als Rekrutierungsbasis dient und über die auf ein wichtiges Mobilisierungs- und Wählerpotential zurückgegriffen werden kann. In diesem Fall schöpft die Partei sowohl Ideen als auch Ideologien aus der Bewegung. Gemäß dem Sprachrohr-Modell fungiert die Partei als Vertreter der sozialen Bewegung im politischen System, so dass wie im vorigen Modell eine Komplementarität vorliegt. Im Unterschied zum Schöpfquelle-Modell ist die Partei hier allerdings nur ein Instrument, welches durch die soziale Bewegung für ein bestimmtes Handlungsfeld - wie etwa in der parlamentarischen Arena - genutzt wird. Im Avantgarde-Modell wird die Partei der sozialen Bewegung als kontrollierende Instanz übergeordnet, so dass die Partei eine richtungweisende Rolle übernimmt (Vgl. Kriesi 1986: 346).

Da sich Raschkes Modell an parlamentarischen Regierungssystemen westeuropäischer Prägung orientiert (Raschke 1985: 277 ff.) ist die institutionelle Aktionsstrategie stark auf die Interaktion der Bewegungsorganisationen mit Vermittlungsträgern ausgerichtet, über die der Entscheidungsfindungsprozess in der Legislative (Parlament) beeinflusst werden soll. Somit berücksichtigen die intermediären Aktionsformen nicht die direkte Interaktion einer Bewegungsorganisation mit der Exekutive (Regierung und Verwaltung), die in einem

präsidentiellen Regierungssystem wie Brasilien besonders wichtig ist. Schließlich hat in Brasilien neben der Legislative auch der Präsident wichtige gesetzgebende Kompetenzen (Cintra 2004: 67). So äußert sich nach Mainwaring die gesetzgebende Macht des brasilianischen Präsidenten nach der Verfassung des Jahres 1988 vor allem in Form der (a) *reactive legislative powers*, wonach der Präsident ein Veto-Recht gegenüber dem Kongress hat, welches nur mit einer absoluten Mehrheit übergangen werden kann, (b) der *proactive legislative powers*, so dass der Präsident nach Verfassungsartikel 62 eine Dekret-Macht innehat, die er anhand von provisorischen Maßnahmen umsetzen kann und (c) der Macht auch mittels provisorischer Maßnahmen (Artikel 62) die Agenda im Kongress mitzugestalten, bzw. mittels Artikel 64 die Verabschiedung von Gesetzesinitiativen zu beschleunigen (Mainwaring 1997: 60 ff.). Die dadurch resultierende Aufteilung der gesetzgebenden Macht zwischen der Legislative und der Exekutive führt schließlich dazu, dass einer Bewegungsorganisation im politischen System Brasilien grundsätzlich zwei Kanäle zur Verfügung stehen, über welche sie den Prozess der politischen Entscheidungsfindung zu beeinflussen versuchen kann: Entweder sie interagiert mit Vermittlungsträgern, die sich in der Legislative für ihre Interessen einsetzen, oder sie richtet sich – ohne die Zwischenschaltung intermediärer Organisationen – direkt an die Exekutive.

In Anbetracht der dargestellten Problematik sollen für diese Arbeit unter intermediären Aktionsformen - in Erweiterung von Raschkes Modell - sowohl die auf Vermittlung angewiesenen, als auch die unmittelbaren Aktionsformen der Bewegungsorganisationen gegenüber der Exekutive verstanden werden. Letztere konzentrieren sich - ähnlich wie bei Interessenverbänden - hauptsächlich auf (a) den Dialog mit dem Ziel der Überzeugung (*lobbying*), (b) Verhandlungen zur Erreichung von Kompromissen (*bargaining*) und (c) Druckausübung über das Versprechen von Vorteilen oder der Androhung von Nachteilen, die sich meist auf Geld oder Wahlunterstützung beziehen (*pressure*) (Rucht 1990: 163 ; Schütt-Wetschky 1997: 11 ff.).

Den Gegenpol zu den intermediären bilden die **direkt-koerziven Aktionsformen**. Diese Aktionen wenden sich im Regelfall direkt gegen bestimmte Kontrollinstanzen - zum Beispiel den Staat, das politische System oder ein Unternehmen - und fügen diesem einen Nachteil zu. Dieser Nachteil kann für den Gegner Kosten bedeuten, die etwa durch den Entzug an Arbeitskraft bei einem Streik, durch die gezielte Störung der öffentlichen Ordnung, bzw. der administrativen Routine bei einer Besetzung, oder durch die moralische Verantwortung für den Tod von Menschen bei einem Hungerstreik entstehen können. Direkt-koerzive Aktionen wollen politische Ziele durch Zwang statt Überzeugung erreichen (Raschke 1985: 279 ff.).

Raschke zufolge können direkt-koerzive Aktionsformen sowohl mit, als auch ohne Gewalt - verstanden als die Zufügung von physischem Schaden - ablaufen. Zu den gewaltfreien Aktionen gehören etwa der politische Streik¹⁷, die legale Nichtzusammenarbeit und die illegal-gewaltlosen Aktionen, wie etwa der zivile Ungehorsam, der Hungerstreik oder der Boykott. Zu den gewaltsamen Aktionsformen zählen etwa Akte der Sabotage, bewaffnete Aufstände oder Terror (ebd.: 296 ff.).

Schließlich kann eine Bewegungsorganisation auch für **demonstrative Aktionsformen** optieren. Diese können im Rahmen der institutionellen, der anti-institutionellen oder auch der mehr-dimensionalen Aktionsstrategie auftreten. Typische demonstrative Aktionsformen sind Demonstrationen, Märsche und Kundgebungen im öffentlichen Raum, die von Bewegungsorganisationen geleitet und in Abstimmung mit den zuständigen Behörden durchgeführt werden (ebd.: 301 ff). Diese Aktionsformen haben eine appellative Funktion, was bedeutet, dass sie darauf abzielen, außerhalb der institutionellen Interessenvertretung - aber innerhalb des legalen Rahmens - die öffentliche Meinung und die Massenmedien auf die politischen Ziele der Bewegungsorganisation aufmerksam zu machen.

Unter öffentlicher Meinung versteht Raschke die Meinungsführerschaft der mächtigsten Gruppen in einer Gesellschaft. Diese so genannten Großgruppen artikulieren ihre Meinungen über die Massenmedien, welche aus diesem Grund als Vermittlungsträger zwischen der Gesellschaft und dem politischen System anerkannt werden¹⁸. Für Bewegungsorganisationen, die weder zu den Großgruppen einer Gesellschaft gehören noch gleichzeitig über viele Ressourcen verfügen, ist es wichtig, ihre Interessen über die Massenmedien wiederzugeben, um die öffentliche Meinung für ihre Belange zu sensibilisieren: Somit sind Bewegungsorganisationen darauf angewiesen, das Interesse der Massenmedien auf sich zu ziehen. Mittels demonstrativer Aktionsformen kann eine Bewegungsorganisation schließlich erreichen, dass über sie und ihre Forderungen berichtet wird, ohne selbst Teil der gesellschaftlichen Großgruppen zu sein. Die Berichterstattung soll schließlich dazu führen, dass die Bewegungsorganisation die Zustimmung der Öffentlichkeit erhält und somit an Legitimität gewinnt. Über die öffentliche Meinung soll schließlich die Willensbildung, bzw. die Entscheidungsfindung beeinflusst werden, in dem die Forderungen der

¹⁷ Raschke definiert Streik als „*kollektiven Einsatz der Arbeitsverweigerung als gewaltloses, ökonomisches Aktionsmittel der Lohnabhängigen zur Propagierung oder Durchsetzung von an den Staat gerichteten Forderungen*“. Es sei allerdings angemerkt, dass der Streik keine direkt-koerzive Aktionsform darstellt, wenn dieser - etwa durch Gewerkschaften geleitet - einen hohen Grad der Institutionalisierung erreicht hat, so dass dieser als ein „*rechtlich geregeltes, weitgehend berechenbares Instrument in der Hand von Vermittlungsträgern*“ angesehen werden kann (Raschke 1985: 296 ff.).

¹⁸ In Westeuropa stellten ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Printmedien, ab den 1930er Jahren der Rundfunk und ab den 1960er Jahren das Fernsehen die wichtigsten Massenmedien dar (Raschke 1985: 343).

Bewegungsorganisation etwa über die Wähler oder die Vermittlungsagenturen an das politische System übermittelt werden (Raschke 1985: 280). Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass im System der Massenmedien durch so genannte Selektionsfilter eine Vielzahl an Ausschlussmechanismen existiert, welche die Berichterstattung enorm beeinflussen, bzw. kontrollieren. Somit birgt das Zusammenspiel mit den Massenmedien auch immer ein Risiko, da diese die öffentliche Wahrnehmung einer Bewegungsorganisation sowohl positiv als auch negativ prägen können. Genauso kann es vorkommen, dass eine Bewegungsorganisation die Selektionsfilter gar nicht erst passieren kann und somit gar keine Beachtung in den Massenmedien findet (ebd.: 343 ff.).

Aufgrund dieser Typologie von Raschke soll im empirischen Teil der Arbeit danach gefragt werden, ob die MST eine institutionelle Aktionsstrategie verfolgt, um so zu klären, inwiefern es zu einer Institutionalisierung auf nationaler Ebene gekommen ist. In dieser Hinsicht soll dort an erster Stelle untersucht werden, ob die MST als eine Bewegungsorganisation anzuerkennen ist, was Raschke als Voraussetzung für die Institutionalisierung bezeichnet. Um die Aktionsstrategie der MST zu definieren, soll an zweiter Stelle danach gefragt werden, ob die MST seit ihrer Entstehung Mitte der 1980er Jahre bis heute eher zu intermediären, direkt-koerziven und/oder zu demonstrativen Aktionsformen zurückgegriffen hat. Für die Darstellung der Entwicklung dieser Aktionsformen soll ein Längsschnittvergleich unternommen werden, der zusätzlich die Zusammenhänge zwischen diesen hervorheben soll. Dem Modell von Raschke entsprechend, würde die Ausübung lediglich intermediärer und demonstrativer Aktionsformen dafür sprechen, dass die MST eine institutionelle Aktionsstrategie verfolgt und somit auch eine Institutionalisierung erfolgt ist. Sind dennoch auch direkt-koerzive Aktionsformen zu beobachten, so stellt sich die Frage, ob die MST eher einer anti-institutionellen oder einer mehr-dimensionalen Aktionsstrategie anhängt. Träfe eine dieser beiden Aktionsstrategien zu, wäre nicht oder nur teilweise von einer Institutionalisierung der MST auszugehen.

2.3. Die Institutionalisierung der sozialen Bewegungen auf der internationalen Ebene

Wenn bisher von der Institutionalisierung sozialer Bewegungen auf der nationalen Ebene die Rede war, soll nun danach gefragt werden, inwiefern sich ein solcher Prozess auch auf der internationalen Ebene¹⁹ ergeben kann. Diese Frage stellt sich im Fall der MST, die sich seit

¹⁹ Die internationale Ebene bezieht sich hier auf die Ebene der internationalen Beziehungen, also nach Meyers auf die „grenzüberschreitenden Aktionen und Interaktionen, die zwischen unterschiedlichen internationalen Akteuren - internationalen Organisationen, Staaten, gesellschaftlichen Gruppen- oder Einzelakteuren, juristischen Personen usw. - stattfinden können [wie auch auf] die Interaktionsmuster, die aus derartigen Aktionen durch Wiederholung über einen bestimmten Zeitraum hinweg entstehen“ (Meyers 1993: 200).

etwa Mitte der 1990er Jahre zunehmend im internationalen System bewegt, in welchem sie mit anderen sozialen Bewegungen und internationalen Organisationen²⁰ interagiert. Im Folgenden soll erstens dargestellt werden, wie in der Bewegungsforschung mit dem Thema Institutionalisierung von sozialen Bewegungen auf der internationalen Ebene umgegangen wird. Diesbezüglich wird das *Insider/Outsider*-Modell von Korzeniewicz/Smith vorgestellt, welches für die spätere Analyse in Bezug auf die MST herangezogen werden soll. Zweitens und abschließend wird auf die Frage eingegangen, welche Gründe die Bewegungsforschung angibt, warum soziale Bewegungen auf der internationalen Ebene agieren.

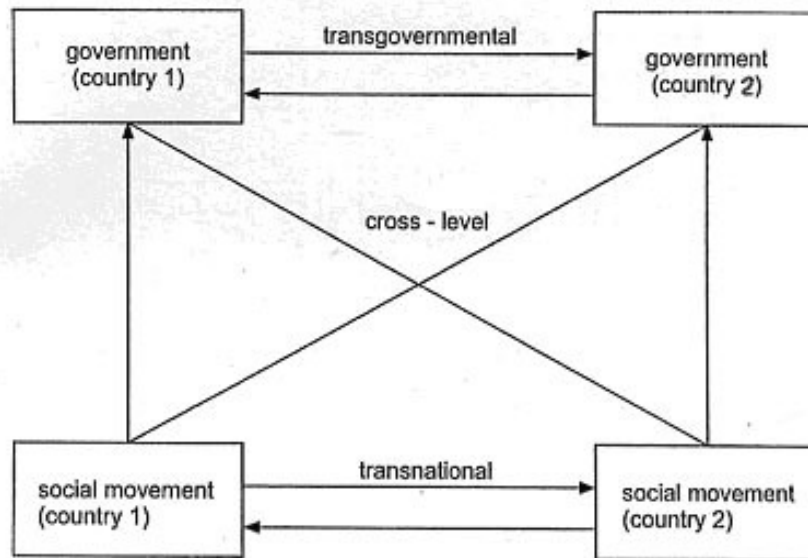
In der Bewegungsforschung wird davon ausgegangen, dass sich der politische Aktionsraum für soziale Bewegungen seit den 1980er Jahren nicht mehr lediglich auf die nationale Ebene beschränkt, sondern sich zunehmend auf die internationale Ebene ausgeweitet hat (Rucht 1990: 158). Diese Entwicklung zeigt sich laut Rucht durch die Entstehung der transnationalen sozialen Bewegungen (TSB). Mit dem Ziel, ihre Interessen auf der internationalen Ebene gemeinsam zu artikulieren, schließen sich soziale Bewegungen aus unterschiedlichen Nationalstaaten seit etwas mehr als 20 Jahren zu TSB zusammen, so wie sich einst lokale soziale Bewegungen im 18. und 19. Jahrhundert auf der Ebene des Nationalstaats (s.o.) zu nationalen Bewegungen verbanden. Als Folge dieser territorialen Expansion der sozialen Bewegungen von der nationalen auf die internationale Ebene, wird heute zwischen subnationalen, nationalen und transnationalen sozialen Bewegungen unterschieden (Rucht 1999: 206).

Dass in der Bewegungsforschung von transnationalen sozialen Bewegungen gesprochen wird, geht hauptsächlich auf Smith und Pagnucco zurück, die Mitte der 1990er Jahre die ersten Studien zu diesem Thema verfasst und den Begriff nachhaltig geprägt haben²¹. Mit transnational wird della Porta/Kriesi zufolge die Beziehung zwischen sozialen Akteuren - wie etwa sozialen Bewegungen - bezeichnet, die aus unterschiedlichen Nationalstaaten stammen, aber unabhängig von diesen miteinander interagieren und gemeinsam transnationale Netzwerke gründen. Die folgende Abbildung 3 stellt in groben Zügen dar, wie die Interaktion auf dieser Ebene, auch zwischen sozialen Bewegungen, funktioniert:

²⁰ Unter einer internationalen Organisation versteht sich hier in Anlehnung an Woyke „eine durch einen multilateralen völkerrechtlichen Vertrag geschaffene Staatenverbindung mit eigenen Organen und Kompetenzen, die sich als Ziel die Zusammenarbeit von mindestens drei Staaten auf politischem und/oder ökonomischem, militärischem, kulturellem, sozialem u.ä. Gebiet gesetzt hat“ (Woyke 1996: 171).

²¹ Grundlegend sind hier der Artikel „Transnational Social Movement Organisations in the Global Political Arena“ (1994) von Smith/Pagnucco/Romeril und das Werk „Transnational Social Movements and Global Politics“ (1997) von Smith/Chatfield/Pagnucco.

Abb. 3: Interaktionen auf der internationalen Ebene



Quelle: della Porta/Kriesi 1999: 5.

Wie auf der Abbildung 3 zu erkennen ist, unterscheiden della Porta/Kriesi zwischen drei unterschiedlichen Interaktionstypen: Erstens zwischen sozialen Bewegungen aus unterschiedlichen Ländern (*transnational*), zweitens zwischen Regierungen unterschiedlicher Länder (*transgovernmental*) und drittens zwischen einer sozialen Bewegung aus einem Land und einer Regierung eines anderen Landes (*cross-level interaction*) (della Porta/Kriesi 1999: 5). Zu den *cross-level interactions* zählen die Autoren des Weiteren auch die Interaktionen zwischen TSB und internationalen Organisationen (ebd.: 14).

Hat sich einmal eine TSB aus dem Zusammenschluss zwischen sozialen Bewegungen aus unterschiedlichen Staaten gebildet, so kann sich diese auf der internationalen Ebene institutionalisieren. Hierbei bezieht sich der Prozess der Institutionalisierung im Wesentlichen auf die *cross-level-interaction* zwischen einer TSB und einer internationalen Organisation. Theoretisch lässt sich diese Entwicklung anhand des *Insider/Outsider*-Modells von Korzeniewicz/Smith²² darstellen, welches zwischen einer institutionalisierten und einer nicht-institutionalisierten Interaktion unterscheidet. Diesem Modell zufolge ist dann von der Institutionalisierung einer TSB auf der internationalen Ebene auszugehen, wenn diese gegenüber einer internationalen Organisation die Rolle eines *Insiders* annimmt. In diesem Fall versucht sich eine TSB über die offiziellen Partizipationsmöglichkeiten in eine

²²Das *Insider/Outsider*-Modell wurde ursprünglich von Pagés (2000) erarbeitet, um die Aktionen unterschiedlicher TSB in den Verhandlungsprozessen der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (in dieser Arbeit mit der portugiesischen Abkürzung ALCA - *Área de Livre Comércio das Américas* - bezeichnet) zu untersuchen (Vgl. Korzeniewicz/Smith 2004: 104).

internationale Organisation zu integrieren. Diese Option ist für eine TSB interessant, wenn sie darauf abzielt, über ihre Partizipation auf die Erstellung internationaler Normen zu drängen, welche dann von den Nationalstaaten befolgt werden sollen (wie etwa im Fall der internationalen Konventionen zur Wahrung der Menschenrechte). Passy zufolge stellen bisher die Vereinten Nationen (VN) die wichtigste internationale Organisation dar, in welcher sich TSB als *Insider* auf der internationalen Ebene institutionalisieren können (Passy 1999: 152). Den nicht-institutionellen Weg wählt eine TSB mit der Rolle des *Outsiders*. Mittels demonstrativer und direkt-koerziver Aktionsformen - also über externem Druck - versucht die TSB in diesem Fall entweder eine internationale Organisation zu bestimmten Handlungen zu zwingen oder diese aber in der internationalen Öffentlichkeit zu delegitimieren (Korzeniewicz/Smith 2004: 130 ff.).

Fragt man nach dem Grund, warum soziale Bewegungen über die nationalen Grenzen hinaus auf der internationalen Ebene agieren und sich eventuell institutionalisieren, so wird in der Bewegungsforschung meist darauf hingewiesen, dass sich das Verhältnis zwischen den nationalen sozialen Bewegungen und den Nationalstaaten in den letzten 20 bis 30 Jahren extrem gewandelt hat. Nur ist die Bewegungsforschung bis heute geteilter Meinung, ob die Transnationalisierung der sozialen Bewegungen darauf zurückzuführen ist, dass der Nationalstaat extrem an Regulierungsmacht verloren hat oder eben gerade nicht, was als die Debatte zwischen einer *strong transnational thesis*, und einer (von der Verfasserin dieser Arbeit dem Namen der vorigen nachempfundenen) *strong state thesis* angesehen werden kann (Tarrow 1998: 181).

Der Ansatz der *strong transnational thesis* gründet vor allem auf folgenden drei Annahmen: Erstens ist der Nationalstaat immer weniger in der Lage, kollektive Aktionen zu kontrollieren und zu strukturieren, da der Aktionsradius seiner Bürger über die Nationalgrenzen hinausgeht. Zweitens ist der Staat im Zuge der Weltmarktintegration nicht mehr stark genug, den Einfluss globaler ökonomischer Kräfte auf nationaler Ebene einzuschränken, was negative soziale Folgen innerhalb des Staatsterritoriums nach sich ziehen kann. Das wiederum führt dazu, dass sich nationale soziale Bewegungen zu TSB zusammenschließen und sich direkt an diejenigen internationalen Organisationen wenden, welche die „globalen ökonomischen Kräfte“ anhand internationaler Normen regulieren sollen. Dieser Prozess wird dadurch vereinfacht, dass Bürger über einen immer leichteren Zugang zu essentiellen Ressourcen verfügen, wie etwa zu transnationaler Mobilität, bzw. Kommunikationsmöglichkeiten und Expertise für den Umgang mit internationalen Organisationen. Somit bildet sich - drittens - um die als neue

Targets angesehenen internationalen Organisationen ein Netz an transnationalen Organisationen und Bewegungen (ebd.: 182).

Einige Autoren wenden sich allerdings gegen die Ansicht des schwachen Staates. Laut della Porta/Kriesi ist der Nationalstaat als wichtigstes *Target* für nationale soziale Bewegungen vorerst nicht durch internationale Organisationen zu ersetzen (della Porta/Kriesi 1999: 13). Auch Rucht spricht sich dafür aus, dass der Nationalstaat selbst für TSB der wichtigste Referenzpunkt bleibt, da internationale Organisationen im Vergleich zu den Nationalstaaten wenig Regulierungsmacht haben. Dafür nennt er drei Gründe: Erstens mangelt es internationalen Organisationen oft an direkter demokratischer Legitimation, da ihre Entscheidungsträger nicht von den Bürgern gewählt werden. Zweitens ist ihre Entscheidungsfindung wegen konträren nationalen Interessen und der Stärke der Vetomächte äußerst schwer und langwierig. Drittens ist ihre Macht zur Umsetzung politischer Entscheidungen sehr beschränkt und zudem meist von den nationalen Regierungen abhängig. Letzteren Punkt bekräftigt Passy in Bezug auf die VN. So sei zu erkennen, dass die VN mit äußerst prekären Ausführungs- und Sanktionsmechanismen bestückt sind und ihren Mitgliedstaaten aufgrund der fortbestehenden nationalstaatlichen Souveränität im Regelfall keine Richtlinien aufzwingen können. Laut Rucht drängen TSB - in Anbetracht der begrenzten und unflexiblen Machtstruktur der internationalen Organisationen - schließlich in zwei Richtungen: Sie konzentrieren sich zum einen weiterhin auf die Nationalstaaten als wichtigstes *Target*, versuchen ihre Interessen aber zum anderen auf der internationalen Ebene gezielt an internationale Organisationen zu richten, die eventuell auf ihre Forderungen eingehen könnten (Rucht 1999: 209 ff.).

Im empirischen Teil dieser Arbeit soll diese Auseinandersetzung erneut aufgegriffen werden, wobei zu berücksichtigen ist, (1) welche Vorteile aus dem internationalen Engagement für die MST auf der internationalen und der nationalen Ebene entstanden, und ob sich die MST (2) über die Mitgliedschaft in bestimmten TSB auf der internationalen Ebene institutionalisiert hat, bzw. ob die internationale Ebene wichtiger als die nationale geworden ist.

Im Folgenden soll nun allerdings auf die zentrale Frage der Institutionalisierung der MST auf der nationalen Ebene eingegangen werden, wobei das nächste Kapitel einen kleinen Rückblick in die Geschichte der Landarbeiterbewegung in Brasilien bietet.

3. Die Landarbeiterbewegung in Brasilien bis 1984

In diesem Kapitel soll ein Überblick über die Entstehungsgeschichte der Landarbeiterbewegung in Brasilien gewonnen werden, welcher für die spätere Betrachtung der Institutionalisierung der MST von großer Bedeutung ist. Insbesondere soll hier zunächst auf die Entstehung der Landarbeiterbewegung, wie auch auf ihre Interaktion mit dem politischen System zwischen den 1940er und den 1960er Jahren eingegangen werden. Anschließend werden die Situation der Landarbeiterbewegung während der Militärdiktatur und die besondere Rolle der Katholischen Kirche dargestellt.

3.1. Die Entstehung der Landarbeiterbewegung

Bis in die 1930er Jahre war die ländliche Bevölkerung in Brasilien - in sehr abgelegenen ländlichen Regionen ist sie es sogar bis heute - in ein traditionelles klientelistisches System eingebunden, wie es für eine Agrargesellschaft typisch ist. Die Landarbeiter nehmen dem klientelistischen Ansatz zufolge die Rolle eines Klienten an, der in einem ungleichen Abhängigkeitsverhältnis zu einem Patron, bzw. dem Großgrundbesitzer steht²³ (Mainwaring 1999: 178 ff.). Während der Großgrundbesitzer dem Landarbeiter durch seinen Großgrundbesitz im Wesentlichen materielle, bzw. ökonomische Ressourcen zur Verfügung stellt, trägt der Landarbeiter mit Ressourcen wie dessen Arbeitsleistung oder Loyalität bei (Boeckh 2002a: 9; Caciagli 1987: 277 ff.). Durch die Einbindung der Landbevölkerung, bzw. der Landarbeiter in ein solches klientelistisches System waren in Brasilien die Voraussetzungen einer von den Großgrundbesitzern unabhängigen und kollektiven Interessenvertretung bis in die 1940er Jahre vorerst nicht gegeben.

Erst als das brasilianische Agrarexportmodell im Zuge der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre in eine tiefe Krise geriet und Präsident Vargas (1930-1945) mit der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) eine Umorientierung der nationalen Wirtschaft einleitete, wurden die klientelistischen Strukturen allmählich geschwächt. Vargas strebte den Aufbau einer autarken Industrie und das Ende des auf den Export von Agrargütern wie Kaffee und Zucker gründenden Wirtschaftsmodells an. Für die Industrialisierung war Vargas aber grundsätzlich vom Zufluss internationaler Devisen abhängig, was wiederum nur durch eine erhöhte Wirtschaftsleistung des exportorientierten Agrarsektors, bzw. durch dessen

²³ Mainwaring versteht unter Klientelismus ein Patron-Klient-Verhältnis, welches sich durch folgende vier Eigenschaften kennzeichnen lässt: [1] Da der Patron mächtiger als der Klient ist, besteht ein ungleiches Machtverhältnis. [2] Da der Patron zudem einen größeren Nutzen vom Austauschverhältnis hat, besteht ein ungleiches Tauschverhältnis. [3] Weil das Verhältnis zwischen dem Patron und dem Klienten nicht auf festgelegten Regeln oder universellen Kriterien gründet, gilt es als nicht institutionalisiert. [4] Das Verhältnis gilt als personalistisch, da der Klient und der Patron in einem persönlichen Verhältnis stehen (Vgl. Mainwaring 1999: 177).

Modernisierung erreicht werden konnte (Bröckelmann-Simon 1994: 68 ff.). Die Modernisierung der Landwirtschaft beruhte in den 1950er Jahre zum einen auf der Mechanisierung, die etwa durch den Einsatz von Traktoren erlangt wurde, und zum anderen auf dem Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Zusätzlich kam es ab den 1950er Jahren durch die staatliche Förderung zur Gründung landwirtschaftlicher Unternehmen und somit zu einer Kapitalisierung der Landwirtschaft (Graziano 2005: 50).

Die mit der ISI einhergehende Modernisierung der Landwirtschaft hatte zur wesentlichen Folge, dass ein Großteil der auf den Großgrundbesitzen lebenden und arbeitenden ländlichen Bevölkerung - zunächst ab den 1930er Jahren in geringem Maß und in höherem Maß ab den 1940er Jahren - arbeitslos wurde. Somit schwächte die Modernisierung der Landwirtschaft zwar die klientelistischen Strukturen, bedrohte andererseits aber auch die Existenzgrundlage großer Teile der Landbevölkerung. Die folgende Arbeitslosigkeit und die sich ausbreitende Armut in den ländlichen Regionen bildeten schließlich die Grundlage für den Landkonflikt, der sich durch die Mobilisierung der Landarbeiter und die ersten Landbesetzungen bemerkbar machte (Calcagnotto/Gottwald 2003: 33 ff.). Interessanterweise wurde die arbeitende Landbevölkerung unter Vargas jedoch nicht wie die im städtisch-industriellen Raum lebende Arbeiterbevölkerung über stark kontrollierte Gewerkschaften in korporatistische Strukturen an den Staat gebunden (Weyland 1996: 4)²⁴. Ganz im Gegenteil: Ländliche Gewerkschaften waren bis 1945 verboten und bis 1961 gab es keine rechtliche Grundlage, um solche zu gründen (Schmitter 1971: 211). Soziale Bewegungen und Organisationen der Interessenvertretung bildeten sich im ländlichen Raum somit erst ab Mitte der 1940er Jahre, also nach dem Rücktritt von Vargas und dem Ende des *Estado Novo* (1937-1945).

Die Entstehung einer Landarbeiterbewegung zwischen Ende der Vargas-Diktatur (1945) und Beginn der Militärdiktatur ab 1964 - also in der Zeit der demokratischen Regime - ist vorwiegend auf die Unterstützung der Kommunistischen Partei Brasiliens²⁵ (PCB), der Bauernligen und der Katholischen Kirche zurückzuführen. Die **PCB** begann bereits ab Mitte der 1940er Jahre die ländliche Bevölkerung im Südosten des Landes zu organisieren, was zur Entstehung von Gewerkschaften unter den dortigen Kaffeeplantagearbeitern führte (Collier/Collier 2002: 566). Im Jahr 1953 organisierte die PCB die erste nationale Konferenz der Landarbeiter und gründete im folgenden Jahr die Gewerkschaft der Bauern und

²⁴ Das unter Vargas in den 1930er Jahren in Kraft getretene Gewerkschaftsgesetz „*Consolidação das Leis do Trabalho*“ (zu Deutsch: Konsolidierung der Arbeitsgesetze) setzte der Unabhängigkeit gewerkschaftlicher Organisationen starke Grenzen. Gewerkschaften durften nur mit Genehmigung und unter Kontrolle des Arbeitsministeriums gegründet werden, und ihre Finanzierung wurde über eine vom Staat eingezogene Gewerkschaftssteuer geregelt (Vgl. Boris 1998: 91).

²⁵ *Partido Comunista Brasileiro*

Landarbeiter Brasiliens²⁶ (ULTAB), eine Organisation mit einer nationalen Ausbreitung auf 16 Bundesländern (Steinfelder 2001: 21).

Ab den 1950er Jahren entstanden zudem die **Bauernligen** im Nordosten des Landes unter der Führung des Rechtsanwalts Francisco Julião. Bis Anfang der 1960er Jahre gab es ca. 100 Ligen mit ca. 300.000 Mitgliedern (Boris 1998: 54). Ab Ende der 1950er Jahre engagierten sich auch von der Befreiungstheologie²⁷ inspirierte Teile der **Katholischen Kirche** vermehrt für die Organisation der Landbevölkerung (Collier/Collier 2002: 567). Die progressive Haltung der Kirche wurde durch das zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) und die zweite lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellín/Kolumbien im Jahre 1968 angetrieben. Seit den 1960er Jahren kam es daher in Brasilien - wie auch in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern - zur Errichtung der kirchlichen Basisgemeinden²⁸ innerhalb der Pfarrbezirke. Diese Basisgemeinden dienten als Versammlungsort, wo die ländliche Bevölkerung mit Themen wie der Landverteilung, der sozialen Gerechtigkeit und der Verteidigung der Menschenrechte konfrontiert wurde (Calcagnotto/Gottwald 2003: 54; Steinfelder 2001: 27 ff.). Im Gegensatz zu den linken Parteien und Bauernligen, die eine Institutionalisierung der Landarbeiter auf nationaler Ebene anstrebten, konzentrierte sich die katholische Kirche bis in die 1960er Jahre eher auf die lokale Ebene (s.u.).

Sowohl die PCB, als auch die Bauernligen und die Katholische Kirche vertraten den Standpunkt, dass nur eine Landreform, die auf der Aufteilung des Großgrundbesitzes und der anschließenden Umverteilung an die Landbevölkerung gründete, die erwähnte Armut und Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum lösen würden²⁹. Bis Ende der 1950er Jahre wurde eine solche Landreform dennoch von allen Regierungen abgelehnt, da sie die Grundlage des unter der Regierung Vargas (1930-1945) beschlossenen „Agrarpaktes“ bedrohen würde: Seit den dreißiger Jahren bestand eine von Collier/Collier bezeichnete *accomodationist alliance* zwischen der Landoligarchie und der entstehenden städtischen Industriebourgeoisie (Collier/Collier 2002: 70). Diese Allianz verständigte sich auf den genannten „Agrarpakt“, welcher besagte, dass eine Modernisierung der Landwirtschaft nur unter Beibehaltung der ländlichen Bodenbesitzverhältnisse durchgeführt werden dürfte, weshalb diese auch als „konservative Modernisierung“ bezeichnet wird (Bröckelmann-Simon 1994: 69).

Die Beibehaltung der Besitzverhältnisse bedeutete aber, dass die sozialen Folgen der landwirtschaftlichen Modernisierung nicht durch eine Landreform im Sinne der Umverteilung

²⁶ *União dos Lavradores e Trabalhadores Agrícolas do Brasil*

²⁷ Genauerer zur Befreiungstheologie und der Katholischen Kirche in Lateinamerika, siehe Boris 1998: 144-163.

²⁸ *Comunidades Eclesiais de Base*

²⁹ Die Landkonzentration nahm zwischen den 1920er und 1960er Jahren von 0,832 auf 0,842 nach dem Gini-Koeffizienten zu (Vgl. Bröckelmann-Simon 1994: 80).

des Großgrundbesitzes behoben werden konnten. Bestärkt durch eine expandierende Industriegesellschaft und alarmiert durch die Zunahme an Landkonflikten ab den 1950er Jahren, stellten einige Segmente der Industriebourgeoisie den „Agrarpakt“ und die Beibehaltung der Bodenbesitzverhältnisse immer mehr in Frage. Diese wähten in einer durch den Staat durchgeführten Landreform jedoch nicht nur die Möglichkeit, die sozialen Unruhen auf dem Land zu besänftigen, sondern auch die notwendige Voraussetzung, um eine effizientere Nutzung des landwirtschaftlichen Potentials und zusätzliches Wirtschaftswachstum zu erlangen. Die Befürwortung einer Landreform von Seiten der Industriebourgeoisie führte schließlich zu einer zwischenzeitlichen Spaltung der *accomodationist alliance* zwischen Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre und zu einem vorläufigen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft von der „konservativen Modernisierung“ zur Modernisierung mit Landreform (Graziano 2005: 49).

Unter Kubitschek (1954-1960), Quadros (1960-1961) und Goulart (1961-1964) wurde die Landreform zu einer nationalen Aufgabe erklärt, dennoch erhielten die Regierungen für ihre reformpolitischen Vorhaben keine Unterstützung vom Kongress, in dem die Agraroligarchie mehrheitlich vertreten war. Zeitgleich entstand in Brasilien im Zusammenhang mit der kubanischen Revolution erstmalig eine Landarbeiterbewegung mit nationaler Ausbreitung, die eine Landreform forderte und sich zunehmend radikalisierte. So entwickelten etwa die in der Landarbeiterbewegung aktiven Bauernligen in Trainingscamps bereits Guerillastrategien mit dem Ziel, in Brasilien eine Revolution nach kubanischem Vorbild einzuleiten (Boris 1998: 53; Calcagnotto/Gottwald 2003: 50 ff.). Wurde eine Anbindung der ländlichen Bewegungen an das politische System von der *accomodationist alliance* bis in die 1950er Jahre schlicht unterdrückt (Collier/Collier 2002: 70), so änderte sich das ab diesem Zeitpunkt: Um eine weitere Radikalisierung zu verhindern versuchte die Regierung Goulart die Landarbeiterbewegung durch die Zulassung³⁰ ländlicher Gewerkschaften und schließlich durch die Gründung des Dachverbandes für Landarbeitergewerkschaften CONTAG³¹ im Jahr 1963 an den Staat zu binden (Konder 2001: 117). Die Radikalisierung der Landarbeiterbewegung und das Verlangen nach einer Landreform konnte Goulart dennoch nicht aufhalten. Aufgrund einer fehlenden parlamentarischen Mehrheit war es ihm aber auch nicht möglich, eine Landreform unter demokratischen Voraussetzungen durchzuführen. Schließlich drohte er - wie in der Einleitung bereits erwähnt - dem Kongress, eine Landreform auch ohne dessen Unterstützung durchzuführen, woraufhin er abgesetzt wurde und General

³⁰ Erst unter Goulart wurde im Jahr 1961 mit dem Landarbeiterstatut die rechtliche Grundlage für die Gründung ländlicher Gewerkschaften geschaffen. Zwischen 1961 und 1963 wuchs somit die Anzahl an zugelassenen ländlichen Gewerkschaften von fünf auf 270 (Schmitter 1971: 211).

³¹ *Confederação Nacional dos Trabalhadores na Agricultura*

Castelo Branco die Macht übernahm (Collier/Collier 2002: 568). Die Militärherrschaft kann schließlich als ein Beleg für die Wiederherstellung der *accomodationist alliance* angesehen werden, welcher sich nun die Streitkräfte angeschlossen hatten (Serrano Onate/Jerez Novara 1991: 48).

3.2. Die Landarbeiterbewegung während der Militärdiktatur (1964-1984)

Mit Beginn der Militärdiktatur wurden alle nicht-staatlichen ländlichen Organisationen wie Bauernligen, Gewerkschaften und Bauernverbände verboten. Lediglich der CONTAG wurde durch die Militärregierung erhalten, über welchen - nachdem dessen Führungsschicht durch Militärs ersetzt wurde - die Inkorporation der Landarbeiterbewegung weiterhin gesichert werden sollte (Fatheuer 1997: 69).

Mit der Machtübernahme des Militärs wurde die Landfrage dennoch nicht fallen gelassen. Ganz im Gegenteil: Die ersten beiden Führer der Militärregierung General Castelo Branco und General da Costa e Silva nahmen sich der Problematik an, denn - wie ihre demokratischen Vorgänger - sahen sie in der Landreform einen Kernpunkt für die Modernisierung der Landwirtschaft. So setzte Castelo Branco im Kongress im Jahr 1964 die Verabschiedung des unter den vorigen Regierungen Quadros und Goulart vorbereiteten Bodenstatuts durch. Dieses ermöglichte eine Enteignung des Großgrundbesitzes, für den Fall dass dieser nicht den Standards der landwirtschaftlichen Produktivität entsprach (Bröckelmann-Simon 1994: 81). Im Jahr 1970 wurde zudem mit der Landreformbehörde INCRA³² die wichtigste staatliche Institution geschaffen, die bis heute mit der Regulierung der Landfrage beauftragt ist. Die INCRA hatte zu jener Zeit die Aufgabe, das Problem des Landkonflikts mit der Kolonisierung des Amazonasgebietes unter dem Motto „Land ohne Leute für Leute ohne Land“ zu verbinden. Statt also die verarmten Kleinbauern, Tagelöhner und landlose Bauern vor Ort anzusiedeln, wurden ihnen Landparzellen entlang der sich im Bau befindenden Bundesstraße BR 230 - der *Transamazônica* - zugewiesen, die das Amazonasgebiet längs durchqueren sollte. Das Umsiedlungsprojekt hatte jedoch aufgrund der extrem schwierigen Lebensbedingungen für die Landarbeiter im Amazonasgebiet nur wenig Erfolg, weshalb sich die Landreformbestrebungen der Militärregierung ab den 1980er Jahren auf die Landenteignung oder die Vergabe staatlichen Bodens konzentrierte. Die Ergebnisse fielen mit der Errichtung von 48 Siedlungsprojekten für 77.000 Familien zwischen 1964 und 1985 sehr bescheiden aus³³.

³² *Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária* (Zu Deutsch: Nationales Institut für Kolonisierung und Landreform; Die INCRA wird in der Literatur - wie auch in dieser Arbeit - meist als Landreformbehörde bezeichnet.

³³ www.incra.gov.br/_htm/instituicao/historico.htm

Die zurückhaltende Landreformpolitik und die sich an der Grünen Revolution³⁴ orientierende Landwirtschaftspolitik der Militärregierungen ab den 1970er Jahren hatten eine weitere soziale und ökonomische Differenzierung in der Gesellschaft zur Folge, was Graziano als „schmerzhaftes Modernisierung“ bezeichnet (Graziano 2005: 50 ff.). Zwar wurde in dieser Zeit ein Produktivitätszuwachs in der Landwirtschaft erreicht, nicht aber eine Umverteilung des Bodenbesitzes. So stieg der Gini-Koeffizient zwischen 1960 von 0,879 auf 0,938 im Jahr 1970 und schließlich auf 0,942 im Jahr 1975 (Cardoso 1997: 21). Die gleichzeitige Verschärfung der Einkommensdisparitäten führte zu einer zunehmenden Verarmung³⁵ der Landbevölkerung und zu einer steigenden Landflucht, so dass zwischen 1950 und 1970 der Anteil der Landbevölkerung von der Gesamtbevölkerung von 64% auf 25 % sank (Fatheuer 1997: 68; Wolford 2004: 203).

3.3. Die Rolle der Katholischen Kirche

Allein die Katholische Kirche war unter dem Militärregime weiterhin in der Lage, Landarbeiter unabhängig vom Staat zu mobilisieren. In den Anfangsjahren der Militärdiktatur (1964-1967) nahm die Katholische Kirche zwar eine zurückhaltende Rolle in der Politik ein, denn in ihr dominierten konservative Richtungen, welche die militärische Intervention zur Verhinderung einer drohenden sozialistischen Revolution - etwa nach kubanischem Vorbild - unterstützten. Erst aufgrund der ansteigenden Menschenrechtsverletzungen, der steigenden ländlichen Armut während der repressiven Phase der Diktatur unter General Medici (1969-1974) und der Zunahme der Anhänger der Befreiungstheologie in den eigenen Reihen, bemühte sich die Katholische Kirche verstärkt um die Mobilisierung der Landbevölkerung. Zwischen den 1960er und den 1970er Jahren wuchs etwa die Zahl der Basisgemeinden auf über 50.000 und bis 1984 auf mehr als 150.000 in ganz Brasilien an (Calcagnotto/Gottwald 2003: 54; Steinfelder 2001: 27 ff.). Mit dem Rückgang der staatlichen Repression im Zuge der beginnenden Liberalisierung (*abertura*) unter der Regierung von General Geisel (1974-1978) konnte erneut eine vom Staat unabhängige Landarbeiterbewegung unter dem Schutzmantel der Katholischen Kirche entstehen, welche schließlich mit dem Ende der Militärherrschaft ab 1985 zunehmend nach Möglichkeiten suchte, um mit dem politischen System zu interagieren (Lamouier 1995: 124).

³⁴ Unter der Grünen Revolution wird die Diversifizierung und Produktionssteigerung der nationalen Landwirtschaft durch den erhöhten Einsatz von verbessertem Saatgut, (synthetischen) Düngemitteln und Pestiziden verstanden (Petras/Veltmeyer 2003: 18 ff.).

³⁵ Mitte der 1970er Jahre lag die ländliche Armut in Brasilien bei 68%. Im Vergleich dazu war die städtische Armut mit 33% erheblich geringer (Boeckh 2002b: 149).

3.4. Fazit

Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, kam es in Brasilien im Zuge der Modernisierung der Landwirtschaft ab den 1940er Jahren zur Entstehung einer Landarbeiterbewegung, welche allerdings unter der Militärdiktatur ab 1964 entweder aus dem politischen System ausgegrenzt oder aber über den CONTAG kontrolliert wurde. Eine vom Staat unabhängige Interessenrepräsentation der Landarbeiter, bzw. der Landbevölkerung im politischen System war somit bis in die 80er Jahre nicht möglich. Im anschließenden Kapitel soll nun genauer auf die Entstehung der MST eingegangen werden.

4. Die MST und die Entstehung einer Bewegungsorganisation

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern es im Fall der MST zur Entstehung einer Bewegungsorganisation gekommen ist. In Anlehnung an Offe wird hierfür - wie im

theoretischen Kapitel beschrieben - in zwei Schritten vorgegangen: In einem ersten Schritt wird die Phase des *Take-off* - also die Entwicklung von einer informellen Protestaktion zu einer sozialen Bewegung - dargestellt. Der zweite Schritt beschreibt die Phase der Formalisierung, das heißt die Entstehung einer Bewegungsorganisation nach den drei Kriterien von Kriesi (1) Formalisierung der Mitgliedschaft, (2) Interne Differenzierung und (3) Professionalisierung wie auch aufgrund der zwei Kriterien von Raschke (4) Herausbildung politischer Ziele und (5) Kontinuität der Ressourceneinnahmen.

4.1. Phase des „Take-off“ (1978-1985)

Der Beginn der *Take-off* Phase der MST, welche sich durch eine informelle Protestaktion kennzeichnet, soll für das Folgende auf das Jahr 1978 festgelegt werden, als die erste Landbesetzung der *Fazenda Sarandi*³⁶ im Bundesstaat Rio Grande do Sul stattfand (s.u.). Zwischen dieser informellen Protestaktion und der offiziellen Gründung der MST im Jahr 1985 kam es zur erneuten Herausbildung einer vom Staat unabhängigen Landarbeiterbewegung auf nationaler Ebene, aus der schließlich die MST entstand.

Die Dynamik dieser Entwicklung ist - wie bereits erwähnt - hauptsächlich dem Engagement der Katholischen Kirche zuzuschreiben. Von besonderer Relevanz für die Entstehung der MST war die Gründung der Kommission für Landpastorale (*Comissão Pastoral da Terra*, CPT) im Jahr 1975, die eine Art unabhängige und ökumenische Dachorganisation für die Koordination der Aktivitäten der Basisgemeinden auf nationaler Ebene darstellte. Die CPT hatte das Ziel, die in den Basisgemeinden aktive Landbevölkerung - vor allem verarmte Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter ohne Landbesitz - in einer sozialen Bewegung auf nationaler Ebene zusammenzuführen, was ihr auch gelang (Calcagnotto/Gottwald 2003: 55). In dieser Hinsicht muss davon ausgegangen werden, dass sich die neu herausbildende Landarbeiterbewegung in der *Take-Off* Phase nicht selbst organisiert hat, sondern dass sie hauptsächlich von der CPT organisiert wurde, die hier die Rolle eines von Piven/Cloward so genannten *organizers*³⁷ annahm.

Dem Beginn der *Take-off* Phase entsprechend fanden Aktionen statt, welche sich auf die lokale Ebene fokussierten und durch einen geringen Organisationsgrad kennzeichneten. Die ersten Aktionen fanden vorwiegend in der südlichen und südöstlichen Region des Landes statt, wodurch es zu einer Vernetzung unterschiedlicher lokaler Bewegungen kam.

³⁶ *Fazenda* bedeutet zu Deutsch Landgut.

³⁷ Nach der Definition von Piven/Cloward sind *Organizer* „Personen, die um die Mobilisierung und Organisierung unterprivilegierten Gruppen bemüht sind, ohne im eigentlichen Sinne ihre Führer zu sein und vor allem, ohne selbst zu den Gruppen zu gehören“ (Piven/Cloward 1986: 13).

Zu den ersten wichtigen Ereignissen gehören die im südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul stattgefundenen Landbesetzungen der Großgrundbesitze *Fazenda Sarandi* (1978) mit 200 Familien³⁸, *Fazenda Macali* (1979) mit 110 Familien, *Fazenda Brilhante* (1979) mit 240 Familien und schließlich die Errichtung eines Zeltlagers an der Straßenkreuzung *Encruzilhada Natalino* (1980). Zwar hatten alle Besetzungen die Intervention der Militärpolizei zur Folge, jedoch konnte bereits bei der zweiten eine Räumung durch intensive Verhandlungsanstrengungen von Seiten der CPT mit der Landesregierung verhindert werden. In den Fällen *Macali* und *Brilhante* wurde den Besetzenden schließlich von der Militärregierung Land zugewiesen, woraufhin so genannte *assentamentos* (Landreformsiedlungen) gegründet werden konnten. Aufgrund dieser Erfahrungen wurden Anfang der 80er Jahre auch in den Bundesstaaten Paraná, São Paulo und Santa Catarina Landbesetzungen durchgeführt (Steinfelder 2001: 32 ff.). In Paraná kam es Anfang der 80er Jahre infolge der Mobilisierung von 6.000 Familien, die durch das Staudammprojekt Itaipú ihren Landbesitz verloren hatten - zur Gründung der Bewegung der landlosen Landarbeiter aus Westparaná (MASTRO³⁹) und der Bewegung der Landarbeiter ohne Boden aus Südostparaná (MASTES⁴⁰). Diese Bewegungen trafen sich mit Vertretern der Landreformsiedlungen aus den Bundesstaaten Rio Grande do Sul, São Paulo und Santa Catarina auf dem ersten Treffen der Gruppen aus Südbrasilien in Medianeira/Paraná (1982) (ebd.).

Ab dem Jahr 1984 kann in Brasilien erneut von einer Landarbeiterbewegung auf nationaler Ebene gesprochen werden. Diese besaß jedoch noch keine ausgeprägten organisatorischen Strukturen und war stark von der CPT abhängig. Es darf hier nicht vergessen werden, dass sowohl die ersten Landbesetzungen in Rio Grande do Sul und in Paraná, als auch alle überregionalen Treffen der lokalen Landarbeiterbewegungen grundsätzlich von der CPT organisiert und innerhalb ihrer Einrichtungen durchgeführt wurden. Schließlich organisierte die CPT auch das erste nationale Landarbeitertreffen in Cascavel (Paraná) im Jahr 1984, auf welchem die Gründung des MST geplant wurde. Es war auffallend, dass die eigentlichen „Landlosen“ an der Etablierung der Landarbeiterbewegung auf nationaler Ebene nur marginal beteiligt waren, was sich vor allem in der Zusammensetzung des vorsitzenden Gremiums des ersten nationalen Treffens widerspiegelte: Neben jeweils einem Vertreter des Gewerkschaftsdachverbandes CUT⁴¹, des Indianermissionsrates CIMI, der CPT und der

³⁸ Dem Charakter einer Bäuerlichen Bewegung entsprechend wird die Menge an Beteiligten an den Aktionen der MST stets in Familien ausgedrückt, welche im Schnitt aus vier Menschen bestehen.

³⁹ *Movimento de Agricultores Sem Terra do Oeste do Paraná*

⁴⁰ *Movimento de Agricultores Sem Terra do Sudeste do Paraná*

⁴¹ *Central Única dos Trabalhadores*

Arbeiterpastoral, war lediglich ein Vertreter der Landarbeiterbewegung anwesend. Diesbezüglich stellt Bröckelmann-Simon fest, dass: *„sich die politische Führung der Landlosenbewegung zu diesem Zeitpunkt außerhalb der Reihen der Landlosen befand, während Letzteren hauptsächlich die Aufgabe zufiel, Basisarbeit zu leisten und neue Mitglieder zu mobilisieren“* (Bröckelmann-Simon 1994: 261).

4.2. Phase der Formalisierung ab 1985

Die Gründung der MST als Bewegungsorganisation ereignete sich mit dem ersten nationalen Kongress im Jahr 1985. Interessant sind diesbezüglich zwei Punkte: Zum einen optierte der Gründungskongress die Bewegungsorganisation „Bewegung Landloser Landarbeiter“ (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, MST*) zu nennen, statt - wie 1984 eigentlich vorgesehen - „Arbeiterbewegung für die Landreform“, so dass sie sich auf diese Weise den Namen gab, den die Berichterstattung meist verwendete. Zum anderen - und das ist für die spätere Analyse der Beziehung zwischen der MST und dem politischen System relevant - entschied sich die MST gegen die Bildung einer juristischen Körperschaft, um auf diese Weise ihre Autonomie vor dem Staat zu wahren (Stédile 2004: o.S.).

Im Folgenden soll aufgrund der im theoretischen Kapitel dargestellten drei Kriterien von Kriesi - (1) Formalisierung, (2) Interne Differenzierung und (3) Professionalisierung - und der zwei Kriterien von Raschke - (4) Herausbildung politischer Ziele und (5) Kontinuität der Ressourceeinnahmen - untersucht werden, inwiefern es im Fall der MST genau zur Entstehung einer Bewegungsorganisation gekommen ist.

4.2.1. Formalisierung der Mitgliedschaft

Offe zufolge kommt es dann zu einer Formalisierung des Verhältnisses zwischen der Bewegungsorganisation und den Mitgliedern, wenn bestimmte Bedingungen für eine formelle Mitgliedschaft existieren, so dass Mitglieder von Nicht-Mitgliedern unterschieden werden können. In der MST wird die Mitgliedschaft an der Bedingung festgemacht, dass eine aktive Beteiligung an einer Landbesetzung, bzw. in der Basisarbeit vor Ort gegeben ist. Feste Mitgliederbeiträge sind bis zur Ansiedlung der beteiligten Familien in einer Landreformsiedlung nicht vorgesehen. Es wird als ausreichender Beitrag angesehen, dass ein jedes Mitglied bei der Beteiligung an einer Landbesetzung selbst für die entstehenden Kosten - etwa für Transport, Unterkunft und Ernährung - aufkommt (Calcagnotto/Gottwald 2003: 66 ff.). Erst nach der Ansiedlung in einer Agrarreformsiedlung werden die Mitglieder dazu angehalten, die Bewegungsorganisation mit einem Mindestbeitrag von ein bis zwei Prozent

ihrer jährlichen Produktion, bzw. drei bis fünf Prozent der vom Staat erhaltenen Kredite zu unterstützen (Harnecker 2003: 249). An dieser Stelle muss auf die Diskrepanz des Namens der MST in Bezug auf die Mitglieder hingewiesen werden: Die MST setzt sich neben den Landarbeitern ohne Landbesitz (den eigentlichen Landlosen), den Pächtern und Saisonarbeitern auch aus Kleinbauern mit einem Landeigentum unter 100 Hektar zusammen. Es stellt sich schließlich heraus, dass die Mitgliedschaft in der MST einen informellen Charakter hat, so dass auch eine konkrete Mitgliederzahl nur schwer zu schätzen ist.

4.2.2. Interne Differenzierung

Die Interne Differenzierung fragt danach, ob es zu einer funktionalen Arbeitsteilung und einer territorialen Ausdifferenzierung mit Bewegungs-Untereinheiten - also zu einer Dezentralisierung - gekommen ist. Des Weiteren ist zu klären, ob die Integration der funktionalen und territorialen Untereinheiten durch Koordinationsmechanismen und der Zentralisierung der Entscheidungsfindung erlangt wird. Schließlich soll beantwortet werden, ob Arbeitsabläufe und Regelmechanismen durch Regelwerke und etablierte Prozeduren formalisiert sind.

Bereits auf dem ersten Nationalen Kongress (1985) wurde sowohl eine **funktionale Arbeitsteilung** als auch eine **territoriale Ausdifferenzierung** der MST entworfen und schrittweise etabliert. Bestärkt wurde die Etablierung einer eigenen Organisationsstruktur der MST durch die im Jahre 1986 stattfindende Loslösung von der CPT, die von Seiten der CPT bereitwillig unterstützt wurde (Steinfelder 2001: 43).

Calcagnotto/Gottwald stellen die **Organisationsstruktur** der MST als zwei parallel verlaufende vertikale Gremienstrukturen dar, wobei die erste eine operationale und die zweite eine administrativ-planerische Funktion innehat (Siehe Abb. 4). Die **operationale Struktur**, setzt sich an der Basis aus lokalen Familiengruppen, bzw. Arbeitskommissionen und auf der Landes⁴²- und Bundesebene aus Arbeitskommissionen nach unterschiedlichen Sektoren (s.u.) zusammen. Die **administrativ-planerische Struktur** gründet andererseits auf der lokalen Ebene auf der Vollversammlung mit einem dazugehörigen Koordinierungskomitee, auf der Landesebene auf einer Landeskoordination, bzw. -direktion, und schließlich auf nationaler Ebene auf der nationalen Koordination, bzw. der nationalen Direktion (Siehe auch im Folgenden Calcagnotto/Gottwald 2003: 70 ff.).

⁴² Calcagnotto/Gottwald verwenden den Begriff „Land“ in Bezug auf die brasilianische politisch-territoriale Einheit des Bundesstaates. In diesem Sinne bezieht sich die Landesebene hier auf die Ebene des Bundesstaates.

Abb. 4: Organisationsstruktur der MST

	Operationale Gremien	Administrativ-planerische Gremien
Nationale Ebene	Nationale Arbeitskommissionen	<ul style="list-style-type: none"> • Nationale Koordination • Nationale Direktion
Landesebene	<ul style="list-style-type: none"> • Landeskommission • Arbeitskommissionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Landeskoordination • Landesdirektion
Lokale Ebene	<ul style="list-style-type: none"> • Familiengruppen • Arbeitskommissionen 	Vollversammlung mit Koordinierungskomitee

Nach Calcagnotto/Gottwald 2003: 70.

4.2.2.1. Die operationalen Gremien

Die Operationalen Gremien haben die Funktion, das tägliche Leben der in den Lagern und Agrarreformsiedlungen lebenden Menschen zu regeln.

Die Entscheidungsfindung auf **lokaler Ebene** gründet auf basisdemokratischen Prinzipien, die etabliert werden, sobald ein Zeltlager im Zuge einer Landbesetzung entsteht. Die erste Entscheidung ist üblicherweise die Wahl eines **Zeltlager-Koordinators** unter den Landbesetzern, eventuell auch aus den Reihen der an der Besetzung teilnehmenden Helfern, bzw. Militanten der MST (s.u.). Dieser Koordinator hat die Aufgabe, die an der Besetzung teilnehmenden Landarbeiterfamilien in Gruppen - so genannte *núcleos* - von jeweils zehn bis dreißig Familien aufzuteilen, innerhalb welcher einfache Alltagsprobleme geregelt werden können. Für die Bewältigung größerer organisatorischer Aufgaben im Lager, kommt es zur Bildung von **Arbeitskommissionen**, somit auch zur Arbeitsteilung auf lokaler Ebene. So werden fünf bis fünfzehn Vertreter von den *núcleos* für die unterschiedlichen Arbeitskommissionen bestimmt, die in den so genannten Sektoren Gesundheit, Erziehung, Sicherheit, Hygiene, Zeltbau, Versorgung, Mobilisierung (*Frente de massa*) oder Kommunikation tätig werden. In täglichen Versammlungen wird über die Tätigkeit dieser Kommissionen berichtet, wie auch über Probleme im Lager und Meinungsverschiedenheiten diskutiert. Jeweils ein Vertreter einer jeden Arbeitskommission wird von der Vollversammlung in die übergeordnete **Arbeitskommission auf Landesebene** entsendet, die thematisch parallel zur lokalen Ebene strukturiert sind. In der **Nationalen Arbeitskommission** existieren zusätzlich noch die Sektoren Internationale Beziehungen und Produktion-Kooperation-Umwelt.

4.2.2.2. Die administrativ-planerischen Gremien

Die administrativ-planerischen Gremien stellen auf drei Ebenen das System der Entscheidungsfindung innerhalb der gesamten Bewegungsorganisation dar. Die Grundfunktion dieser Gremien ist es, die Aktionen zwischen den einzelnen Lagern und Siedlungen zu koordinieren.

Auf lokaler Ebene ist die **Vollversammlung aller Familien** das oberste Entscheidungsgremium. Dort wird über zu treffende Maßnahmen diskutiert und abgestimmt. Der Vollversammlung ist das **Koordinierungskomitee des Zeltlagers untergeordnet**, in welches jedes *núcleo* zwei Vertreter entsendet. Dieses lokale Koordinierungskomitee entsendet wiederum jeweils zwei Vertreter an die **Landes- und an die Nationaldirektion** (*Direção estadual e nacional*) zur Vertretung des eigenen Lagers, bzw. der Siedlung. Entscheidungen werden auf allen Ebenen im Allgemeinen im Konsens getroffen.

Auf Landesebene gibt es drei Gremien, deren Funktion es ist, die lokalen Aktivitäten in einem Bundesstaat zu koordinieren, und diese mit den Aktionen auf Bundesebene abzustimmen. Während das **jährliche Landestreffen** (*Encontro Estadual*) für die Evaluierung der politischen Schwerpunkte und Aktivitäten, die Erstellung neuer Aktionsprogramme und die Wahl der Landesvertreter in die Landes- und Nationalkoordination zuständig ist, kümmert sich die **Landeskoordination** (*Coordenação Estadual*) erstens um die politischen Schwerpunkte der gesamten Bewegungsorganisation, zweitens um die sektoralen Kommissionen und drittens um die Umsetzung der von den jährlichen Landestreffen beschlossenen Aktionen. Als zusätzliche organisatorische Instanz auf der Landesebene wählen die jährliche Landesversammlung und die Landeskoordination die **Landesdirektion** (*Direção Estadual*), was wegen ihrem Basisbezug das wichtigste Diskussionsforum auf Landesebene darstellt.

Auf **nationaler Ebene** regeln vier Organe den administrativen Ablauf der MST. Parallel zur Landesebene existiert erstens die **ständige nationale Koordination** (*Coordenação Nacional*) als das oberste Exekutivorgan der MST mit Zuständigkeiten für das Finanzwesen und die Repräsentation der MST nach außen. Als politische, strategische und finanzielle Planungs- und Aufsichtsinstanz steht zweitens die **ständige nationale Direktion** (*Direção Nacional*). Der ständigen nationalen Direktion gehören in der Regel 21 Mitglieder an, doch ist die Art und Weise ihrer Zusammensetzung widersprüchlich, wie Calcagnotto/Gottwald darstellen. Schließlich ist nicht zu verstehen, warum die drei Gründungsmitglieder João Pedro Stédile, Neuri Rosseto und Gilmar Mauro seit Anfang der 90er Jahre der nationalen Direktion angehören. Den Autoren zu Folge genießen diese drei Mitglieder als Mitbegründer der MST den Status als informelle ständige Mitglieder.

Des Weiteren existiert das alle zwei Jahre stattfindende **Nationale Treffen** (*Encontro Nacional*) und der alle fünf Jahre stattfindende **Nationale Kongress** (*Congresso Nacional*). Während das Nationale Treffen zwar für alle Instanzen der MST bindende, aber lediglich kurzfristige nationale Aktionspläne ausarbeitet, stellt der Kongress formell gesehen die oberste Instanz der MST dar. Der Kongress wird aus Delegierten der Landestreffen zusammengesetzt. Die nationale Koordination kontrolliert die Einhaltung der Beschlüsse von dem nationalen Treffen und dem nationalen Kongress.

In Anbetracht der dargestellten Organisationsstruktur der MST lässt sich schließlich feststellen, dass es mit der Gründung der MST bereits zu einer sehr komplexen funktionalen Arbeitsteilung und einer breit gefächerten territorialen Ausdifferenzierung mit Bewegungs-Untereinheiten gekommen ist. Wie effektiv diese Organisationsstruktur ist und inwiefern es zu Konflikten zwischen den Gremien auf der Lokal-, Landes- und Bundesebene kommt sind interessante Fragen, auf die im Rahmen dieser Arbeit noch eingegangen wird⁴³. In Bezug auf die dritte Frage, nach der Formalisierung der Regelung der Arbeitsabläufe durch Regelwerke und etablierte Prozeduren, sind die Allgemeinen Richtlinien (*Normas Gerais*) aus dem Jahr 1988 zu nennen. Diese regeln das Zusammenleben der Menschen in den Zeltlagern und den Landreformsiedlungen, wie auch die Handlungsabläufe innerhalb der Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen auf allen Ebenen (Bröckelmann-Simon 1994: 271).

4.2.3. Professionalisierung

Die Professionalisierung bezieht sich auf die Frage, ob die Verwaltung der Bewegungsorganisation durch professionelle und bezahlte Mitglieder durchgeführt wird, so dass sich zum einen Karrierechancen bieten, und sich zum anderen eine formelle Führungsschicht herausbilden kann.

Für die Verwaltung der MST auf der Lokal-, Landes- und Nationalebene werden die Mitarbeiter aus dem Kreis engagierter Mitglieder rekrutiert. Diese Mitglieder können innerhalb der Organisation unterschiedliche Karrierelaufbahnen durchlaufen. Sowohl für die operationale Arbeit in den Sektoren, als auch für die politisch-administrativen Aufgaben (s.o.) können die Mitarbeiter in eigenen Schulungszentren zu Koordinatoren oder Leitern (*coordenadores* oder *dirigentes*) ausgebildet werden. Während der Ausbildungszeit wird der zukünftige Koordinator Militant (*militante*) genannt (Carvalho Rosa 2004: 23). Für die Ausbildung der eigenen Fachkräfte wurde im Jahr 1995 das Technische Ausbildungs- und Forschungszentrum für die Landreform ITERRA⁴⁴ in Vereanópolis/Rio Grande do Sul

⁴³ Sehr aufschlussreich ist in Bezug auf diese Fragen Calcagnotto/Gottwald 2003.

⁴⁴ Instituto Técnico de Capacitação e Pesquisa em Reforma Agrária

gegründet. Hier werden so genannte Aktivisten theoretisch und praktisch in den wichtigsten Bereichen des Lebens in der Agrarreformsiedlung geschult (Calcagnotto/Gottwald 2003: 72). In fast allen Bundesstaaten besteht ein Kooperationsprogramm zwischen ITERRA und den staatlichen Universitäten, wo MST-Mitglieder entweder im pädagogischen oder im technisch-administrativen Bereich ausgebildet werden können. Seit neuestem gibt es das nationale Fortbildungszentrum *Escola Nacional Florestan Fernandes* in Guararema (Bundesstaat São Paulo) mit Ausbildungsmöglichkeiten für die Militanten in den Fächern (a) Lehramt, (b) Verwaltung von Kooperativen, (c) Entwicklung der Landwirtschafts-Industrie, (d) Organisation und Leitung der MST, sowie in unterschiedlichen Sozialwissenschaften, welche auch in Zusammenarbeit mit staatlichen Universitäten durchgeführt werden⁴⁵.

Die **Verwaltung** der Bewegungsorganisation wird auf der nationalen und Länderebene von bezahlten Mitgliedern durchgeführt, deren finanzielle Unterstützung zwischen einem und drei Mindestlöhnen variiert. Außerdem unterhält die MST ein zentrales Sekretariat der Nationalen Koordination in São Paulo mit 22 bezahlten Mitarbeitern. Wie oben dargestellt wurde, hat die MST für die Verwaltung und die Entscheidungsfindung innerhalb der Bewegungsorganisation eine umfangreiche Organisationsstruktur aufgebaut, aufgrund welcher eine **formelle Führungsschicht** auf nationaler Ebene entstehen konnte (Calcagnotto/Gottwald 2003: 74 ff.). In Anbetracht der Tatsache, dass die Basis der MST keinen direkten Einfluss auf die Wahl der nationalen Führungsgremien hat, weist Calcagnotto/Gottwald zufolge auf eine mangelnde Repräsentativität der administrativ-planerischen Gremien hin (ebd.). In dieser Hinsicht ist von der Tendenz der Oligarchisierung - nach Kriesi die Konzentration der Macht in den Händen einer Minderheit der Bewegungsorganisation (Kriesi 1996: 154) - auszugehen, wie am Beispiel der informellen ständigen Mitglieder der nationalen Direktion angedeutet wurde (s.o.).

⁴⁵ www.mst.org.br/campanha/escola/indice.html. Die Errichtung dieser Ausbildungsstätte wurde mit ca. fünf Millionen Reais durch die EU, die deutsche Caritas und die französische *Frères des Hommes* unterstützt.

4.2.4. Herausbildung der politischen Ziele

Die politischen Ziele und Forderungen der MST wurden zum ersten Mal in Form eines sechsteiligen Katalogs im Rahmen des ersten nationalen Kongresses (1985) veröffentlicht. Unter dem Begriff Landreform lassen sich die Forderungen grob auf ein kurzfristiges, ein mittelfristiges und ein langfristiges Ziel aufteilen (Steinfelder 2001: 39 ff.):

- **Kurzfristig** wollte die MST Land für ihre Mitglieder erhalten und Landreformsiedlungen errichten. In dieser Hinsicht erwartete die MST vom Staat, dass dieser unproduktiven Großgrundbesitz enteignete und an landlose Landarbeiter der MST verteilte.
- **Mittelfristig** erwartete die MST eine Orientierung der staatlichen Landwirtschaftspolitik am Binnenmarkt und an der kleinflächigen, bzw. familiären Landwirtschaft. Diesbezüglich sollten Kleinbauern und insbesondere die Agrarreformsiedlungen der MST durch staatliche Subventionen und Kredite unterstützt werden.
- **Langfristig** erwartete die MST vom Staat eine umfassende Landreform, die auf einer Umstrukturierung der Bodenbesitzstruktur gründete. Demzufolge sollte der Grundbesitz in Brasilien auf maximal 500 Hektar beschränkt werden. Außerdem sollte die als Landreform dargestellte Kolonisierungspolitik (Siehe 3.2.) der Militärregierung beendet werden, da sie nicht zu einer Veränderung der Bodenbesitzverhältnisse führte. Der Großgrundbesitz, wie auch Grundstücke im Besitz multinationaler Konzerne sollten vom Staat enteignet werden und nicht durch staatliche Subventionen oder Steuererleichterungen unterstützt werden.

4.2.5. Sicherung der Ressourceneinnahmen

Für die längerfristige Existenz einer Bewegungsorganisation ist laut Raschke relevant, dass es zu kontinuierlichen materiellen Ressourceneinnahmen kommt. In Bezug auf die Finanzgrundlage der MST können nur spekulative Angaben gemacht werden, da Informationen bezüglich ihres Haushalts grundsätzlich geheim gehalten werden. Da die MST außerdem keine juristische Körperschaft darstellt, ist sie auch nicht dazu gezwungen, eine jährliche Bilanz zu veröffentlichen. Claudio Moser vom deutschen katholischen Hilfswerk *Miserior*, der seit vielen Jahren Projekte der MST in Brasilien finanziell und logistisch unterstützt, sieht in der restriktiven Informationspolitik zu den Finanzen von Seiten der MST einen Schutzmechanismus vor staatlichen Eingriffen, der von den Spendern wiederum mitgetragen wird. Es steht jedoch fest, dass die MST in der Formalisierungsphase extrem auf Spenden ausländischer Spenden angewiesen war. Das erste Haushaltsjahr der MST (1985/1986) wurde beispielsweise vollständig durch kirchliche Organisationen aus

Deutschland und Frankreich getragen. Da diese Spenden allerdings kontinuierlich waren, hatte die MST seit Mitte der 80er Jahre eine gesicherte Finanzgrundlage und war vorerst für die Herausbildung der Bewegungsorganisation und die nationale Ausbreitung nicht auf die finanziellen Beiträge der Mitglieder angewiesen. Für die Verwaltung der ausländischen Einnahmen gründete die MST im Jahr 1986 die Nationale Vereinigung für landwirtschaftliche Kooperation ANCA⁴⁶ (Bröckelmann-Simon 1994: 269).

4.3. Fazit

Diesem Kapitel lag die Frage zugrunde, inwiefern sich in einer *Take-Off* Phase eine soziale Bewegung herausbilden konnte, und sich daraufhin im Zuge der Formalisierungsphase die MST als Bewegungsorganisation aus der Landarbeiterbewegung entstanden ist.

Als erstes ließ sich feststellen, dass eine Landarbeiterbewegung in der *Take-Off* Phase durch die Unterstützung der Basisgemeinden der Katholischen Kirche zwischen 1978 und 1984 erneut entstehen konnte. In der Phase der Formalisierung (ab 1984) bildete sich schließlich die MST als eine Bewegungsorganisation aus dieser Landarbeiterbewegung heraus, was durch die Erfüllung der Kriterien von Kriesi und Raschke - mit Ausnahme der Formalisierung der Mitgliedschaft - bezeugt wurde. Demnach wurde dargestellt, dass es in Bezug auf das Verhältnis zwischen der MST und ihren Mitgliedern zwar zu klaren Vorgaben für eine Beteiligung gekommen ist, es dennoch keinen formellen Mitgliedsvertrag oder Ähnliches gibt. Alle anderen Kriterien deuteten allerdings deutlich auf eine Bewegungsorganisation hin: So zeigte sich, dass es zu einer stark ausgeprägten internen Differenzierung, zu einer hochgradigen Professionalisierung, zur Formulierung der politischen Ziele und schließlich zur Sicherung der finanziellen Grundlage gekommen ist. Es ist somit davon auszugehen, dass es sich im Fall der MST um eine Bewegungsorganisation handelt, die aber zu ihren Mitgliedern in einem informellen Verhältnis steht.

Im anschließenden Kapitel soll nun danach gefragt werden, auf welche Art und Weise diese Bewegungsorganisation mit dem politischen System auf nationaler Ebene interagiert.

⁴⁶ *Associação Nacional de Cooperação Agrícola*

5. Die Institutionalisierung der MST auf der nationalen Ebene

Ob und wie sich die MST seit ihrer Gründung im Jahr 1985 bis 2005 auf der nationalen Ebene institutionalisiert hat, soll in diesem Kapitel geklärt werden. Aufgrund des für diese Arbeit erweiterten Analysemodells von Raschke wird danach gefragt, ob die MST einer institutionellen Aktionsstrategie anhängt, oder ob eher eine anti-institutionelle, bzw. eine mehr-dimensionale vorliegt. Wie im theoretischen Kapitel dargestellt, lässt sich die Aktionsstrategie durch die Aktionsformen einer Bewegungsorganisation bestimmen. Somit wird unter den Punkten 5.1, 5.2 und 5.3 untersucht, ob die MST für die Interaktion mit dem politischen System intermediäre, direkt-koerzive und/oder demonstrative Aktionsformen in dem oben genannten Zeitraum angewendet hat. Da die zentrale Fragestellung dieser Arbeit auf die Institutionalisierung der MST ausgerichtet ist, liegt der Schwerpunkt auf den intermediären Aktionsformen.

5.1. Die intermediären Aktionsformen der MST

Das vorherige Kapitel hat gezeigt, dass die MST als eine Bewegungsorganisation angesehen werden kann. Nun ist die Frage zu klären, inwiefern sich diese Bewegungsorganisation zwischen 1985 und 2005 durch die Ausübung von intermediären Aktionsformen im politischen System institutionalisiert hat.

Im theoretischen Kapitel wurde dargestellt, dass einer Bewegungsorganisation im politischen System Brasiliens grundsätzlich zwei Kanäle zur Verfügung stehen, über welche sie den Prozess der politischen Entscheidungsfindung zu beeinflussen versuchen kann: Entweder sie interagiert mit Vermittlungsträgern, die sich in der Legislative für ihre Interessen einsetzen, oder sie richtet sich – ohne die Zwischenschaltung intermediärer Organisationen – direkt an die Exekutive. Folgend wird zunächst auf die Interaktion der MST mit der Legislative eingegangen, wobei der Zusammenarbeit mit Parteien eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Anschließend steht zur Debatte, inwiefern die MST gegenüber der Exekutive zwischen 1985 und 2005 intermediäre Aktionsformen entwickelt hat. Letztere können – wie im theoretischen Kapitel beschrieben – aus (a) dem Dialog mit dem Ziel der Überzeugung (*lobbying*), (b) Verhandlungen zur Erreichung von Kompromissen (*bargaining*) und (c) der Druckausübung über das Versprechen von Vorteilen oder über die Androhung von Nachteilen (*pressure*) bestehen.

5.1.1. MST und die Legislative

Es ist festzustellen, dass die MST seit ihrer Gründung im Jahr 1985 versucht hat, ihre Interessen gegenüber der Legislative geltend zu machen. Dennoch konnte sie bis heute keine außerordentliche politische Wirkung erzielen, wie im Folgenden dargestellt wird.

Für ein besseres Verständnis dieser Situation, ist die Verfassungsgebende Nationalversammlung⁴⁷ in den Jahren 1987/1988 richtungweisend (Foweraker 2001: 857). Zu jener Zeit erarbeitete die Führungsspitze der MST gemeinsam mit dem brasilianischen Verband für die Landreform ABRA⁴⁸, dem nationalen Dachverband der Landarbeiter CONTAG⁴⁹, der Kommission für Landpastoral CPT⁵⁰, der Arbeiterpartei PT⁵¹, dem Arbeitnehmersdachverband CUT⁵² (u.a.) im Rahmen der Nationalen Kampagne für die Landreform eine Verfassungsergänzung. Diese sah eine umfassende Landreform⁵³ vor, welche durch ein Volksbegehren⁵⁴ in die Verfassung aufgenommen werden sollte. Zwar wurden mehr als 1,2 Millionen Unterschriften gesammelt, die Verfassungsergänzung wurde von der Verfassungsgebenden Nationalversammlung jedoch abgelehnt (Covert 1998: 5). Der Grund für diese Niederlage lag hauptsächlich in der erfolgreichen Mobilisierung der Fraktion der traditionellen Großgrundbesitzer aus dem Norden, Nordosten und Mittleren Westen Brasiliens wie auch der Landwirtschaftsindustrie, die sich Anfang der 1980er Jahre gemeinsam als die *Bancada Ruralista* (zu Deutsch: Fraktion der Landwirtschaft) im Kongress gebildet hatte. Das Ziel dieser Fraktion war es, die Verankerung einer Landreform, bzw. die Neuordnung der Bodenbesitzstruktur in der neuen Verfassung zu verhindern. Die *Bancada Ruralista* konnte sich schließlich durchsetzen, da es nach der neuen Verfassung nicht zu einer Begrenzung oder der Aufhebung des Großgrundbesitzes kam. In der neuen Verfassung wurde lediglich die Möglichkeit festgehalten, dass unproduktiver Großgrundbesitz durch den Staat zum Zweck der Landreform enteignet werden konnte, produktiv genutzter Boden durfte jedoch nicht angetastet werden. Dadurch wurde der legale Rahmen für eine Landreform in Zukunft auf die Verteilung staatlichen, bzw. die Enteignung unproduktiven privaten Grundbesitzes reduziert (Carter 2005: 18).

⁴⁷ *Assembléia Nacional Constituinte*

⁴⁸ *Associação Brasileira de Reforma Agrária*

⁴⁹ *Confederação Nacional dos Trabalhadores na Agricultura*

⁵⁰ *Comissão Pastoral da Terra*

⁵¹ *Partido dos Trabalhadores*

⁵² *Central Única dos Trabalhadores*

⁵³ Die MST verlangte eine umfassende Landreform, die unter der Aufsicht und Leitung der Landarbeiter durchgeführt werden und die den Grundbesitz in Brasilien auf maximal 500 Hektar beschränken sollte. In der Hand des Bundes, der Länder oder multinationalen Unternehmen befindliches Land sollte des Weiteren auf die Landarbeiter umverteilt werden (Siehe 4.2.4.) (Weiteres zum Landreformprojekt siehe Covert 1998: 5).

⁵⁴ Dieses Begehren beinhaltete u.a. eine von der Verfassung vorgegebene Höchstbegrenzung aller Grundstücke auf 60 Landmodule pro Person und dass Eigentümer ungenutzter Großgrundbesitze ohne Entschädigung vom Staat enteignet werden konnten (Vgl. Bohn Gass 2000: o.S.).

Seit in der neuen Verfassung die Verankerung einer umfassenden Landreform abgewehrt wurde, bestand für die konservative Mehrheit im Kongress kein großes Interesse an der Regelung des Landkonflikts. Die Initiative in diesem Bereich wurde ab 1988 der Exekutive überlassen, so dass die Regulierung des Landkonflikts zu einem Primat des Präsidenten wurde (Bröckelmann-Simon 1994: 101 ff.).

Es ist interessant zu beobachten, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Kongress über die Jahre nicht sonderlich verändert haben, was vor allem am brasilianischen Wahlsystem liegt: Durch die Überrepräsentation bevölkerungsarmer Bundesstaaten aus den konservativen und durch landwirtschaftliche Strukturen geprägten Regionen Norden, Nordosten und Mittlerer Westen, bestehen bis heute sowohl im Kongress als auch im Senat große regionale Disparitäten (Barrios/Röder 2000: 54)⁵⁵. Die konservative Blockade-Koalition der *Bancada Ruralista* wird bis heute im Kongress durch die Parteien des Rechtslagers PFL, PPB, PTB, PL-PSL und PSC vertreten, die mehr als ein Drittel aller Abgeordneten und Senatoren stellen⁵⁶. Eher zurückhaltend haben sich stets die Parteien der Mitte - wie die PSDB und das Bündnis PMDB-PST-PTN - in Bezug auf das Thema Landreform verhalten. Da diese ebenso ein Drittel aller Abgeordneten stellen, ist Konder zufolge in Punkto Landreform von einer konservativen parlamentarischen Mehrheit auszugehen (Konder 2001: 112ff.). Demgegenüber stellt das reformorientierte Bündnis der zum Linkslager zuzurechnenden Parteien PT, PDT, PSB, PCdoB und PS - die bis 2002 ein Fünftel und ab 2003 ein Drittel aller Abgeordneten entsandten, bzw. entsenden - eine Minderheit dar (Gloger 2003: 82 ff.).

Angesichts der konservativen Blockade im Kongress waren dann auch die intermediären Aktionsformen der MST gegenüber der Legislative weitaus unbedeutender als gegenüber der Exekutive. Anfang der 1990er Jahre stellte das Mitglied der MST-Nationaldirektion Stédile fest (Siehe 4.2.2.2.), dass die politische Auseinandersetzung in Bezug auf eine Landreform ab dem Zeitpunkt der Verfassungsgebenden Nationalversammlung (1978/1988) nicht mehr im Kongress zu regeln wäre, und sich auf andere politische Sektoren verlagert habe (ebd.).

Trotz der Blockadehaltung im Kongress ist zu beobachten, dass die MST seit den 1980er Jahren auf zwei Wegen versucht hat, Einfluss auf die Entscheidungsfindung im Kongress auszuüben. Zum einen versuchte die MST ihre Interessen insbesondere in den für die Landreform zuständigen Ausschüssen durch *Lobby*-Arbeit anzubringen. Viel wichtiger war jedoch die Wahlunterstützung von, bzw. eine Mitarbeit bei den Parteien des linken Lagers, wozu die Nationaldirektion der MST grundsätzlich aufforderte (Stédile 2002: 103). Auf diese

⁵⁵ So beziffern Barrios/Röder zum Beispiel, dass der Erfolgswert einer Wählerstimme im bevölkerungsarmen nördlichen Bundesstaat Roraima 33 mal höher ist, als im südöstlichen und stark bevölkerten Bundesstaat São Paulo (Barrios/Röder 2000: 54).

⁵⁶ Zur Aufschlüsselung der Parteinamen, siehe Abkürzungsverzeichnis.

Art und Weise wurden die Interessen der MST im Kongress vertreten, ohne dass sie selbst eine Partei bilden musste. Von besonderer Bedeutung war für die MST diesbezüglich die Zusammenarbeit mit der PT⁵⁷, worauf im Folgenden eingegangen werden soll.

5.1.1.1. Das Verhältnis zwischen MST und PT

Die von Stédile als historisch bezeichnete Allianz mit der Arbeiterpartei PT war für die MST seit ihrer Entstehungsphase von grundlegender Bedeutung, um ihre politischen Forderungen auf parlamentarischer Ebene geltend zu machen (ebd.). Wie die MST gehört auch die PT zur „neuen Generation“ von Parteien, Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen, die ihre Entstehungsphase in der Endzeit der Militärdiktatur Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre hatten (Foweraker 1995: 29).

Parallel zu den ersten Landbesetzungen der MST in den ländlichen Regionen führte die sich Ende der 1970er Jahre neu herausbildende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zahlreiche Streiks in Industriegebieten des städtischen Raums durch. Aus dieser Bewegung bildete sich im Jahr 1981 die PT als politische Partei heraus. Anders als die MST hatte die PT das Ziel, sich direkt an der politischen Macht zu beteiligen und sich im politischen System zu institutionalisieren. Schon nach den Parlamentswahlen im Jahr 1982 war die PT durch die Entsendung mehrerer Abgeordneter im nationalen Kongress wie auch auf der Länder- und Lokalebene vertreten (Boris 1998: 93 ff.).

Wie im theoretischen Kapitel beschrieben, kann die Beziehung zwischen einer sozialen Bewegung und einer Partei laut Rucht in vier Modellen aufgezeigt werden. Für die Darstellung der Beziehung zwischen der MST und der PT zwischen 1985 und 2005 erweisen sich sowohl das Schöpfquelle-Modell als auch das Sprachrohrmodell als hilfreich. Das Stufenmodell, welches die soziale Bewegung als historische Vorstufe der Partei ansieht, oder das Avantgarde-Modell, welches die Partei der Bewegung überordnet, sind in diesem Fall nicht anwendbar.

Das Schöpfquelle-Modell betrachtet die soziale Bewegung als funktionales Komplement einer Partei, da diese als Rekrutierungsbasis fungiert und außerdem über ein wichtiges Mobilisierungs- und Wählerpotential verfügt. Zudem schöpft die Partei sowohl Ideen als auch Ideologien aus der Bewegung. Warum trifft dieses Modell nun zu? Foweraker beschreibt, dass die PT als „Partei neuen Typs“ in der Lage war, diverse Bewegungsorganisationen der ländlichen und städtischen Bevölkerung mit der Gewerkschaftsbewegung in ihrer Basis zu vereinen (Foweraker 1995: 87). Für die PT war es von großer Bedeutung, dass ihre

⁵⁷ Es sei lediglich angemerkt, dass viele MST-Mitglieder auch die Parteien PCdoB, PDT und PSB unterstützen, die PT stellt im Kongress jedoch den wichtigsten Partner für die MST dar (Pinassi 2000: 59).

Parteimitglieder, die aus unterschiedlichen Bewegungsorganisationen (etwa aus der Nachbarschafts-, der Frauen-, der Lebenshaltungskostenbewegung oder aus den katholischen Basisgemeinden) rekrutiert wurden, in diesen auch weiterhin aktiv blieben. Auf diese Weise schöpfte die PT politische Forderungen aus unterschiedlichsten Gesellschaftsgruppen und schuf sich gleichzeitig eine breite Wählerbasis (Boris 1998: 33). In den ländlichen Regionen galt die MST - neben dem CONTAG - seit den 1980er Jahren als das Rückgrat der PT, über welche stets eine große Wählerschaft mobilisiert und eine große Anzahl an Parteimitgliedern rekrutiert werden konnte (Santos 2001: 129). Stédile bestätigt, dass die Mehrheit der MST-Mitglieder die PT bevorzugen, obwohl auch die PSB und die PDT als Wahlalternativen bestehen (Stédile 2002: 103). Laut einer Umfrage von *DataFolha* gaben sich 65% aller MST-Mitglieder als Unterstützer der PT aus (Pinassi 2000: 59). Aus dieser Entwicklung ergab sich somit, dass das Thema Landreform durch die MST in das politische Programm der PT aufgenommen wurde, was für das Sprachrohr-Modell von Relevanz ist.

Nach dem Sprachrohr-Modell fungiert die Partei als Vertreter der sozialen Bewegung im politischen System. Im Unterschied zum Schöpfquelle-Modell ist die Partei hier allerdings nur ein Instrument, welches durch die soziale Bewegung für ein bestimmtes Handlungsfeld (wie etwa in der parlamentarischen Arena) genutzt wird. Dieses Modell trifft hier zu, da die PT die politische Vertretung der MST auf parlamentarischer Ebene übernommen hat. Die Abgeordneten der PT setzten sich seit den 1980er Jahren für die Durchführung einer umfassenden Landreform ein. In diesem Zusammenhang bildete die PT Mitte der 1980er Jahre im Kongress einen „*núcleo para a reforma agrária*“ (zu Deutsch: Kern für die Landreform), welcher im Zuge der Einrichtung des parteiinternen „Nationalen Sekretariats für die Landwirtschaft“ gegründet wurde. Die Abgeordneten in diesem Kern waren meist Mitglieder sowohl der PT als auch der MST. Ihre Aufgabe bestand im Wesentlichen darin, die Forderungen und Ziele der MST in den Untersuchungsausschüssen zu Fragen des Landkonflikts, bzw. der Landreform, oder in der Landwirtschaftskommission vorzubringen. Da allerdings die PT-Fraktion - als Teil der linken Minderheit im Kongress - nie in der Lage gewesen ist, grundlegende Reformen zur Lösung des Landkonflikts durchzusetzen, blieb ihre Hauptaufgabe, die Exekutive - und nicht den Kongress - in Bezug auf reformpolitische Taten zu drängen, bzw. den Dialog zwischen der MST und der Exekutive zu fördern (Konder 2001: 113 ff.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das gleichzeitige Zutreffen des Schöpfquelle- und des Sprachrohrmodells dafür spricht, dass zwischen der MST und der PT ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis entstanden ist, welches eine einseitige Instrumentalisierung der

Bewegung durch die Partei, bzw. der Partei durch die Bewegung ausschließt (Boris 1998: 34). Das Schöpfquelle-Modell hat gezeigt, warum das Thema Landreform in das politische Programm der PT aufgenommen wurde, und sich die MST somit nicht zu einer Partei institutionalisiert hat. Wie mit dem Sprachrohr-Modell allerdings dargestellt wurde, stellt die Zusammenarbeit mit der PT in Anbetracht der konservativen Blockade auf parlamentarischer Ebene eine Verwirklichung der politischen Ziele der MST nicht in Aussicht. Aus diesem Grund spielten die intermediären Aktionsformen gegenüber der Exekutive für die MST eine weitaus wichtigere Rolle, wie nun erläutert werden soll.

5.1.2. MST und die Exekutive

Es wurde in der theoretischen Einführung gezeigt, dass Bewegungsorganisationen auch gegenüber der Exekutive intermediäre Aktionsformen anwenden können, insbesondere im politischen System Brasiliens, in welchem der Präsident wichtige gesetzgebende Kompetenzen hat.

Im Folgenden soll die Untersuchung der intermediären Aktionsformen der MST gegenüber der Exekutive in drei zeitlichen Abschnitten vorgenommen werden, so dass die Entwicklung dieser Aktionsformen deutlich zu beobachten sein wird. Die erste Phase (1985-1994) markiert die Zeit, in der zwischen der MST und der Exekutive keine Interaktion bestand, bzw. diese sehr instabil war. Die zweite Phase (1995-2002) bezieht sich auf die Entstehung eines direkten Verhältnisses auf der Verwaltungs- und Ministerebene, welches in der dritten Phase (2003-2005) schließlich auch den Präsidenten einbezieht.

5.1.2.1. Erste Phase (1985-1994)

Die MST war in der Phase ihrer Formalisierung zwischen 1978 und 1985 (Siehe Kpt. 4) noch sehr auf die Vermittlungsanstrengungen der Kommission für Landpastoral CPT angewiesen, die im Rahmen der ersten Landbesetzungen mit der Militärregierung unter General Geisel (1974-1979) und General Figueiredo (1979-1984) im Namen der MST um Landenteignungen verhandelte (Siehe 4.1.). Unter der ersten zivilen Regierung von Präsident José Sarney⁵⁸ (1985-1989, PMDB) war die MST durch die Etablierung organisatorischer Strukturen zunehmend in der Lage, ihre Interessen gegenüber der Exekutive eigenständig zu vertreten. In diesem Zusammenhang gründete die MST ein regionales Sekretariat in der Hauptstadt Brasilia, um mit dem Präsidenten und den Ministerien vor Ort in Dialog treten zu können.

⁵⁸ José Sarney übernahm das Amt des Präsidenten, nachdem der erste zivile Präsident nach der Militärdiktatur Tancredo Neves kurz nach Amtsantritt verstarb.

Als mit dem Scheitern des Referendums im Zuge der Verfassungsgebung (1987/1988) (s.o.) die Durchführung einer umfassenden Landreform - somit also die Erfüllung des langfristigen Ziels (Siehe 4.2.4.) - nicht mehr in Aussicht stand, besann sich die MST auf ihr kurz- und mittelfristiges politisches Ziel, das heißt auf die Forderung nach staatlicher Enteignung der von ihr besetzten Grundstücke einerseits und die Forderung nach staatlichen Kreditprogrammen, bzw. technischer Hilfeleistung zum Auf- und Ausbau der Agrarreformsiedlungen andererseits. Für das Erreichen dieser Ziele war die MST - wie gesagt - in Anbetracht der Blockadehaltung des Kongresses maßgeblich von der Exekutive abhängig, so dass Verhandlungen mit der Regierung unerlässlich waren (Konder 2001: 108)⁵⁹.

Unter der Regierung Sarney kam ein Dialog jedoch nicht zustande. Das war vor allem auf die institutionelle Instabilität derjenigen Regierungsorgane zurückzuführen, die mit der Landfrage betraut waren: Im Jahr 1985 war es zur Gründung des Außerordentlichen Ministeriums für Entwicklung und Landreform⁶⁰ (Mirad) gekommen, welches für die Regulierung der Landfrage zuständig sein sollte. Diesem wurde die Landreformbehörde INCRA als Exekutivorgan zugeordnet (Bröckelmann-Simon 1994: 92). Das Mirad erstellte den Neuen Landreformplan⁶¹, nach dem bis zum Jahr 1989, 1,2 Millionen landlose Familien angesiedelt werden sollten (Fatheuer 1997: 74). Im Jahr 1987 kam es aufgrund interner Streitigkeiten jedoch zur Auflösung des Mirad, wie auch der Landreformbehörde INCRA. Im Jahr 1989 wurde die INCRA dann erneut eingeführt, und statt des Mirad kam es zur Gründung des Ministeriums für Landwirtschaft⁶².

Diese institutionelle Instabilität hatte zur Folge, dass es zwischen 1985 und 1989 kein Ministerium und keine Behörden gab, welche für die MST als kontinuierliche Verhandlungspartner angesehen werden konnten. Die im Vergleich zum angestrebten Ziel ernüchternden Ergebnisse des Neuen Landreformplans, der bis ins Jahr 1989 lediglich zur Ansiedlung von circa 80.000 Familien geführt hatte (Siehe Abb. 5), wie auch die ansteigende polizeiliche Repression gegen von ihr unternommene Landbesetzungen, ließen die MST vorerst von intermediären Aktionsformen gegenüber der Bundesregierung Abstand nehmen (Calcagnotto/Gottwald 2003: 37 ff.).

Die konfliktreiche Beziehung zwischen der MST und der Exekutive hielt unter der Präsidentschaft von Collor de Mello (1990-1992, PRN) weiter an: Auch zu dessen

⁵⁹ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Präsident nach der Verfassung von 1988 die Macht hat, mittels eines „Dekrets im Sinne der öffentlichen Nutzung“ oder eines „Dekrets im Sinne des sozialen Interesses, mit dem Ziel der Landreform“ ein Grundstück zu enteignen, wenn dieses nicht produktiv genutzt wird. Für die MST stellen diese Dekrete die rechtliche Grundlage dar, über welche sie die Enteignung von ihr besetzter Grundstücke von der Regierung fordert. Auf diesen Punkt wird unter 5.2. genauer eingegangen.

⁶⁰ *Ministério Extraordinário para o Desenvolvimento e a Reforma Agrária*

⁶¹ *Novo Plano Nacional de Reforma Agrária*

⁶² *Ministério da Agricultura*

Mandatszeit konnte kein Dialog aufgebaut werden. Somit konzentrierte sich die MST auf den Ausbau der Bewegungsorganisation und die Entwicklung der bestehenden Agrarreformsiedlungen.

Zu dieser Zeit zeichnete sich innerhalb der MST bereits ein grundlegendes Dilemma zwischen dem kurz- und dem mittelfristigen Ziel ab, welches die Bewegungsorganisation über alle drei Phasen beschäftigen sollte: Durch den – zwar bescheidenen – Zuwachs an Agrarreformsiedlungen der MST unter Sarney, wurden die Forderungen der vor allem im Süden und Südosten bereits angesiedelten Familien komplexer und stärker, während sich die Interessen der hauptsächlich im Norden, Nordosten und Mittleren Westen lebenden besitzlosen Landarbeiter auf den Besitzerwerb beschränkten. Für die circa 40.000 Familien, die im Jahr 1990 in den 252 Landreformsiedlungen der MST lebten, waren mittlerweile Landwirtschaftskredite und Subventionen weitaus wichtiger als die Enteignung von besetzten Grundstücken für die wirklich Landlosen. Diese Familien waren über die reine Subsistenz⁶³ hinausgewachsen und strebten den Aufbau produktiver Kooperativen und eine Integration in den Binnenmarkt an (Winckler 2000: 221).

In diesen Zusammenhang gründete die MST im Jahr 1992 den Nationalen Dachverband der Kooperativen der Landreform CONCRAB⁶⁴ in Form einer GmbH, welcher alle Kooperativen der MST auf nationaler Ebene netzwerkartig verband. Für Bröckelmann-Simon war dies der Zeitpunkt, in welchem die MST in Teilen die Eigenschaften eines bäuerlichen Interessenverbandes annahm, der in Vertretung der angesiedelten MST-Mitglieder zu Verhandlungen mit der Regierung antrieb (Bröckelmann-Simon 1994: 282, 339ff.).

Collor zeigte sich jedoch weder dazu bereit, mit der MST zu verhandeln, noch besetzte Ländereien zu enteignen. Ganz im Gegenteil: Auf Landbesetzungen der MST reagierte der Präsident mit dem verstärkten Einsatz der Bundespolizei⁶⁵ und der Duldung von privaten Sicherheitskräften der Großgrundbesitzer. Daraus ergab sich, dass unter Collor statt den angekündigten 500.000 Menschen, im Endeffekt weniger als 40.000 Familien angesiedelt wurden (Siehe Abb.5) (Cardoso 1997: 23).

Nach dem erfolgreichen Amtsenthebungsverfahren gegen Collor im Jahr 1992, trat Itamar Franco (1993-1994, PRN) seine unvorhergesehene Mandatszeit ohne ein konkretes Landreformprojekt an. Franco beendete die Repressionspolitik seiner Vorgängerregierung gegenüber der MST und kümmerte sich vor allem um die Verbesserung der

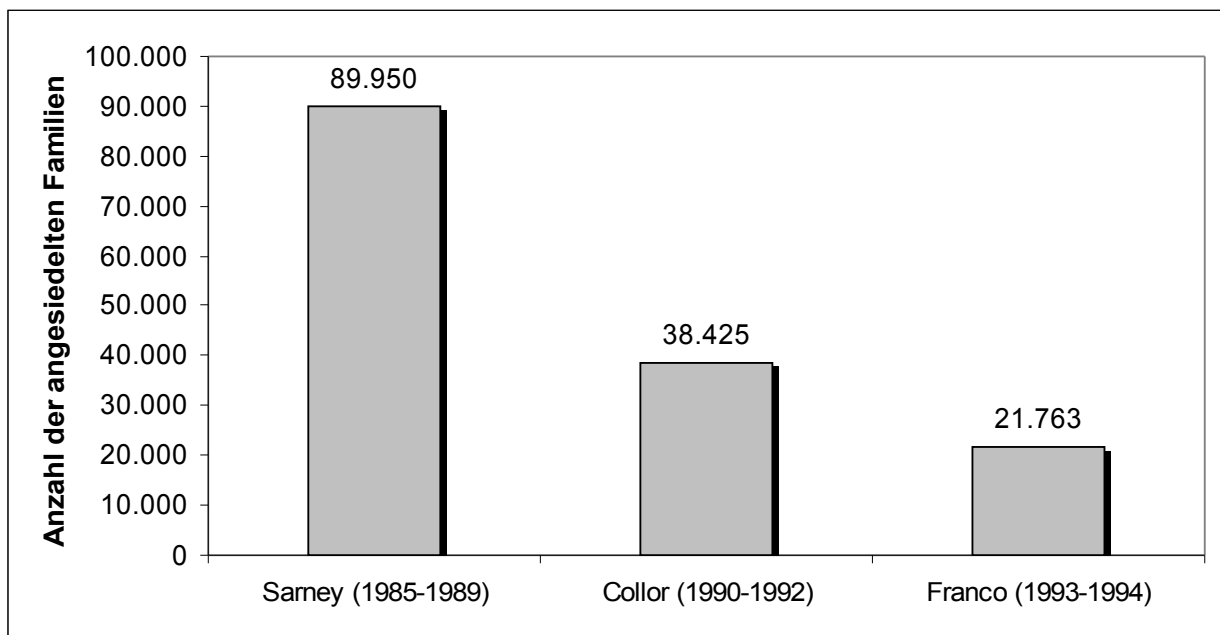
⁶³ Unter Subsistenz versteht sich die von Bauern zu ihrer unmittelbaren Reproduktion geleistete Eigenarbeit, also die Fähigkeit, sich von selbst Angebautem zu ernähren (Bröckelmann-Simon 1994: 130).

⁶⁴ *Confederação Nacional das Cooperativas da Reforma Agrária do Brasil*

⁶⁵ Stédile beschreibt, dass die regionalen Sekretariate der MST unter der ständigen Bedrohung standen, von der Bundespolizei geräumt zu werden. Unter Collor soll es außerdem zu Entführungen und sogar zur Folter an MST-Mitgliedern gekommen sein (Stédile 2002: 92).

Lebensbedingungen der bereits Angesiedelten, weshalb nur wenige neue Ansiedlungen errichtet wurden (Siehe Abb. 5). Aus Sicht des Mitglieds des Nationalen Direktoriums der MST João Pedro Stédile, stellten die zwei Jahre der Regierung Franco eine Etappe der Erholung und der politischen Öffnung für die MST dar (Stédile 2002: 94 ff.).

Abb. 5: Ansiedlung landloser Familien durch die Exekutive (1985-1994)



Quelle: www.incra.gov.br/estrut/rel30anos/rel30anos3.htm

5.1.2.2. Zweite Phase (1995-2002)

Das gerade beschriebene Zieldilemma, welches sich innerhalb der MST in der ersten Phase bemerkbar machte, verstärkte sich in der Regierungszeit von Fernando Henrique Cardoso (1995-2002, PSDB), da das mittelfristige Ziel weiterhin an Gewicht gewann. Wenn die MST mittelfristig forderte, dass die Wirtschafts-, bzw. Landwirtschaftspolitik zugunsten der familiären Landwirtschaft gestaltet werde und sich diese am Binnenmarkt orientieren sollte, so entsprach das nicht Cardosos Reformvorstellungen. Im Rahmen der von der MST so bezeichneten „neoliberalen“ Wende führte Cardoso eine grundlegende Umorientierung der landwirtschaftlichen Entwicklung ein, worauf im Folgenden unter (1) gesondert eingegangen werden soll. Unter (2) steht zur Debatte, wie die MST auf diese Umorientierung reagiert hat und unter (3) inwiefern ein Dialog zwischen ihr und der Regierung Cardoso zustande kam.

(1) Cardosos Reformpolitik

Mit der Ölpreiskrise im Jahr 1979 und der folgenden Verschuldungskrise ab 1982 war das binnenorientierte Entwicklungsmodell der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) an

seine Grenzen geraten, und der hochverschuldete Staat war nicht mehr in der Lage, dieses aufrechtzuerhalten. Während die Regierungen Sarney und Collor erfolglos versucht hatten, mittels heterodoxer Reformmaßnahmen - wie etwa über das Einfrieren der Liquidität, bzw. der Löhne und Preise - die Hyperinflation zu senken und die stagnierende Wirtschaft wieder anzukurbeln, führte Cardoso ein orthodoxes Stabilisierungsprogramm unter dem Namen *Plano Real* ein (Meyer-Stamer 2000: 2 ff.). Diese Finanz- und Wirtschaftsreform hatte - in groben Zügen - das Ziel, mittels einer rigiden Austeritätspolitik und der Ankopplung der nationalen Währung an den US-Dollar (USD), erstens die grassierende Inflation unter Kontrolle zu bringen, zweitens den hoch defizitären Staatshaushalt zu sanieren, drittens die an IWF-Kredite aus den Jahren 1982 und 1988 gekoppelten Strukturanpassungsmaßnahmen⁶⁶ umzusetzen und viertens allmählich die Staatsschulden⁶⁷ zu senken (Barrios/Meyer-Stamer 2000: 38 ff; Cassel/Patel 2003: 11). Da die Regierung für die Durchführung des *Plano Real* - vor allem für die Senkung der Inflation und der öffentlichen Verschuldung - extrem auf Deviseneinnahmen angewiesen war, verstärkte Cardoso die unter Collor bereits eingeleitete Liberalisierung der Außenwirtschaft. Mit der Senkung der Außenzölle, der allmählichen Liberalisierung grenzüberschreitender Kapitaltransaktionen, der Zinserhöhung und der Privatisierung von Staatsbetrieben sollten ausländische Direktinvestitionen angezogen werden (Faust 2003: 165; Samuels 2003: 552). In dieser Hinsicht erfolgte unter Cardoso ein Paradigmenwechsel in der brasilianischen Wirtschaftspolitik: Durch die Einleitung eines am Weltmarkt orientierten Wirtschaftsmodells, wurde dem Modell der ISI ein definitives Ende gesetzt.

Das Stabilisierungsprogramm und die Liberalisierung der Außenwirtschaft führten auch zu einer Umorientierung in der Landwirtschaftspolitik, was sich an der Hinwendung zum Weltmarkt äußerte. Besonders deutlich wurden Cardosos Freihandelsbestrebungen mit dem Beitritt Brasiliens zur Welthandelsorganisation (WTO)⁶⁸ im Jahr 1995, in welcher bereitwillig

⁶⁶ Die Strukturanpassungsmaßnahmen (SAPs) bilden die Grundlage des von Williamson so genannten *Washington Consensus* (Williamson 2000: 251). Demnach wurden Kredite internationaler Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfond für lateinamerikanische Länder an bestimmte wirtschafts- und finanzpolitische Bedingungen geknüpft. Die SAPs können grob auf folgende drei Punkte reduziert werden: [1] Die Stabilisierung der Wirtschafts- und Finanzlage auf Grund von Einsparungen der öffentlichen Ausgaben und Bekämpfung der Inflation, die etwa durch eine Ankopplung an den USD und eine Überbewertung der nationalen Währung erlangt wurde, [2] die Durchführung von Strukturreformen, die an Hand der Privatisierung staatlicher Betriebe, der Deregulierung der Wirtschaft und Liberalisierung im Handels- und Finanzbereich auf die Reduktion des Staates abzielen und [3] die Öffnung der Volkswirtschaft für internationale Investitionen als Grundlage für ein Wirtschaftswachstum (Siqueira u.a. 2003: 850).

⁶⁷ Im Jahr 1994 lag die Staatsverschuldung mit 61 Milliarden Reais bei 29,2% des BIP (Vgl. Mayer-Stamer 1998: 8; Samuels 2003: 546).

⁶⁸ Als Abkürzung für die Welthandelsorganisation wird in dieser Arbeit die englische Form WTO (*World Trade Organization*) verwendet.

über die Liberalisierung der Landwirtschaft - vor allem über die Senkung der Importzölle und Exportsubventionen - verhandelt wurde (Cassel/Patel 2003: 11).

Das Ende der staatlichen protektionistischen Maßnahmen im Außenhandel (sprich der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse) führte dazu, dass sich vor allem transnationale Landwirtschaftsunternehmen auf dem Binnenmarkt ansiedelten, was Kleinbauern und besitzlose Landarbeiter vor eine extreme Herausforderung stellte. Problematisch war hier, dass sich diese Großunternehmen auf Produkte spezialisierten, die - wie etwa Soja oder Mais - zu den Hauptanbauprodukten der Kleinbauern gehörten, die somit unter einem enormen Konkurrenzdruck standen. Durch die Betreibung extensiver Landwirtschaft konnten die transnationalen Unternehmen außerdem weitaus niedrigere Produktionskosten erreichen als etwa die Kooperativen der Agrarreformsiedlungen, und somit auch die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf dem Binnenmarkt drücken. Durch die Außenorientierung der Landwirtschaft waren die Kleinbauern außerdem den Preisschwankungen des Weltmarktes ausgesetzt, die dazu führten, dass die Hauptanbaugüter der Kleinbauern in Brasilien wie Mais; Bohnen und Reis einen starken Wertverlust erfuhren (Helfand 2003: 6 ff.).

Die Zolllsenkungen in der Außenwirtschaft führten des Weiteren dazu, dass die Importquote landwirtschaftlicher Güter von einer Milliarde US Dollar im Jahr 1994 auf sieben Milliarden US Dollar im Jahr 1999 anstieg. Nicht so sehr die Menge, sondern die Art der Importprodukte erhöhte zusätzlich den Konkurrenzdruck auf die binnenorientierte und kleinflächige Landwirtschaft: Wurden bis Mitte der 1990er Jahre vor allem Produkte importiert, die - wie Baumwolle oder Äpfel - nicht zu den wichtigsten nationalen Anbauprodukten gehörten, so änderte sich das mit der massiven Einfuhr von Getreide und Milchprodukten durch transnationale Großkonzerne seit 1995⁶⁹. Auf dem Getreidemarkt konnten transnationale Unternehmen wie Cargill, Dupont und Burg Borns eine dominante Stelle einnehmen, während Nestlé, Glória und Parmalat den Milchmarkt beherrschten (Harnecker 2003: 57 ff.). Ähnlich verhielt es sich in Bezug auf den Import von Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen und Agrochemikalien, die auf dem Binnenmarkt hauptsächlich von Monsanto vertrieben werden.

(2) Die MST und die „neoliberale“ Wende

Die in Brasilien seit den 90er Jahren implementierten finanz- und wirtschaftspolitischen Reformen, wurden und werden von bestimmten Teilen der brasilianischen Bevölkerung, zum Teil auch - wie Meyer-Stamer feststellte - in der wissenschaftlichen Literatur⁷⁰, als neoliberal

⁶⁹ www.lasc.ie/countries/brazil/mst-economic-model.html

⁷⁰ Besonders in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit sozialen Bewegungen oder Gewerkschaften in Brasilien, bzw. in Lateinamerika werden Strukturanpassungsmaßnahmen oft als neoliberal bezeichnet, wie etwa bei Boris (1999), Dombois/Imbusch (1997), Kaltmeier u.a. (2004) zu sehen ist.

bezeichnet (Meyer-Stamer 2000: 1). Es ist festzustellen, dass der Begriff Neoliberalismus meist dann verwendet wurde, wenn nicht nur auf die wirtschafts- oder finanzpolitische Dimension der Reformen Bezug genommen wurde, sondern wenn spezifisch auf deren negative soziale Folgen hingewiesen werden sollte. Diese Argumentation folgt der Logik, dass die Strukturanpassungsmaßnahmen den Staat von seiner sozialen Versorgungsfunktion, bzw. seiner sozialen Verantwortung gelöst haben, was zur Kürzung von Sozialausgaben, der Entlassung von Staatspersonal oder zur Streichung öffentlicher Dienstleistungen geführt hat (Amann/Baer 2002: 945; Burchardt 2004: 40). Wie Boeckh darstellte, wurde der Neoliberalismus in Lateinamerika meist von denjenigen als Kampfbegriff verwendet, welche die Strukturanpassungsmaßnahmen mit sozialer Ungerechtigkeit, bzw. mit Armut in Verbindung brachten (Boeckh 2002b: 137 ff.). Jacobsen wies zudem darauf hin, dass der Neoliberalismus für ressourcenarme Bevölkerungssegmente in vielen lateinamerikanischen Ländern nicht nur mit dem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, sondern gleich mit dem Wegfall des Rechtsstaats gleichgesetzt wurde, so dass sowohl um die Sicherung der Grundbedürfnisse (Wohnen, Gesundheit, Bildung u.a.) als auch um die allgemeine Sicherung der Bürgerrechte gebangt wurde (Jacobsen 1997: 221).

Es soll an dieser Stelle nicht weiter auf die Debatte eingegangen werden, wie genau der Neoliberalismus im lateinamerikanischen Kontext zu definieren ist. Es muss jedoch angemerkt werden, dass die Strukturreformen in Brasilien nicht *per se* als neoliberal bezeichnet werden können, da der Staat sowohl im ökonomischen als auch im sozialpolitischen Bereich weiterhin eine stark regulierende Rolle spielte: Eher sollte von wirtschaftspolitischen Reformen mit neoliberalen Elementen ausgegangen werden (Boeckh 2002b: 140; Dombois/Imbusch 1997: 13)⁷¹.

Die Meinung, das Stabilisierungsprogramm von Cardoso sei neoliberal und aus diesem Grund ungerecht, lässt sich vor allem bei der MST, wie auch bei zahlreichen anderen ländlichen Bewegungen, aber auch bei den Gewerkschaften (wie CUT und CONTAG) beobachten. Bereits auf ihrem dritten Nationalkongress in Brasilia im Juli 1995 erklärte die MST dem „neoliberalen Modell“ Cardosos ihren offenen Widerstand (Fatheuer 1997: 75). Interessanterweise war diese Haltung ein Zeichen dafür, dass die Reformpolitik Cardosos innerhalb der MST zur verstärkten Mobilisierung derjenigen Teile geführt hatte, die (a) unter dem Konkurrenzdruck der Marktöffnung leiden würden und (b) für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Landreformsiedlungen auf staatliche Kredite und Subventionen angewiesen waren, welche wiederum von eventuellen Kürzungen und vom angeblichen Rückzug des

⁷¹ Zur Auseinandersetzung mit dem Begriff Neoliberalismus in Lateinamerika siehe die ausführliche Darstellung von Barrios (2000).

Staates aus der Landreformpolitik bedroht waren. In einer kritischen Situation befanden sich somit vor allem die bereits in Agrarreformsiedlungen lebenden MST-Mitglieder, die eine Umorientierung der nationalen Wirtschaftspolitik in Richtung Binnenmarkt, bzw. eine Rückkehr in die Zeit des Staatsprotektionismus unter der ISI verlangten (Navarro 2001: o.S; Toews 2003: 29; Winckler 2000: 221).

Entgegen der Befürchtungen der MST war zu beobachten, dass sich Cardoso nicht aus der Landreformpolitik zurückzog. So kam es im ersten Amtsjahr 1995 zu einer Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die Landreform von 390 Millionen USD im Vorjahr auf 971 Millionen USD (Cardoso 1997: 36). Das beinhaltete vor allem einen Anstieg der vom Staat finanzierten Ansiedlung von Landlosen und eine Erhöhung der Kreditprogramme, bzw. der Subventionsmaßnahmen für Kleinbauern. In Bezug auf den Punkt Ansiedlung ist zu erkennen, dass sowohl die Enteignung, als auch der Kauf von Land für die Landverteilung ab dem Jahr 1995 deutlich zunahmen. So enteignete die Regierung 205 Grundstücke im Jahr 1995 und 575 im Jahr 1996. Auf der anderen Seite wurden im Jahr 1995 310 Landreformsiedlungen gegründet, im Jahr 1996 waren es dann 435. Gleichzeitig nahm auch die Anzahl der angesiedelten Familien mit 62.000 im Jahr 1996, im Vergleich zu 43.000 im Jahr zuvor, zu (ebd.: 44 ff.).

Bezüglich der staatlichen Kreditleistungen wurde das im Jahr 1985 geschaffene und für die Landreform wichtigste Kreditprogramm PROCERA⁷² zwischen 1995 und 1997 stark erweitert. Waren es im Jahr 1995 noch 18.000 Familien, die auf ein Kreditvolumen von 89 Millionen Reais⁷³ zurückgreifen konnten, stieg diese Summe im Jahr 1996 auf 213 Millionen Reais (für 42.000 Familien) und im Jahr 1997 dann auf 250 Millionen Reais (für 50.000 Familien) an. Dieses Kreditprogramm hatte das Ziel, angesiedelte Landarbeiter im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion zu unterstützen, wie etwa bei der Vorfinanzierung von Ernten oder beim Ausbau der Kooperativen der Landreformsiedlungen. Die Begünstigten dieser Kredite mussten schließlich lediglich die Hälfte des Beitrags wieder zurückerstatten (ebd.: 31). Zu einer wesentlichen Neuerung kam es ab 1997 mit der Regelung der Landreform über den Markt. Im Fall der marktgestützten Landreform⁷⁴ zog sich der Staat aus der Landreformpolitik zurück: Statt Land unentgeltlich zu verteilen, sollten Landarbeiter Grundstücke über einen staatlichen Kredit im Rahmen des von der Weltbank unterstützten Programms *Cédula da Terra* (später *Banco da Terra*) erwerben. Im Vergleich zu den rein

⁷² *Programa Especial de Crédito para a Reforma Agrária*

⁷³ Die in dieser Arbeit vorliegenden Angaben in Reais sind mit Vorsicht zu behandeln, da deren Wert durch inflationäre Einflüsse (ca. 10 % im Jahr) und der im Rahmen des Plano Real erlebten Aufwertung (1994) und Abwertung (1999) Schwankungen ausgesetzt war. Zwischen 1995 und 1999 ist allerdings von einer recht stabilen Phase auszugehen (Vgl. AHK 2002: 7)

⁷⁴ Aus dem Englischen *Market-Led Agrarian Reform* (Vgl. Borras 2004: 6).

staatlichen Maßnahmen war die marktgestützte Landreform allerdings eher komplementär (Fernandes 2001: 16)⁷⁵.

(3) Die Interaktion zwischen der MST und Cardoso

Trotz der enormen Leistungen, die Cardoso im Vergleich zu den Vorgängerregierungen in Punkto Landreform vollbracht hatte, beharrte die MST auf einer Umorientierung der Landwirtschaftspolitik, die den Binnenmarkt vor äußeren Einflüssen schützen sollte. Diese Forderung kam vor allem aus den Agrarsiedlungen, aus deren Sicht die außenwirtschaftliche Liberalisierung erhebliche negative Konsequenzen (s.o.) für die Kleinbauern brachte. Trotz dieser Entwicklung zeigte sich Cardoso nicht dazu bereit, in Bezug auf eine Umorientierung der Landwirtschaftspolitik mit der MST in Dialog zu treten. Navarro zufolge war die MST bis 1997 einer „wohlwollenden Ignorierung“ von Seiten des Präsidenten ausgesetzt (Calcagnotto 2003: 106).

Erst der für 19 MST-Mitglieder tödlich endende Zusammenstoß mit der Landespolizei in Eldorado do Carajás (Bundesstaat Pará) im Jahr 1996 (Siehe 5.2.3.) führte zu einem Wendepunkt in der Beziehung zwischen Cardoso und der MST. Laut Navarro signalisierte Cardoso der MST daraufhin zum ersten Mal auf institutioneller - jedoch nicht persönlicher - Ebene Dialogbereitschaft, in dem er das Außerordentliche Ministerium für Grund und Boden⁷⁶ gründete, welches ihm direkt untergeordnet wurde. Ein weiteres Zeichen der Annäherung war die Ernennung Raúl Jungmanns - einem Mitglied der Sozialistischen Volkspartei PPS und bekennenden Befürworters einer umfassenden Landreform - zum Leiter dieses neuen Ministeriums (Calcagnotto/Gottwald 2003: 97). Des Weiteren schuf die Regierung ein zusätzliches Programm unter dem Namen LUMIAR⁷⁷, welches angesiedelten Landarbeitern technische Unterstützung leisten sollte, so dass deren Agrarreformsiedlung schnellstmöglich ein Niveau der Selbstversorgung erreichen könnte (Cardoso 1997: 32). Schließlich wurde auch das Budget der INCRA von 1,5 auf 2,3 Milliarden Reais deutlich angehoben (Siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Budget der INCRA 1995-2002

Regierungsjahre unter Cardoso	Budget der INCRA (in Reais)
1995	1,4 Milliarden
1996	1,5 Milliarden
1997	2,3 Milliarden
1998	2,0 Milliarden
1999	1,2 Milliarden

⁷⁵ www.incra.gov.br/reforma/balanco98/projetos.htm

⁷⁶ *Ministério Extraordinário de Política Fundiária*

⁷⁷ *Programa de assistência técnica aos assentados*

2000	1,3 Milliarden
2001	1,3 Milliarden
2002	1,3 Milliarden

Quelle: www.incra.gov.br/reforma/balanco98/orcam.htm

Die MST konnte ihren Kontakt zum Ministerium für ländliche Entwicklung und der INCRA deutlich intensivieren, was ihr ermöglichte sowohl die Interessen der besitzlosen als auch die der besitzenden Mitglieder zunehmend zu erfüllen. Vor allem in Bezug auf die Verteilung von Land und der Vergabe von Krediten stand die MST in kontinuierlichen Verhandlungen mit der INCRA, welche die Bewegungsorganisation neben dem CONTAG als den wichtigsten Verhandlungspartner in der Landfrage ansah. Diese Ansicht war sehr deutlich im von der Regierung herausgegebenen Leitfaden zur Landreform aus dem Jahr 1997 zu erkennen, in dem lediglich der CONTAG und die MST als Vertreterorganisationen der Landarbeiter genannt wurden (Cardoso 1997: 40 ff). Das reichte der MST allerdings nicht aus. Vielmehr forderte sie von Cardoso persönlich als offizieller Verhandlungspartner anerkannt zu werden, schließlich wollte sie auf die Landreform- und Landwirtschaftspolitik der Regierung einen direkten Einfluss ausüben. Laut Konder wollte Cardoso - anders als das Ministerium für ländliche Entwicklung und die INCRA - jedoch verhindern, die MST in der Öffentlichkeit als offiziellen Vertreter der Landarbeiter anzuerkennen, weshalb ein Dialog mit der MST nicht zustande kam. Zwischen 1995 und 2000 ereigneten sich somit lediglich fünf Treffen zwischen Führern der MST und dem Präsidenten. Aus Sicht der MST wurde der Präsident zu einem persönlichen Gegner, der sich zudem durch die Duldung des großflächigen Einsatzes genmanipulierten (Soja-) Saatguts in Brasilien oder durch die Beteiligung an den Verhandlungen zur Bildung der Gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA der fortschreitenden Liberalisierung der Landwirtschaft verschrieben und somit das Vertrauen der ländlichen Bewegungen verspielt hatte (Konder 2001: 108).

5.1.2.3. Dritte Phase (2003-2005)

Die Darstellung der dritten Phase wird in drei Punkte aufgeteilt. In einem ersten Punkt wird auf die zweigleisige Landwirtschaftspolitik unter der Regierung von Ignácio Lula da Silva (PT, 2003-2006) eingegangen, der zweite Punkt behandelt die Aufspaltung der MST im Jahr 2003 und der dritte Punkt die Phase der „kritischen Solidarität“ der MST gegenüber Lula im Jahr 2004.

(1) Lulas zweigleisige Landwirtschaftspolitik

Für die MST stellte die Amtsübernahme des PT-Vorsitzenden Lula die erstmalige Chance dar, mit einem Präsidenten einen persönlichen Dialog aufzubauen. Diese Erwartungshaltung ist einerseits auf das Vertrauen der MST gegenüber der PT zurückzuführen, mit welcher seit ihrer Entstehung eine enge Kooperation bestand (Siehe 5.1.1.1.). Andererseits vertraute die MST auch auf die persönliche Überzeugung Lulas, der als Parteivorsitzender der PT jahrelang die Notwendigkeit einer umfassenden Landreform vertreten hatte. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass Lula bei allen vier Präsidentschaftswahlen, bei denen er als Kandidat der PT angetreten war, die Wahlunterstützung der MST bekommen hatte. Mit der Wahl Lulas im Jahr 2002 wurde somit auch ein lang ersehntes Ziel der MST erreicht (Pinassi 2000: 59).

Ein deutlicher Beweis für das Vertrauen in Lula zeigte sich sofort zu Beginn seiner Amtsausübung im Jahr 2003: In den ersten drei Monaten wurden - und das war für die MST erstmalig - alle direkt-koerziven und demonstrativen Aktionsformen in Erwartung einer intensiven Zusammenarbeit eingestellt. Wie im Rahmen der zweiten Phase bereits dargestellt wurde, strebte die MST bisher vergeblich nach einem direkten Dialog mit dem Präsidenten, um die Landwirtschaftspolitik des Landes zugunsten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu beeinflussen. Diesem Ziel sollte nun in der dritten Phase nichts mehr im Wege stehen, denn Lula war mit dem Wahlversprechen angetreten, ein am Binnenmarkt orientiertes Landwirtschaftsmodell zu stärken und in Zusammenarbeit mit der MST eine Landreform durchzuführen (Fritz 2003: 123). In den ersten Monaten stellte sich für den neuen Präsidenten jedoch heraus, dass seine reformorientierte Landwirtschaftspolitik folgenden zwei Hürden ausgesetzt war: Erstens wehrte sich der konservativere Koalitionspartner PMDB gegen eine Umorientierung in der Landwirtschaftspolitik, und zweitens verhinderten ökonomische Zwänge wie die Einhaltung der Haushaltsrestriktionen und die Bedienung des Schuldendienstes erhebliche Mehrausgaben für die Landreformpolitik und erst recht eine Abkehr von der exportorientierten Landwirtschaft (s.u.) (Carter 2005: 19).

Zum ersten Punkt: Der Koalitionspartner PMDB verteidigte ein liberales und exportorientiertes Landwirtschaftsmodell, was nicht den Vorstellungen Lulas entsprach. Eine Umorientierung der landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie strebte sie somit ebenso wenig an wie eine umfassende Landreform. Die Einstellung der PMDB war für Lula insofern problematisch, als dass seine Reformvorhaben ohne ihre Unterstützung nicht durchsetzbar waren, schließlich verfügte die Regierungskoalition ohne diese Partei über keine Mehrheit im Kongress (Gloger 2003: 96). Um seine Regierungskoalition nicht zu gefährden, gleichzeitig aber sein Versprechen gegenüber der MST einzuhalten, optierte Lula dafür, gleichzeitig die extensive exportorientierte wie auch die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern

(Machado/Neto 2003: o.S). Diese Entscheidung führte zur Bildung zweier Ministerien für den Bereich Landwirtschaft, welche sich jeweils als Vertreter eines anderen Landwirtschaftsmodells und somit als Konkurrenten betrachteten.

Zum einen wurde das Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung⁷⁸ unter der Leitung von Minister Miguel Rossetto (PT) gegründet und im Jahr 2003 mit einem Budget von 1,7 Milliarden Reais ausgestattet⁷⁹. Ihm wurde die Landreformbehörde INCRA unterstellt, die für die Durchführung der Landenteignungen und -zuweisungen zuständig sein sollte und die ihrerseits im Jahr 2003 mit einem Budget von 1,5 Milliarden Reais ausgestattet wurde (Siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Budget der INCRA 2003-2005

Regierungsjahre unter Lula	Budget der INCRA (in Reais)
2003	1,5 Milliarden ⁸⁰
2004	1,7 Milliarden ⁸¹
2005	1,4 Milliarden ⁸²

Quelle: www.incra.gov.br/reforma/balanco98/orcam.htm

Es war bemerkenswert, dass Lula der MST in Bezug auf die Gestaltung dieses Ministeriums ein beachtliches Mitspracherecht einräumte. So wurde sie etwa in Bezug auf die Ernennung des Ministers Rossetto im Vorhinein konsultiert. Die MST befürwortete Rossethos Kandidatur, da sich seine politischen Ziele im Wesentlichen mit ihren Forderungen nach einer umfassenden Landreform und der staatlichen Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft deckten⁸³. Für Rossetto stellte die MST im Gegenzug einen wichtigen Verhandlungspartner dar, mit dem der Dialog intensiviert werden sollte (ebd.). Außerdem kam es zum ersten Mal in großem Maße zur Besetzung zahlreicher Regionalbüros der INCRA mit Mitgliedern oder Sympathisanten der MST (Hofmeister 2004: 91).

Auf der anderen Seite wurde das Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung⁸⁴ unter der Leitung von Minister Roberto Rodriguez (PTB) ins Leben gerufen.

⁷⁸ *Ministério do Desenvolvimento Agrário*

⁷⁹ www.planejamento.gov.br/arquivos_down/sof/orcamento_2005/resumo/desp_sociais_ministerio.pdf

⁸⁰ www.incra.gov.br/noticias/news/Ano/2004/mes/janeiro/semana3/16_Presidente_Incra_recursos_execu%E7%E3o_PNRA.htm

⁸¹ Geplant waren vorerst 3,7 Milliarden Reais, was aber aufgrund von Haushaltskürzungen nicht eingehalten werden konnte (Vgl. www.alia2.net/article3378.html)

⁸² Im vom Parlament bestätigten Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 waren 3,4 Milliarden Reais vorgesehen. Diese Summe wurde Ende Februar 2005 aus Gründen der Zahlungsnot der Regierung um ca. 2 Milliarden Reais gekürzt (Vgl. <http://revistagloborural.globo.com/GloboRural/0,6993,EEC919304-1485,00.html>).

⁸³ Rossetto selbst ist kein Mitglied der MST, dafür aber ein langjähriger Mitarbeiter der CUT (Vgl. www1.folha.uol.com.br/foha/brasil/ult96u43876.shtml).

⁸⁴ *Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento*

Rodriguez, der ehemalige Präsident des Brasilianischen Verbands der Landwirtschaftsunternehmen ABAG⁸⁵, arbeitete vorrangig im Interesse der brasilianischen Großgrundbesitzer und der nationalen, so wie internationalen Landwirtschaftsunternehmen (Freire 2002: o.S.)⁸⁶. Demzufolge förderte das ihm unterstehende Ministerium - wie die PMDB - eine auf den Export ausgerichtete extensive Landwirtschaft. Mit einem Budget von 7,5 Milliarden Reais war das ihm zugewiesene Ministerium im Jahr 2003 weitaus besser ausgestattet, als das Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung (Petras/Veltmeyer 2003: 21).

Zum zweiten Punkt: Haushaltsrestriktionen - welche auf die stets ansteigende Staatverschuldung von über 50 % des BIP⁸⁷, die defizitäre Leistungsbilanz und die mit dem neuen Rekordkredit des IWF von über 30 Milliarden USD (2002) einhergehenden Bedingungen zurückzuführen sind (Fritz 2003: 126; Meyer-Stamer 2003: 105 ff.) - machten eine Abkehr vom exportorientierten Landwirtschaftsmodell und großzügige Staatsausgaben für die Landreformpolitik illusorisch. Für die Sicherung der nationalen Finanz- und Wirtschaftsstabilität bestand, wie unter der Vorgängerregierung, eine große Abhängigkeit vom Zufluss ausländischer Devisen: Mit dem Nachlassen der Privatisierungswelle Ende der 1990er Jahre und dem damit einhergehenden Rückgang des jährlichen Zustroms an ausländischen Direktinvestitionen seit dem Jahr 2000⁸⁸, war die Regierung zunehmend auch auf die Devisenzufuhr der exportorientierten Landwirtschaft angewiesen (Paasch 2003a: 427 ff.). Im Jahr 2003 waren 30% der brasilianischen Exporte dem Agrarsektor zuzurechnen, was der Volkswirtschaft mehr als 29 Milliarden USD einbrachte⁸⁹. In diesem Zusammenhang war Lula nicht in der Lage, auf die Forderung der MST nach einer Umorientierung der Landwirtschaftspolitik einzugehen. Lulas Einstellung bedeutete für die MST trotz der Zunahme an direktem Einfluss auf die Landreformpolitik (s.o.) einen Vertrauensbruch, der zu heftigen internen Kontroversen führte (Stédile 2004: o.S.).

⁸⁵ *Associação Brasileira de Agribusiness*

⁸⁶ Zwischen 1999 und 2001 leitete Rodriguez die ABAG. Dieser Verband vertritt 45 Großunternehmen, Kooperativen und Banken aus dem Bereich der extensiven Landwirtschaft, wie etwa den Düngemittelhersteller und Biotechnologieunternehmen Monsanto. Außerdem ist Rodriguez Vertreter des Sektors der privaten Landwirtschaft vor dem Unternehmerrrat im Außenhandelsbereich des brasilianischen Außenministeriums Itamaraty (Vgl. Freire 2002: o.S.).

⁸⁷ Die Staatsschulden stiegen bis zum Jahr 2001 auf 633 Milliarden Reais, und bis 2004 schließlich auf 915 Milliarden Reais an (Vgl. Ministério da Fazenda 2005: 4; Samuels 2003: 546).

⁸⁸ Im Vergleich zu den 32 Milliarden USD an ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2000 war in den folgenden Jahren 2001 mit 22 Milliarden USD und 2002 mit 17 Milliarden USD ein deutlicher Rückgang zu beobachten (Vgl. www.ahk.com.br/brasilien/6c.htm).

⁸⁹ Die Rolle der Primärgüter für den Export ist mit 30% am Gesamtanteil zwar wichtiger als die der Halbfertigwaren mit 14%, steht jedoch weit hinter den Industriegütern mit 55%. Allerdings ist zu verzeichnen, dass Soja und Orangensaft in den letzten Jahren eine immer wichtigere Stellung in der Exportliste eingenommen haben: So brachte allein Soja im Jahr 2002 6 Milliarden USD ins Land (Vgl. Paasch 2003b: 28; www.desenvolvimento.gov.br/arquivo/secex/balanca/balComBrasileira/semanal/verCompacta2004.ppt).

(2) Die Aufspaltung der MST

Aufgrund der zweigleisigen Landwirtschaftspolitik der Regierung Lula beobachtete Petras in der ersten Hälfte des Jahres 2003 eine starke Auseinandersetzung zwischen der MST-Nationaldirektion und den Landesdirektionen. Während die Nationaldirektion der Bundesregierung vertraute und dieser Zeit für Reformen zugestehen wollte, begannen die Landesdirektionen drei Monate nach Amtsübernahme mit erneuten Mobilisierungen und vervierfachten die Anzahl der Landbesetzungen im Vergleich zum Vorjahr. Diese Welle an Besetzungen wurde unter dem Namen „Roter April“ bekannt (Siehe 5.1.2.3.). Innerhalb der MST kam es in jener Zeit zum ersten Mal zu Bestrebungen, sich offiziell von der PT zu distanzieren und sogar eine eigene Partei zu gründen, wobei letzteres nur von einer Minderheit vertreten wurde (Petras/Veltmeyer 2003: 21). Navarro weist darauf hin, dass die Spaltung zwischen der Nationaldirektion und den Landesdirektionen auf einen Generationenkonflikt innerhalb der MST zurückführen war. Die aus den eigenen MST-Schulen stammende junge Koordinatoren-Generation machte sich ab Ende der 1990er Jahre zunehmend auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene durch einen radikalisierten Diskurs und die Ablehnung intermediärer Aktionsformen gegenüber dem politischen System bemerkbar. Diese neue Führungsgeneration unterschied sich von der alten Generation insbesondere dadurch, dass sie die Allianz mit der PT als kündbar ansah, während die alte Generation den „historischen Schulterchluss“ mit der PT nicht aufgeben wollte⁹⁰ (Navarro 2001: o.S.).

Trotz der internen Verschiedenheiten versuchte die Nationaldirektion der MST mit der Regierung Lula einen direkten Kontakt aufzubauen, was dennoch nicht einfach war: Es ist interessant zu beobachten, dass der persönliche Kontakt zwischen der Nationaldirektion und dem Präsidenten, bzw. dem Minister für Landreform Rossetto oder dem Leiter der INCRA nur unter dem Druck der Landbesetzungen entstehen konnte. In dieser Hinsicht ergab sich das erste offizielle Treffen zwischen Präsident Lula und der MST-Führung erst im Juli 2003 als Reaktion auf die bereits erwähnte Besetzungswelle im „Roten April“. Erst ab diesem Zeitpunkt entstand eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen der MST und dem Präsidenten, denn Lula bot der MST-Führung an, gemeinsam den zweiten Nationalen Landreformplan zu erarbeiten, was die Vertreter der MST bereitwillig annahmen. Im November 2003 war der zweite Nationale Landreformplan schließlich fertig und legte fest, dass bis zum Ende der Regierungszeit im Jahr 2006 insgesamt 400.000 Familien angesiedelt werden sollten (Petras/Veltmeyer 2003: 22). Der direkte Kontakt führte allerdings nicht nur

⁹⁰ Dass die Nationaldirektion weiterhin an Lula festhielt ist vor allem erstaunlich, da sich andere Sektoren der Zivilgesellschaft, wie etwa die Kommission für Landpastoral oder der ehemalige Leiter des „Null Hunger Programms“ Frei Betto bereits im Jahr 2003 von der Regierung distanziert hatten (Vgl. Zibechi 2004: o.S.).

zu einer Kooperation auf Regierungsebene, sondern zugleich auch zu einem sofortigen Ressourcengewinn für die MST: Lula beauftragte mittels eines Erlasses die nationale Belieferungsstelle CONAB⁹¹ damit, einen Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der MST-Agrarreformsiedlungen zu Marktpreisen aufzukaufen, um damit das „Null Hunger Programm“ der Regierung, aber auch öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Militärkasernen zu versorgen. Das bedeutete für die MST eine Einnahme von 400 Millionen Reais⁹².

(3) Kritische Solidarität der MST gegenüber Lula seit 2004

Die Finanznot, die im Jahr 2004 alle Ministerien zu extremen Kürzungen veranlasste, traf das Ministerium für Landwirtschaftliche Entwicklung besonders stark; Schließlich wurde dessen Budget um die Hälfte gekürzt⁹³. Aus Sicht der MST erschien der neue Landreformplan unter diesen Bedingungen nicht mehr umsetzbar, so dass die Nationaldirektion im Verlauf des Jahres 2004 - so Stédile - gegenüber der Regierung Lula eine Haltung der „kritischen Solidarität“ einnahm (Käss 2004: 6). Die kritische Solidarität bedeutete zum einen, dass die Nationaldirektion MST demonstrative wie auch direkt-koerzive Aktionsformen wieder als legitim ansah, was zu einem politischen Einklang innerhalb der MST führte. Zum anderen kam es aber auch zu einer beachtlichen Intensivierung der intermediären Aktionsformen, wie folgende Beispiele zeigen.

Es war zu beobachten, dass die Nationaldirektion der MST vor allem im Bereich der Gesundheit und der Bildung begann, nicht nur an der Gestaltung sondern zudem an der Ausführung von Regierungsprogrammen beteiligt zu sein. Ein Beispiel dafür war etwa die Errichtung eines Krankenhauses im Bundesstaat Ceará unter der Anleitung der MST, welche durch das staatseigene Ölunternehmen Petrobrás finanziert wurde (Carter 2005: 14). Stärker wurde auch die Involvierung der MST im Bildungsbereich: Anders als der CONTAG tendierte die MST grundsätzlich dazu, etwa im Rahmen des staatlichen Programms für Bildung und Landreform (Proneira)⁹⁴ direkt an der Planung und Umsetzung von Regierungsprojekten für ihre Agrarreformsiedlungen zu partizipieren. Interessanterweise

⁹¹ *Companhia Nacional de Abastecimento*

⁹² www.zmag.de/artikel.php?id=781.

⁹³ Diese Kürzungen erfolgten in praktisch allen Ministerien aufgrund der Zahlungsnot des Finanzministeriums, welches nicht über ausreichende Mittel verfügte, um die erhöhten Zinsen auf die Inlandsverschuldung zu begleichen (Vgl. www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u58136.shtml).

⁹⁴ *Programa Nacional de Educação na Reforma Agrária*

lehnte der CONTAG eine solch enge Zusammenarbeit mit der Exekutive stets ab, da sie eine Kooptation⁹⁵ der Führung verhindern wollte⁹⁶.

Parallel zur direkten Beteiligung an der Regierungspolitik war zu beobachten, dass die politischen Forderungen der MST eine bemerkenswerte Entwicklung durchmachten und an Qualität gewannen. Das zeigte sich etwa in dem Forderungskatalog, der im Rahmen eines offiziellen Treffens am 3. Mai 2005 sowohl dem Minister für Landwirtschaftliche Entwicklung Miguel Rossetto, als auch dem Präsidenten der INCRA Rolf Hackbart von den Führungsspitzen der MST übergeben wurde⁹⁷. Dieser Forderungskatalog war eine Antwort auf die ernüchternden Ergebnisse der ersten zwei Regierungsjahre in Bezug auf die Landreform: Entgegen der von der Regierung bekannt gegebenen 117.500 Familien, zählte die MST bis Ende 2004 lediglich 60.000 angesiedelte Familien. Auch der Blick in die Zukunft war nicht viel versprechend, denn das Budget von 3,2 Milliarden Reais für das Jahr 2005 würde der Regierung erlauben, maximal 44.000 anstatt 115.000 Familien anzusiedeln, wie eigentlich vorgesehen⁹⁸. Statt nun aber lediglich pauschale Forderungen nach Landenteignung, Landzuweisung und Krediten vorzubringen, wurden zum ersten Mal konkrete Handlungsanweisungen für die Gestaltung der Regierungspolitik in unterschiedlichen Bereichen hervorgebracht. In der Landreformpolitik forderte die MST die Ausweitung des Kreditprogramms PRONAF (mit genauen Angaben zum Umfang und den Rückzahlungsmodalitäten) und die Reform der INCRA (mit genauen Vorgaben zur Strukturreform, Personal- und finanzieller Ausstattung). In Bezug auf die Landwirtschaftspolitik sollte die Regierung gentechnisch manipuliertem Saatgut ohne staatliche Gutachten den Zugang zum Markt verbieten. Außerdem sollten flexiblere Bedingungen für die Rückzahlung der In- und Auslandsschulden ausgehandelt werden, so dass zusätzliche Gelder für die Landreform freigesetzt werden könnten (MST 2005: 8)⁹⁹.

Dieser Forderungskatalog wurde schließlich auch dem Präsidenten Lula übergeben, als dieser die Vertreter der MST im Rahmen des Nationalen Marsches für die Landreform am 17. Mai 2005 in Brasilia persönlich empfing (Siehe 5.3.3.). Dieses Treffen war aus zwei Gründen von großer Bedeutung: Zum einen zeigte die MST zum ersten Mal, dass sie das Wählerpotential ihrer Mitglieder als Druckmittel gegen den Präsidenten einsetzte. So drohte die MST-Führung

⁹⁵ In der Bewegungsforschung wird Kooptation meist als staatliches Instrument angesehen, mittels welchem eine soziale Bewegung beschwichtigt werden soll. Diese tritt auf, wenn die Bewegungsführer durch das Angebot eines Amtes, bzw. der Mitarbeit an der Ausarbeitung von Regierungsprogrammen vom Staat vereinnahmt werden (so etwa bei Piven/Cloward 1977: 53).

⁹⁶ www.contag.org.br/Clipping/08-08.html

⁹⁷ www.mda.gov.br/index.php?ctuid=6356&scid=134

⁹⁸ www.contag.org.br/Clipping/31-03-2005.html#conteudo6

⁹⁹ www.mst.org.br/informativos/JST/251/framedestaque251.htm

dem Präsidenten öffentlich mit dem Entzug der Wahlunterstützung für die nächste Präsidentschaftswahl im Jahr 2006, wenn sich dieser nicht an die Abmachungen des zweiten Landreformplans halten würde¹⁰⁰. Zum zweiten zeigte Lula - als Reaktion auf die Androhung - erstmals den Willen, die Interaktion mit der MST durch die Gründung einer Kommission dauerhaft zu institutionalisieren, denn - so sagte Lula der MST -: "*Vocês, mais do que ninguém têm o direito de cobrar o governo*" (Zu Deutsch: „Ihr, mehr als alle anderen, habt das Recht, von der Regierung [Rechenschaft] zu fordern“) ¹⁰¹.

5.1.3. Fazit zu den intermediären Aktionsformen

Dem folgenden Fazit soll die Frage zugrunde liegen, ob sich die MST in Anbetracht der intermediären Aktionsformen zu einem Interessenverband entwickelt hat. In Anlehnung an Raschke wurde im theoretischen Kapitel beschrieben, dass eine Bewegungsorganisation im Laufe ihrer Entwicklung eine neue Organisationsform annehmen kann, unter anderem auch die eines Interessenverbandes. Laut Kriesi kann die Entwicklung von einer Bewegungsorganisation zu einem Interessenverband an dem Hauptkriterium festgemacht werden, dass sich die Bewegungsorganisation in einem Prozess der **Oligarchisierung** von ihren Mitgliedern distanziert, um sich - an den Entscheidungsträgern (*authorities*) orientierend - zunehmend in das System der Interessenvermittlung zu integrieren (Siehe Abb.2 unter 2.2.1.1.). War eine der zentralen Aufgaben der Bewegungsorganisation, ihre Mitglieder für die Erreichung bestimmter politischer Ziele ständig zu mobilisieren, so wird - nach Kriesis Modell - die direkte Partizipation der Mitglieder mit zunehmender Institutionalisierung immer seltener und dafür die indirekte Interessenrepräsentation immer stärker.

In Anlehnung an Kriesis Modell ist in Bezug auf die MST zu beobachten, dass sich ein Prozess der Oligarchisierung zugetragen hat, da sich eine kleine Gruppe innerhalb der Bewegungsorganisation zunehmend von der Basis distanzierte, um sich der Repräsentation der Bewegungsmittglieder im politischen System zu widmen. Die Aufspaltung in zwei Lager in der ersten Phase markiert den Beginn dieses Prozesses, als das Nationaldirektorium in Vertretung der angesiedelten Landarbeiter die Rolle in Anspruch nahm, mit der Regierung in Dialog zu treten, um staatliche Förderungsmaßnahmen für die Agrarreformsiedlungen zu erreichen. In der zweiten Phase verstärkte sich diese Entwicklung umso mehr, als es darum ging, eine Umorientierung der Landwirtschaftspolitik zu erlangen. Die Mobilisierung der Mitglieder stand für die Erreichung dieser Ziele nicht mehr so stark im Vordergrund wie etwa

¹⁰⁰www.contag.org.br/Clipping/09-02-2005.html#conteudo5

¹⁰¹ www.mst.org.br/informativos/especiais/marcha/noticias53.htm.

in den 1980er Jahren, als es der MST insgesamt noch hauptsächlich um die Aneignung von Land ging. Diese Tendenz veränderte sich auch in der dritten Phase nicht.

Aber wie sieht es in Bezug auf die weiteren Kriterien von Kriesi - also mit den (a) gesicherten finanziellen Einnahmen, (b) der Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur, (c) der Mäßigung der politischen Ziele, (d) der Integration der Bewegungsorganisation in das etablierte System der Interessenvermittlung und (e) der Konventionalisierung der Aktionsformen - aus, durch die sich die Entwicklung zu einer Interessengruppe zusätzlich kennzeichnet?

Ein **Anstieg an finanziellen Einnahmen** war bereits ab Mitte der 1990er Jahre zu verzeichnen, was auf die Zunahme der Beiträge der in den Agrarsiedlungen wirtschaftenden Mitglieder, der erhaltenen staatlichen Kredite und der staatlichen Subventionsmaßnahmen für die Agrarreformsiedlungen zurückzuführen war¹⁰². Es war außerdem zu beobachten, dass die MST von ausländischen Organisationen zusätzliche Einnahmen erhielt: So ergab ein im Jahr 2003 vom konservativen Lager im Kongress angeregter Untersuchungsausschuss (*CPI da Terra*) zu den Finanzen der MST, dass diese über die ANCA¹⁰³ und den CONCRAB¹⁰⁴ zwischen 1995 und 2003 1,5 Millionen Reais von unterschiedlichen internationalen Organisationen erhalten hatte. Davon waren allein 830.000 Reais von der UNESCO im Rahmen eines Erziehungsprogramms gespendet worden¹⁰⁵. Die restlichen Beiträge stammten hauptsächlich von deutschen, französischen und nordamerikanischen kirchlichen Hilfswerken. Eine **Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur** war - wie unter Punkt 4.2.2. dargestellt - bereits in den 80er Jahren erreicht worden, die sich dann im Laufe der 90er Jahre stets erweiterte. Zu einer **Mäßigung der politischen Ziele** kam es insofern, als dass die MST je nach politischer Lage zwischen ihrem kurz-, mittel- und langfristigen Ziel variierte. Nachdem es der MST etwa in der ersten Phase nicht gelungen war, ihrem langfristigen politischen Ziel einer umfassenden Landreform im Zuge der Verfassungsschreibung (1987/1988) eine politische Perspektive zu geben, besann sie sich ihrer kurz- und mittelfristigen politischen Ziele, statt auf erstem zu beharren.

Eine **Integration der Bewegungsorganisation in das etablierte System der Interessenvermittlung** war zwar zu beobachten, allerdings nur in begrenztem Umfang. Über die Wahlunterstützung, bzw. die Mitarbeit bei der PT, die der MST seit 1985 als Sprachrohr diente, konnte die MST ihre Interessen im Kongress vertreten sehen. Dadurch unterstützte sie

¹⁰² www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u54995.shtml

¹⁰³ Nationale Vereinigung für landwirtschaftliche Kooperation (*Associação Nacional de Cooperação Agrícola*)

¹⁰⁴ Nationaler Dachverband der Kooperativen der Landreform (*Confederação Nacional das Cooperativas da Reforma Agrária do Brasil*)

¹⁰⁵ http://paginas.terra.com.br/noticias/ronaldocaiado/NG2004_06_17.htm

die Entstehung eines parlamentarischen Gegengewichts zur *Bancada Ruralista*. Der Einfluss der MST blieb in Bezug auf die Legislative jedoch stets begrenzt. Anders verhielt es sich im Fall der Exekutive, gegenüber welcher die MST selbst als Agentur der Interessenvermittlung agierte, da sie ihre intermediären Aktionsformen im Verlauf der drei Phasen zunehmend entfalten konnte. Seit der ersten Phase ging die MST davon aus, dass ein direkter und stabiler Kontakt zum Präsidenten und den Ministerien für die Erreichung ihrer Ziele grundlegend sei, weswegen auch ein Sekretariat in Brasilia gegründet wurde. Diesbezüglich erkannte Bröckelmann-Simon bereits Anfang der 1990er Jahre die Tendenz zur Entwicklung hin zu einem Bauernverband (Siehe 5.1.2.1.). Bis zur zweiten Phase sollte sich eine Interaktion mit der Exekutive jedoch nicht etablieren können, da ein stabiler institutioneller Rahmen nicht gegeben war. Ab der zweiten Phase konnte der Dialog schließlich zu den für sie relevanten Behörden und Ministerien aufgebaut werden, nicht jedoch zum Präsidenten. In der dritten Phase war schließlich auch dieses Ziel erreicht, denn mit Präsident Lula war ein persönlicher Kontakt möglich, wodurch Anhörungen und Verhandlungen häufiger geworden sind. Durch die gemeinsame Erarbeitung und die Ausführung von bestimmten Regierungsprogrammen war die Integration der MST in die Regierungspolitik stärker als je zuvor. Dennoch - und das muss betont werden - begab sich die MST durch die Einnahme von staatsunabhängigen Mitgliedsbeiträgen und ausländischen Spenden, zumindest für den Erhalt der Organisation, nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der Regierung oder dem Staat. Das bedeutet, dass sie diesem gegenüber freier gegenüber treten konnte, als etwa der CONTAG oder die CUT, deren finanzielle Grundlage hauptsächlich von einer staatlichen Gewerkschaftsteuer abhängt (Doctor/Power 2002: 16). Somit wahrte die MST stets ihre Autonomie, die ihr ermöglichte nach eigenem Kalkül mit der Exekutive zu kooperieren. Eine Abhängigkeit bestand jedoch insofern, als dass die MST ihre kurz- und mittelfristigen Ziele lediglich über eine Interaktion mit der Exekutive, bzw. mit dem Präsidenten erfüllen konnte.

Carter bezeichnet diese flexible Art der Interessenvermittlung der MST, in Anlehnung an Schmitter, als *ad hoc societal corporatism*¹⁰⁶. Demnach gründet die Interaktion der MST mit der Exekutive auf einer vom Staat unabhängigen Interessenvertretung, die sich durch einen begrenzten und horizontalen Zugang zu staatlichen Ressourcen und öffentlichen Einrichtungen auszeichnet. In dieser Hinsicht sei die MST bereit, mit der Regierung

¹⁰⁶ Den Begriff des *ad hoc societal corporatism* verwendet der Autor in Anlehnung an den von Schmitter geprägten Begriff des *societal corporatism*. Dieser stellt neben dem *state corporatism* einen Korporatismus-Subtypus dar. Schmitter zu Folge organisierten sich gesellschaftliche Interessen nach dem *societal corporatism* in einer Gesellschaft relativ frei und „penetrieren“ den Staat mit ihren Interessen, was in kapitalistischen und demokratischen Wohlfahrtsstaaten auftreten kann. Im Unterschied dazu wurde die Interessenvermittlung nach dem *state corporatism* von einem stark zentralistischen Staat dominiert und „penetriert“, was für antiliberalen und „verzögert-kapitalistische“ Staaten zutrifft. Für Schmitter galt Brasilien zwischen 1930 und 1945 unter Vargas als ein Beispiel für den *state corporatism* (Schmitter 1974: 103 ff.).

kurzfristige Kooperationen einzugehen und sogar auch staatliche Aufgaben zu übernehmen (Carter 2005: 14), was über die reine Interessenrepräsentation deutlich hinausgeht. Beispiele sind hier etwa die dargestellten Erziehungs- und Gesundheitsprogramme, die von der MST in Zusammenarbeit mit der Regierung durchgeführt wurden, aber auch die Teilnahme an Kommissionen zur Erstellung politischer Programme (wie etwa dem zweiten Nationalen Landreformplan unter Lula), oder die Mitarbeit in staatlichen Behörden wie der INCRA. Es darf an dieser Stelle allerdings auch nicht vergessen werden, dass in keiner der drei Phasen von Seiten der Regierungen aktive Bestrebungen zu beobachten waren, die MST zu inkorporieren (ebd.: 14). Eher das Gegenteil war der Fall: Die MST rang stets danach, an der Gestaltung der Regierungspolitik, an der Entscheidungsfindung und sogar an der Ausführung von Regierungsprojekten beteiligt zu werden, die mit den von ihr verwalteten Siedlungen zusammenhingen.

Trotz dieser Entwicklung ist nicht von einer **Konventionalisierung der Aktionsformen** von Seiten der MST auszugehen. Zwar zeigte sich - wie von der *political-interaction-school* (Siehe 2.1.3.) auch behauptet -, dass eine Interaktion mit dem politischen System für Bewegungsorganisationen unerlässlich ist, um sich staatliche Ressourcen und Dienstleistungen zu sichern. Das erwies sich aber als problematisch, da die MST aufgrund der Blockadehaltung des Kongresses sehr von der Interaktion mit der Exekutive abhängig gewesen ist. Und eine Entfaltung intermediärer Aktionsformen gegenüber der Exekutive konnte wiederum nur durch den Druck direkt-koerziver und demonstrativer Aktionsformen erreicht werden, auf die folgend eingegangen werden soll. Abschließend lässt sich aus den ausgeführten Gründen feststellen, dass die MST zwar Eigenschaften einer Interessenorganisation angenommen hat, durch ihren beibehaltenen mobilisierenden Charakter aber noch als Bewegungsorganisation anzusehen ist.

5.2. Die direkt-koerziven Aktionsformen

Dass eine Bewegungsorganisation für die Verwirklichung ihrer politischen Ziele auf direkt-koerzive Aktionsformen zurückgreifen kann, wurde im theoretischen Kapitel dargestellt. Solche Aktionsformen wenden sich - wie gesagt - im Regelfall direkt gegen bestimmte Kontrollinstanzen - wie etwa den Staat, das politische System oder ein Unternehmen -, denen ein so genannter Nachteil zugefügt wird. Solch ein Nachteil kann für den Gegner mit Kosten verbunden sein, die etwa durch den Entzug an Arbeitskraft bei einem Streik oder durch die gezielte Störung der öffentlichen Ordnung, bzw. der administrativen Routine bei einer Besetzung entstehen können. Somit zielen direkt-koerzive Aktionsformen darauf ab,

politische Ziele mittels Zwang zu erreichen, wobei diese Aktionen sowohl mit, als auch ohne Gewalt ablaufen können (Siehe 2.2.1.2.). Unter Punkt 5.1. wurde bereits angesprochen, dass sich die MST häufig direkt-koerziver Aktionsformen bedient. Folgend soll als erstes definiert werden, um welche direkt-koerziven Aktionsformen es sich handelt, um anschließend - parallel zur Darstellung der intermediären Aktionsformen gegenüber der Exekutive - in drei Phasen genauer zu untersuchen, wie sich diese zwischen 1985 und 2005 entwickelt haben.

5.2.1. Der zivile Ungehorsam

Die direkt-koerziven Aktionen der MST können unter dem Begriff des zivilen Ungehorsams zusammengefasst werden. Der Akt des zivilen Ungehorsams war (und ist) laut Raschke eine typische Aktionsform der NSB (Siehe Kpt. 2), die intermediären Aktionsformen gegenüber skeptisch eingestellt waren und außerdem die Begrenztheit der demonstrativen Aktionsformen erfahren haben. Der zivile Ungehorsam diente den NSB als Mittel, um ihrem Gegner (etwa dem politischen System) Kosten zu verursachen (Raschke 1985: 323). Mehr als nur auf Kostenverursachung, zielt der Akt des zivilen Ungehorsams – durch bewusste Verletzung geltenden Rechts – darauf ab, die Regierungspolitik zu beeinflussen, bzw. eine Änderung bestehender Gesetze zu erzwingen (Niedermeyer 2001: 162). Der Ungehorsam ist laut Rieger dann als zivil zu betrachten, wenn er öffentlich und gewaltlos ist und zusätzlich die Legitimität der jeweiligen staatlichen Ordnung nicht grundsätzlich in Frage stellt (Rieger 1998: 735).

In Bezug auf die MST unterscheidet Harnecker zwischen zwei Typen des zivilen Ungehorsams. Zum einen sind die Landbesetzungen zu nennen, mit Hilfe derer in einem konkreten Fall Druck auf die Landreformbehörde INCRA ausgeübt werden soll, so dass diese einen Prozess der Landenteignung oder -zuweisung einleitet. Zum zweiten sind Besetzungen von Behörden, Ministerien und öffentlichen Plätzen zu nennen, die darauf abzielen, Druck auf die Regierungspolitik auszuüben (Harnecker 2003: 72 ff.).

5.2.2. Erste Phase (1985-1994)

In ihrer Gründungszeit waren Landbesetzungen die wichtigste Aktionsform der MST, über welche sie sich auf dem nationalen Territorium ausbreitete. Bröckelmann-Simon stellt dar, dass so genannte „Helfer“ aus dem Süden, wo die Entwicklung der Bewegungsorganisation am weitesten vorangeschritten war, ab Mitte der 1980er Jahre die ländliche Bevölkerung im Norden, Nordosten und Mittleren Westen dazu animierte, sich an Landbesetzungen zu beteiligen und somit der MST anzuschließen (Bröckelmann-Simon 1994: 269).

Landbesetzungen an sich brachten der MST allerdings recht wenig, wären diese nicht mit einer rechtlichen Möglichkeit verbunden, dadurch eine Landenteignung zu erreichen. An dieser Stelle sei bezüglich des juristischen Umgangs mit Landbesetzungen ein Exkurs gestattet:

Wie bereits dargestellt wurde, ist die Durchführung einer umfassenden Landreform mit einer Umverteilung des Bodenbesitzes in Brasilien niemals möglich gewesen. Im Zuge der Verfassungsschreibung (1987/1988) konnte aufgrund der Mobilisierung der Reformgegner um die *Bancada Ruralista* verhindert werden, dass eine umfassende Landreform in der Verfassung festgehalten wurde (Vgl. 5.1.1.). In der neuen Verfassung (1988) ergab sich dennoch eine rechtliche Möglichkeit, Landenteignungen, bzw. eine Landumverteilung in begrenztem Maße auch ohne eine umfassende Landreform zu erlangen. Mit der Etablierung des Artikels 184 wurde der Großgrundbesitz mit einer Fläche von über 1.500 Hektar an eine so genannte Sozialfunktion gekoppelt (Calcagnotto/Gottwald 2003: 79). Diese Sozialfunktion war nach Artikel 186 erst erfüllt, wenn (1) eine rationale und angemessene Nutzung vorlag, (2) die zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen in angemessener Form genutzt und die Umwelt geschützt, (3) die Gesetzgebung zur Regulierung der Arbeitsverhältnisse beachtet wurden und (4) die Nutzung dem Wohlergehen der Eigentümer und der Arbeiter zugute kamen. Für den Fall, dass ein Großgrundbesitz seine verfassungsmäßig gebotene Sozialfunktion nicht erfüllte, konnte dessen Eigentümer durch den Bund enteignet werden (FDCL 2003: 26 ff.). Im Grunde griff diese Regelung das Bodenstatut aus der Verfassung des Jahres 1964 auf, welches den Großgrundbesitz an die Bedingungen der Produktivität und der sozialen Gerechtigkeit band. Demnach wurde unproduktiver, also wirtschaftlich ungenutzter Großgrundbesitz, als verlorene Wertschöpfung und somit als eine Ungerechtigkeit gegenüber der Gesellschaft angesehen (Bröckelmann-Simon 1994: 81 ff.).

Für die MST stellen die Artikel 184 und 186 die rechtliche Grundlage dar, auf welche sie sich seit 1988 beruft¹⁰⁷, um die Enteignung eines von ihr besetzten Grundstücks von der Regierung einzufordern. In diesem Sinne wird bei der Vorbereitung einer jeden Landbesetzung bewusst ein Großgrundbesitz ausgewählt, welcher nicht den Anforderungen an Produktivität des Verfassungsartikels 186 entspricht. Die Landbesetzung dient somit der Erzwingung eines administrativen Verfahrens von Seiten der INCRA, welche in Anlehnung an die Verfassung für die Bewertung der Produktivität eines besetzten Grundstücks zuständig ist (Hammond 2004: 69). Die Überprüfungstätigkeit der INCRA beginnt im Regelfall sobald sich die MST, bzw. das vom Grundstückseigentümer angerufene lokale Gericht, an sie wendet. Gehört das

¹⁰⁷ Vor 1988 berief sich die MST im Falle einer Landbesetzung auf das besagte Landstatut der Verfassung aus dem Jahr 1964.

besetzte Grundstück aber dem Staat, so läuft der Fall über die Gerichte auf der Bundesebene, die wiederum die INCRA einschalten. Stellt die INCRA im Fall der Landbesetzung eines privaten Grundstücks fest, dass es sich um ein Latifundium handelt, welches nach der Verfassung nicht produktiv genutzt wird, so wird der Fall an den Präsidenten weitergeleitet. Dieser hat wiederum die Macht, anhand eines „Dekrets im Sinne der öffentlichen Nutzung“¹⁰⁸ oder eines „Dekrets im Sinne des sozialen Interesses, mit dem Ziel der Landreform“¹⁰⁹ das Grundstück zu enteignen (Harnecker 2003: 77 ff.).

Harnecker zufolge orientieren sich die Gerichte im Fall der Besetzung eines privaten Großgrundbesitzes - zum Nachteil der MST - oft nicht am Verfassungsrecht, sondern am Zivilrecht. Das bedeutet, dass die Besetzung als Akt des zivilen Ungehorsams und als widerrechtliche Verletzung des Privateigentums angesehen wird, was in der Regel einen gerichtlichen Räumungsbefehl nach sich zieht. Im Fall einer Räumung gilt für die MST stets ein absoluter Gewaltverzicht. Nach Möglichkeit wird die Besetzung dann an einen Straßenrand oder auf ein anderes Grundstück verlegt¹¹⁰ (Carter 2005: 15).

Da aber eine Entscheidung der Exekutive für die Gerichte nach der Verfassung bindend ist, versucht die MST zivilrechtliche Gerichtsprozesse aufzuschieben, um für die Verhandlungen mit der Exekutive Zeit zu gewinnen (Stédile 2002: 83 ff.). Kommt es zum Erlass eines Dekrets durch den Präsidenten, ist die INCRA für die finanzielle Entschädigung des Landeigentümers zuständig, welche vor Gericht verhandelt wird. Auch die INCRA ist schließlich dafür zuständig, die Landtitel des enteigneten Grundstücks an die Landarbeiter zu vergeben, die an der Landbesetzung teilgenommenen haben (Harnecker 2003: 150).

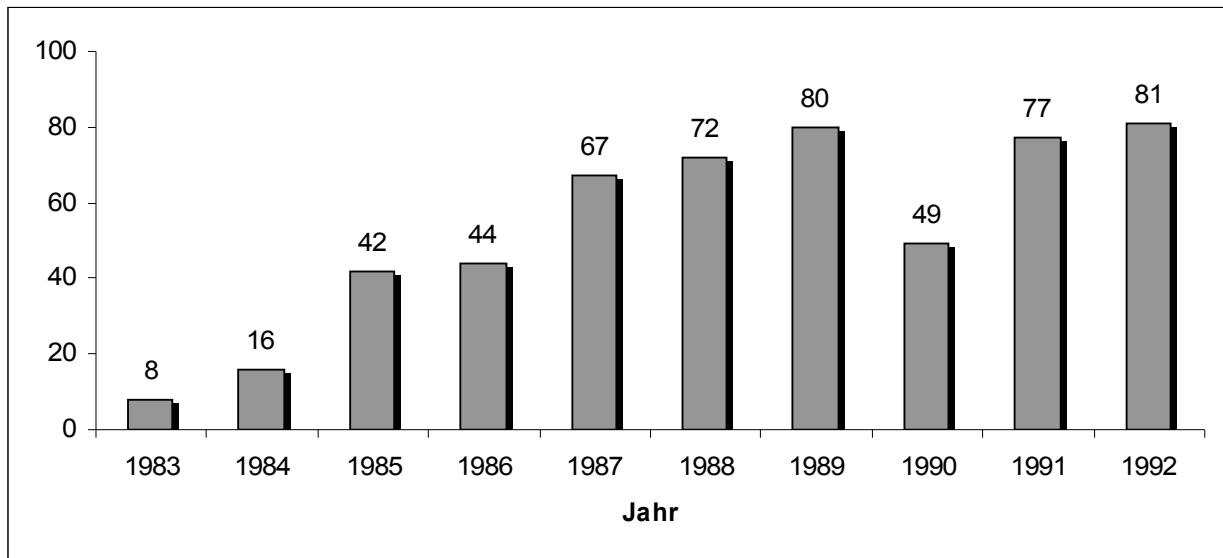
5.2.2.1. Landbesetzungen unter Sarney, Collor und Franco

Bis Anfang der 1990er Jahre bemühte sich die MST primär darum, Land für ihre Mitglieder zu gewinnen. Landbesetzungen waren in dieser Hinsicht zu dem wichtigsten Instrument geworden, um der Vernachlässigung der Landreform während der Regierungen Sarney (1985-1989) und Collor (1990-1992) entgegenzuwirken (Siehe Kpt. 5.1.2.1.). Wie auf Abbildung 6 zu erkennen ist, nahmen Landbesetzungen in Brasilien seit der Gründung der MST im Jahr 1985 deutlich zu, wobei ein Drittel aller Besetzungen auf die MST zurückzuführen sind. Die restlichen Besetzungen wurden meist durch lokale Bewegungen und Gewerkschaften durchgeführt (Bröckelmann-Simon 1994: 267).

¹⁰⁸ *Decreto de necessidade pública*

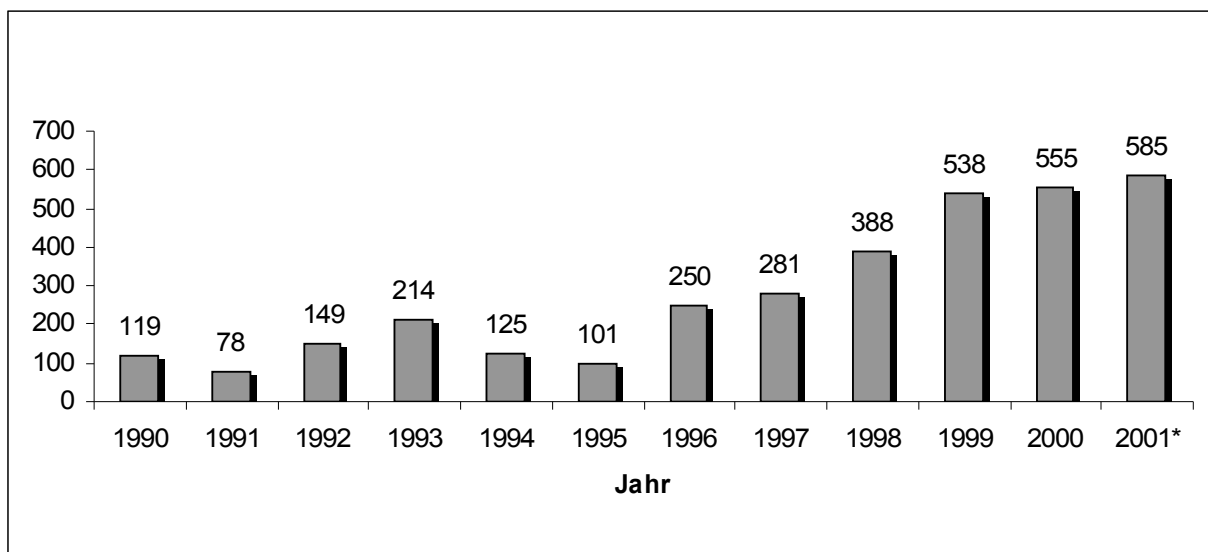
¹⁰⁹ *Decreto de interesse social, para fins de reforma agrária*

¹¹⁰ Allerdings hat der oberste Gerichtshof im Jahr 1996 befunden, dass eine Landbesetzung mit dem Ziel der Landreform substantiell anders zu bewerten sei als der herkömmlicher Haus- und Landfriedensbruch. Nichtsdestotrotz bleibt es den Gerichten auf lokaler Ebene immer noch weitgehend selbst überlassen, wie sie konkret mit dem Fall umgehen (Carter 2005: 16).

Abb. 6: Anzahl der Landbesetzungen in Brasilien (1983-1992)

Quelle: Bröckelmann-Simon 1994: 266

Ab dem Jahr 1990 kann die Besetzungspolitik der MST an der Zunahme der Lager, also der dauerhaften und nicht geräumten Besetzungen dargestellt werden. Die Abbildung 7 zeigt, dass die Anzahl der Lager der MST zwischen 1991 und 1993 deutlich zunahm, was als Reaktion auf die repressive Umgangsform mit der Landfrage von Seiten der Regierung Collor zu werten ist. Unter Franco (1993-1994) ist daraufhin eine Abnahme zu verzeichnen.

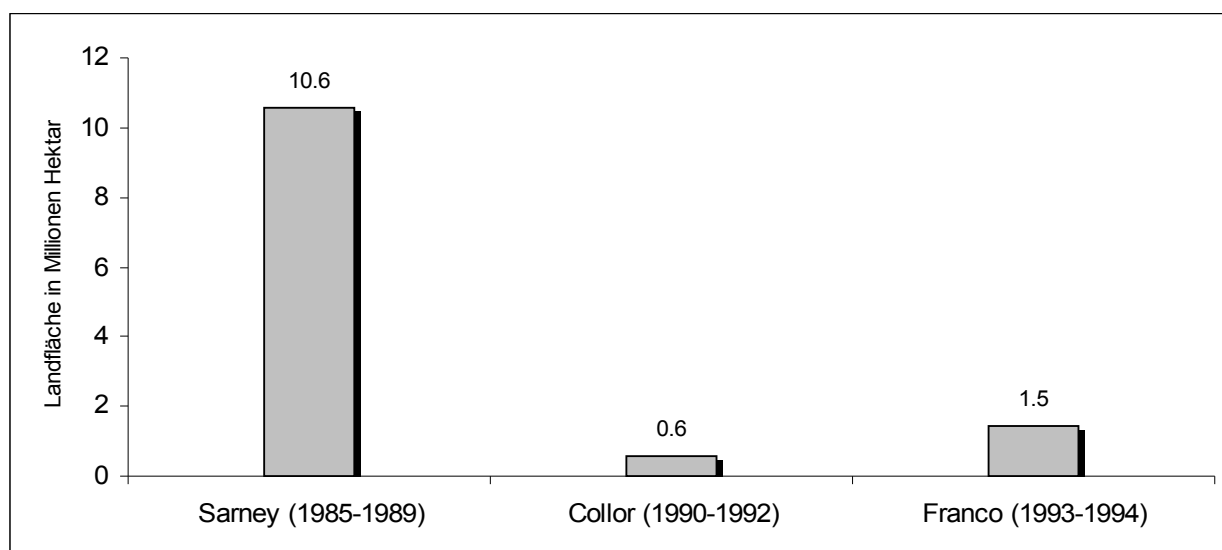
Abb. 7: Anzahl der MST- Lager (1990-2001)¹¹¹

Quelle: www.mst.org.br/biblioteca/acampam/acamptot.html

¹¹¹ Zur Anzahl an in den Lagern lebenden Familien siehe Anhang 1.

Die Landbesetzungen führten unter Sarney allerdings nur bedingt, und unter Collor gar nicht zu dem beabsichtigten Ziel der Landenteignung. Wie die Abbildung 8 darstellt, wurden unter Sarney mit der Enteignung von mehr als 10 Millionen Hektar, riesige Mengen an Land über den Staat gekauft. Dabei handelte es sich jedoch in den wenigsten Fällen um die besetzten Gebiete der MST in den südlichen Regionen, sondern hauptsächlich um Ländereien im Norden und im mittleren Westen, die im Sinne der Fortführung der Kolonisierungspolitik der Militärregierung einem Vordringen in das Amazonasgebiet dienen sollten (Siehe Kpt. 3). Eine längerfristige An-, bzw. Umsiedlung von Landlosen aus anderen Regionen scheiterte jedoch meist wegen der schwierigen Lebensbedingungen vor Ort (ebd.: 97). Unter Collor waren die Landbesetzungen der MST schließlich noch erfolgloser. Laut Cardoso kam es zu keiner einzigen Enteignung im Sinne des sozialen Interesses mit dem Ziel der Landreform durch den Präsidenten (Cardoso 1997: 23). Wie auf Abbildung 8 zu sehen ist, fielen die unter Collor stattgefundenen Landenteignungen im Vergleich zur Vorgängerregierung minimal aus. Erst unter der Präsidentschaft Francos (1993-1994) kam es zum ersten Mal zu einer koordinierten Absprache zwischen der MST und der INCRA, die im Rahmen eines Notprogramms auf die Enteignungsforderungen der MST einging. Dieser Prozess wurde anschließend unter Cardoso fortgeführt (ebd.).

Abb. 8: Landenteignungen durch die Exekutive (1985-1994)



Quelle: www.incra.gov.br/estrut/rel30anos/rel30anos3.htm

5.2.3. Zweite Phase (1995-2002)

In der zweiten Phase ergaben sich zwei interessante Entwicklungen. Zum einen zeigte sich, dass der Druck durch die Landbesetzungen auf die Regierung Cardoso Erfolg hatte, so dass die Taktik der Landbesetzungen auch auf den vorstädtischen Raum ausgebreitet wurde. Zum

anderen entdeckte die MST die Besetzung öffentlicher Gebäude und Straßenblockaden als zusätzliches Druckmittel gegen die Regierung.

5.2.3.1. Der Erfolg der Landbesetzungen

Dass Landbesetzungen für die MST zu einem erfolgreichen Ergebnis führten, zeigt die steigende Zahl an Landenteignungen und die Gründung von Agrarreformsiedlungen unter der Regierung Cardoso. Wie Fernandes darstellt, bestand in der hohen Zahl an gegründeten Agrarreformsiedlungen unter der Regierung Cardoso und den Landbesetzungen der MST zwischen 1995 und 1996 eine starke Korrelation. So wies er nach, dass 85% aller Familien der MST in diesem Zeitraum nur aufgrund von Landbesetzungen angesiedelt wurden (Vgl. Martins 2000: o.S.). Dieser Feststellung stimmt Cardoso zu: Er gibt an, dass von den im Jahr 1996 insgesamt 575 enteigneten Grundstücken 126 explizit aufgrund der Forderungen der MST entweder enteignet oder den Besitzern abgekauft wurden. Die Enteignungen führten wiederum zur Gründung von Agrarreformsiedlungen durch die Regierung. Allein im Jahr 1996 gründete die Regierung insgesamt 435 Siedlungsprojekte für 42.000 Familien, von denen um die 50 (für insgesamt 11.400 Familien) auf den Druck der MST zurückzuführen waren (Cardoso 1997: 44 ff.). Dieser Erfolg führte schließlich zu einer jährlich steigenden Anzahl an Lagern der MST (Siehe Abb. 7).

Interessanterweise expandierte der Aktionsradius der MST ab Mitte der 1990er Jahre auch zunehmend auf den städtischen Raum. Durch den hohen Urbanisierungsgrad und die starke Landflucht in den Regionen Süden und Südosten - insbesondere innerhalb der Bundesstaaten São Paulo, Rio de Janeiro und Minas Gerais - begann die MST die in die Städte emmigrierten Landarbeiter zu mobilisieren. Dabei ging es der MST darum, der in den *favelas* der urbanen Außenbezirke angesiedelten Landbevölkerung aus ihren prekären Lebensbedingungen zu helfen, die durch fehlende Infrastruktur wie fließendes Wasser, Kanalisation, Elektrizität, gesundheitliche und schulische Einrichtungen geprägt waren. Landbesetzungen waren hier mit dem Ziel verbunden, eine so genannte „rurbane“ Siedlung (also zugleich urban und ländlich, bzw. *rural*) zu gründen. Solche Projekte führte die MST meist in Kooperation mit den Städten durch, wie etwa in der Stadt São Paulo (Stédile 2002: 93). Ende der 1990er Jahre kam es schließlich mit Unterstützung der MST zur Gründung der Bewegung Obdachloser Arbeiter MTST¹¹² (Gohn 1997: 137 ff.; Shikora 2004: 19).

Die starke Zunahme an Landbesetzungen und die Expansion der MST in den städtischen Raum wurde von der Regierung Cardoso eindeutig als Druck-, bzw. Drohpotential angesehen,

¹¹² *Movimento dos Trabalhadores Sem Teto*

was sie zu bestimmten Vorkehrungen veranlasste. Während seiner Regierungszeit wurden erstmals Nachforschungen angestellt, um das Aktionsfeld der MST zu registrieren und ihre Größe zu erfassen. Da der Regierung bis 1995 unbekannt war, wie viele Landbesetzungen und Siedlungen genau der MST zuzurechnen waren, hatte der Militärrat des Kongresses¹¹³ seit 1996 die Aufgabe, diese Lücke durch die Überwachung der MST zu füllen. Gleichzeitig wurde der Militärrat des Präsidenten¹¹⁴ damit beauftragt, die Streitkräfte des Bundes einzusetzen, wenn Landesgouverneure die ihnen unterstehende Militärpolizei nicht effektiv für die Räumung von Landbesetzungen einsetzten. Ab dem Jahr 1999 existierten schließlich genaue Karten zum Aktionsradius der MST, die täglich aktualisiert wurden (Konder 2001: 107).

Ein kritisches Ausmaß erreichte die Besetzungspolitik der MST ab dem Jahr 1998. So führten Haushaltskürzungen der INCRA (Siehe 5.1.2.2.) und der fehlende Wille des Präsidenten mit der MST in direkten Kontakt zu treten, zwischen 1998 und 1999 zu einer enormen Steigerung auf über 600 Landbesetzungen und 500 Lager, womit die MST einen offensichtlichen Konfrontationskurs gegenüber Cardoso einschlug. Mit der Landbesetzung des Großgrundbesitzes des Präsidenten im Bundesstaat Minas Gerais drohte dieser Konflikt schließlich zu eskalieren. Cardoso zeigte sich dermaßen bedroht, dass er sogar einen Regierungssturz durch die MST befürchtete (Calcagnotto 2003: 102).

Im Jahr 2001 griff Cardoso schließlich zu rechtlichen Maßnahmen, um die Besetzungspolitik zu beenden. Um die MST - wie auch andere Bewegungsorganisation und Gewerkschaften - vor Landbesetzungen abzuschrecken, erließ Cardoso die provisorische Rechtsmaßnahme Nr. 2.109-50 (vom 27.3.2001). Diese zielte darauf ab, die verfassungsrechtliche Grundlage für die Besetzungen der MST einzuschränken. Sie legte fest, dass (1) ein Grundstück - ob unproduktiv oder nicht - im Fall einer Besetzung in den darauf folgenden zwei Jahren weder einer Untersuchung durch die INCRA, noch einer Enteignung zu unterziehen wäre, und dass (2) alle Beteiligten an einer Landbesetzung aus dem Agrarreformprogramm ausgeschlossen werden würden. Außerdem dürften Organisationen, die Landbesetzungen unterstützten, keine öffentlichen Gelder mehr erhalten (Calcagnotto/Gottwald 2003: 79 ff.). Gleichzeitig sah die provisorische Rechtsmaßnahme die Einrichtung einer Abteilung für Landkonflikte unter der Leitung der Bundespolizei vor, welche durch eine Zugriffsbefugnis in jedem Bundesland auch ohne Genehmigung des jeweiligen Gouverneurs eingreifen konnte. Somit sollte die Macht von reformorientierten Gouverneuren, die sich - wie etwa im Bundesland São Paulo, Minas Gerais und Mato Grosso - auf Verhandlungen mit der MST einließen, eingeschränkt werden.

¹¹³ *Casa Militar do Planalto*

¹¹⁴ *Gabinete Militar Presidencial*

Wegen dieser Rechtsmaßnahme kam es zu dem, was viele Autoren als die „Kriminalisierung der MST“ durch den Präsidenten in der Öffentlichkeit bezeichnen. Denn in Anbetracht der Tatsache, dass die MST mit den Landbesetzungen gegen die Provisorische Rechtsmaßnahme und somit gegen geltendes Recht verstieß, sollte sie in der Öffentlichkeit als eine kriminelle Vereinigung angesehen werden (ebd.) (Vgl. 5.3.2.).

5.2.3.2. Besetzungen staatlicher Behörden und Straßenblockaden

Erst in der zweiten Phase wurden Besetzungen im öffentlichen Raum zunehmend als Instrument eingesetzt, um Einfluss auf die Regierungspolitik auszuüben. Das war insofern wichtig, da aus Sicht der MST die Finanzierung der Landreform und die Unterstützung der Landreformsiedlungen durch den Staat im Zuge der „neoliberalen“ Strukturreformen der Regierung Cardoso bedroht waren. Hinzu kam der Wille, mit der Regierung in Bezug auf eine Umorientierung der Landwirtschaftspolitik (Siehe 5.1.2.2.) in Dialog zu treten. Durch die Besetzung öffentlicher Gebäude versuchte die MST, Druck auf die Regierung auszuüben und diese zu Verhandlungen zu zwingen. Von den Besetzungen waren im Wesentlichen Behörden und Banken betroffen, die mit der Finanzierung der Landreform in Zusammenhang standen. Zu nennen sind hier die Landesbüros des Finanzministeriums, die Vertretungen der *Banco do Brasil* und schließlich die Büros der Landreformbehörde INCRA (Winckler 2000: 221). Folgende zwei Besetzungsaktionen sollen veranschaulichen, wie die MST dadurch an Druckpotential gegenüber der Bundesregierung hinzugewinnen konnte.

Das erste Ereignis war im Jahr 1996, als die MST eine Blockade der Straßenkreuzung Belém/Brasília in *Eldorado do Carajás* (Bundesstaat Pará) durchführte, um eine persönliche Unterredung mit Cardoso zu erzwingen. Cardoso lenkte jedoch nicht ein und unterstützte stattdessen die Räumung der Blockade durch die Landespolizei von Pará. Da die Polizei die Blockade allerdings erst durch den Einsatz von Schusswaffen räumen konnte, wobei 19 MST-Mitglieder ums Leben kamen, stand Cardosos Landreformpolitik plötzlich im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik. Erst durch diesen Druck gründete Cardoso das Außerordentliche Ministerium für Grund und Boden und ernannte den - der MST wohlgesinnten - Jungmann zum Minister für Landreform (Konder 2001: 106).

Das zweite Ereignis spielte sich im Jahr 2000 als Reaktion auf die erheblichen Kürzungen im Bereich der Landreform ab. Aus Sicht der MST reichte es nicht aus, mit dem Minister für Landreform oder der Agrarreformbehörde INCRA zu verhandeln, da diese nicht über ausreichende Kompetenzen verfügten. Lediglich von direkten Verhandlungen mit dem Präsidenten versprach sich die MST eine erneute Aufstockung des Landreformbudgets. Da

der Präsident weiterhin den direkten Kontakt zur MST vermied, besetzten im Mai 2000 ca. 28.000 MST-Mitglieder in 18 Landeshauptstädten gleichzeitig die Landesvertretungen des Bundesfinanzministeriums und der INCRA. Dazu richtete sich die MST mit einem Brief an den Präsidenten und an die Öffentlichkeit, in welchem sie ihre Aktion erklärte. Sie forderte die Freigabe von Haushaltsmitteln für Agrarreformsiedlungen und Verhandlungspartner mit ausreichenden Befugnissen, um die von ihr geforderten Mittel zu bewilligen. Cardoso sah in dieser Aktion jedoch kein Angebot zu einem Dialog, sondern einen Angriff auf die nationale Sicherheit. So rief er dazu auf, gegen die Besetzer unter Anwendung des aus der Militärzeit stammenden „Gesetzes zur Nationalen Sicherheit“ vorzugehen (Calcagnotto 2003: 104).

An diesen Beispielen zeigt sich eine neue Dimensionen des direkt-koerziven Druckpotentials der MST. Anders als die Landbesetzungen stellten die Besetzungen öffentlicher Gebäude und Plätze - wie der Reaktion des Präsidenten in beiden Fällen zu entnehmen ist - eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung dar, und waren außerdem mit konkreten Nachteilen für die Regierung verbunden. Dieser Nachteil drückte sich in erster Linie in materiellen Kosten aus, die etwa durch die Störung des Arbeitsablaufs der INCRA, bzw. des Bundesfinanzministeriums oder aber durch die Räumung der Besetzung entstanden waren. So bedeuteten allein die Besetzungen öffentlicher Gebäude durch die MST zwischen April und Mai 2000 für den Staat insgesamt Kosten im Wert von über 670.000 Reais (Calcagnotto 2000: 91). Zwar führten die Besetzungen nicht zu einer Umorientierung der Landwirtschaft, aber doch zu einer Aufrechterhaltung der Landreform, wie der unter Cardoso amtierende Minister für Landreform selbst bestätigte. Ihm zufolge war der direkte Druck der MST essentiell, ohne den *„es ihm nie gelungen wäre, die für die Agrarreform nötigen Mittel - zumal in Zeiten von IWF-induzierten Haushaltsrestriktionen - zu bekommen“* (Brandford/Rocha 2002 zitiert in Calcagnotto 2003: 101).

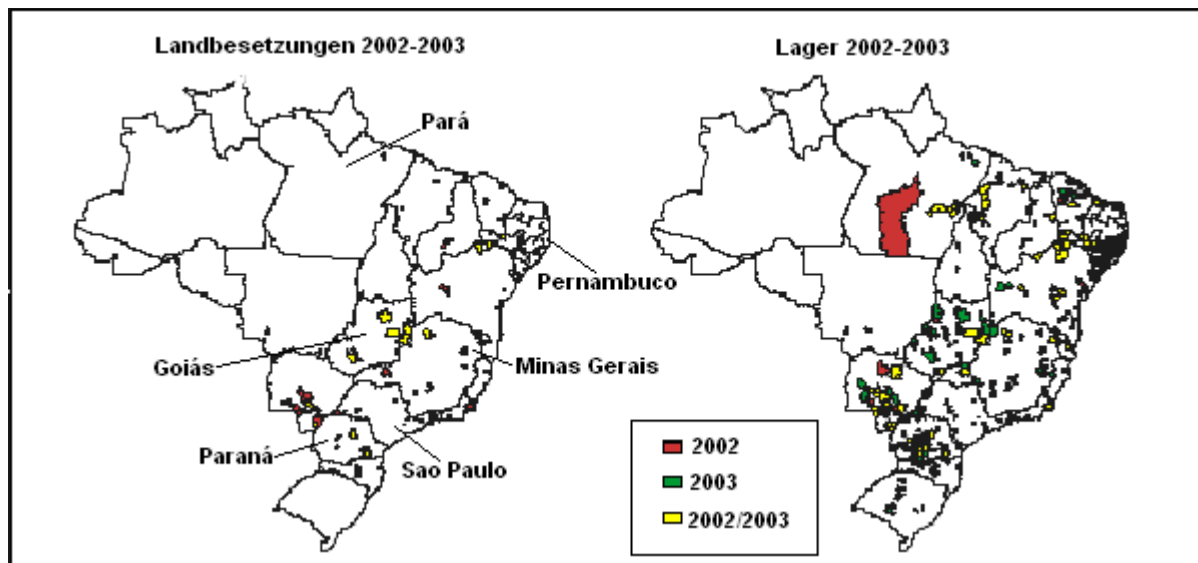
5.2.4. Dritte Phase (2003-2005)

Wie unter Punkt 5.1.2.3. beschrieben wurde, durchlebte die MST im ersten Jahr der Regierung Lula eine Spaltung der Führungskräfte zwischen der Nationalen Ebene einerseits und der bundesstaatlichen Ebene andererseits. Während die junge Führergeneration der MST in den Länderdirektionen stärker zu direkt-koerziven Aktionsformen tendierte, legten die zur „alten Garde“ gehörenden Mitglieder der Nationaldirektion stärkeren Wert auf die intermediären Aktionsformen. Somit war festzustellen, dass die MST in den ersten Monaten nach Lulas Regierungsantritt ein Aktionsdilemma durchlebte, was dazu führte, dass direkt-koerzive Aktionsformen für einen kurzen Zeitraum ausgesetzt wurden.

Im Verlauf des ersten halben Jahres 2003 stellte sich jedoch heraus, dass sich die Landesdirektionen und lokalen Entscheidungsgremien für die Erlangung weiterer Landenteignungen und staatlicher Kredite für die Landbesetzungen, also für die direkt-koerziven Aktionsformen entschieden. Auf deren Druck hin wurde die Besetzungspause während der ersten Monate unter Lula mit dem bereits erwähnten „Roten April“ abgebrochen. Trotz der Aufrechterhaltung der Provisorischen Rechtsmaßnahme erreichte die MST im Jahr 2003 somit eine Rekordmarke von 632 Lagern, in denen nach ihren Angaben mehr als 115.000 Familien lebten¹¹⁵.

Geographisch gesehen konzentrierten sich die Landbesetzungen und Lager auf die Bundesstaaten Pará (Norden), Pernambuco (Nordosten), Goiás (Mittlerer Westen), Minas Gerais, bzw. São Paulo (Südosten) und Paraná (Süden). Die auf der folgenden Abbildung 9 eingezeichneten roten Markierungen stehen für die Landbesetzungen und Lager im Jahr 2002, die grünen für die des Jahres 2003 und die gelben für solche, die in beiden Jahren existierten.

Abb. 9: Landbesetzungen und Lager der MST (2002-2003)



Quelle: www.prudente.unesp.br/dgeo/nera

Es ist anzumerken, dass die MST in der dritten Phase zunehmend dazu tendierte, Landbesetzungen gemeinsam mit anderen ländlichen Bewegungsorganisationen und Gewerkschaften durchzuführen. Fernandes geht davon aus, dass es in Brasilien neben der MST mindestens weitere 15 bis 20 Bewegungsorganisationen gibt, die über die Grenzen eines Bundesstaats hinaus agieren und - oft in Nachahmung der MST - über den Weg der Landbesetzungen an eigenes Land zu kommen versuchen (Fernandes 2000: 7 ff.). Die MST führte bereits zahlreiche Landbesetzungen gemeinsam mit der Bewegung der Kleinbauern

¹¹⁵ www.mst.org.br/biblioteca/acampam/acamp2003.htm

MPA¹¹⁶ durch. Die MPA hat sich 1996 aus dem Gewerkschaftsmilieu herausgebildet und konnte durch die Unterstützung der MST an staatlich subventionierte Kredite gelangen (Harnecker 2003: 226). Auf der anderen Seite hat die MST auch Konkurrenten, wie etwa die aus ihr entstandene Bewegung zur Befreiung der Landlosen MLST¹¹⁷. Diese Splitter-Bewegung wurde im Jahre 1997 von Dissidenten der MST gegründet und geriet mit dieser oft auch in Konflikt¹¹⁸.

In der dritten Phase kam es schließlich auch zu Besetzungen öffentlicher Plätze und Behörden. Seit 2003 waren vor allem Landesstellen der INCRA oder Filialen der *Banco do Brasil* regelmäßig von direkt-koerziven Aktionen betroffen, die durch Straßenblockaden zusätzlich unter Druck gesetzt wurden (Käss 2004: 6). Eine bundesweite Besetzungsaktion wie in der zweiten Phase hat sich unter Lula allerdings nicht wiederholt¹¹⁹.

5.2.5. Fazit zu den direkt-koerziven Aktionsformen

Gewaltfreie direkt-koerzive Aktionsformen waren seit der Gründung der MST ein fester Bestandteil ihres Aktionsrepertoires. Wie hier gezeigt wurde, erfüllten sie dabei zwei Funktionen:

Erstens sollten Landbesetzungen - unter Berufung auf das Verfassungsrecht - das Eingreifen des Staates zugunsten der MST im Landkonflikt erzwingen. Es war jedoch zu erkennen, dass der Erfolg der Landbesetzungen von zwei Grundbedingungen abhängig war. Zum einen war das persönliche Engagement des Präsidenten von großer Bedeutung, denn ohne dessen Willen waren Landenteignungen per Dekret nicht zu erreichen (Calcagnotto/Gottwald 2003: 39), da ja angesichts der konservativen Machtverhältnisse (Siehe 5.1.1.) vom Kongress grundsätzlich keine Enteignungen zu erwarten waren. In direktem Zusammenhang damit war der Erfolg zum anderen davon abhängig, ob die Regierung die nötigen institutionellen Rahmenbedingungen schaffte und über die finanziellen Mittel verfügte, um diese begrenzte Art der Landreform durchzuführen. Ohne ein schnelles und effizientes Eingreifen von Seiten der Regierung und der INCRA wäre es für die MST nicht möglich gewesen, den von der

¹¹⁶ *Movimento dos Pequenos Agricultores*

¹¹⁷ *Movimento da Libertação dos Sem Terra*

¹¹⁸ So errichtete die MLST im Jahr 2004 ein Lager vor dem Großgrundbesitz *Fazenda da Barra* in Riberião im Bundesstaat São Paulo, auf welchem schon seit August 2003 ein Lager von der MST besteht. Seit Beginn des Jahres 2005 streiten beide Bewegungsorganisationen darum, wem das von Lula enteignete Grundstück *Fazenda da Barra* überschrieben werden soll (Vgl. www.netsite.com.br/noticias/mostra.asp?id_conteudo=149259).

¹¹⁹ Ab dem Jahr 2003 kam es im Rahmen der Besetzungen zunehmend zu Verletzten und Toten auf Seiten der MST. Während in den 1990er Jahren pro Jahr durchschnittlich 40 Tote im Landkonflikt üblich waren, waren ab 2003 allerdings mehr als 70 Tote zu beklagen, was fast dem Niveau der 1980er Jahre entspricht. Das ist darauf zurückzuführen, dass sich Großgrundbesitzer vor allem in Paraná, Paraíba und Pará nicht darauf verlassen, dass sich die Regierung Lula für ihre Interessen im Landkonflikt einsetzt und somit eigene paramilitärische Sicherheitsdienste zur Abwehr von Besetzungen aufstellen (Vgl. Damm 2005: 18).

Verfassung vorgegebenen rechtlichen Spielraum mittels der gesetzeswidrigen Handlung der Landbesetzung auszuschöpfen. Die Relevanz der eben genannten Bedingungen zeigte sich vor allem zwischen der ersten und der zweiten Phase. Es war beachtlich, wie die Anzahl an Landbesetzungen und die der Landenteignungen in der zweiten Phase im Vergleich zur vorigen zunahm, nachdem unter Cardoso stabile institutionelle Rahmenbedingungen und ein festes Budget für die Landreform geschaffen wurden.

Zweitens sollten Besetzungen öffentlicher Gebäude und Straßenblockaden ab Mitte der 1990er Jahre die Verhandlungsposition der MST gegenüber der Regierung stärken und somit ihren Einfluss auf die Regierungspolitik vergrößern. Wie mit den oben genannten Beispielen dargestellt wurde, konnte die MST dieses Ziel in Bezug auf die Landreformpolitik erreichen, die Landwirtschaftspolitik konnte sie dadurch allerdings nicht beeinflussen.

5.3. Die demonstrativen Aktionsformen

Demonstrative Aktionsformen haben grundsätzlich einen anderen Charakter als intermediäre oder direkt-koerzive, da sie zum einen nicht im System der institutionellen Interessenvertretung, zum anderen aber im Rahmen der Legalität stattfinden.

Laut Raschke zielen demonstrative Aktionsformen einer Bewegungsorganisation darauf ab, mittels Überzeugung die öffentliche Meinung für ihre politischen Ziele zu sensibilisieren. Wie unter 2.2.1.2. dargestellt, versteht der Autor unter öffentlicher Meinung die Meinungsführerschaft bestimmter Großgruppen in einer Gesellschaft, die ihre Meinungen über die Massenmedien (TV, Printmedien und Rundfunk) artikulieren. Für eine Bewegungsorganisation, die den Großgruppen nicht angehört, kann sich der Zugang zu den Massenmedien durch die Existenz so genannter Selektionsfilter erschweren, bzw. als unmöglich erweisen. Demonstrative Aktionsformen haben in dieser Hinsicht die Funktion, die Selektionsfilter zu passieren und die Bewegungsorganisation und ihre Forderungen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ein erster Erfolg ist erreicht, wenn über die Aktion an sich berichtet wird, ein zweiter, wenn die politischen Forderungen der Bewegungsorganisation wiedergegeben werden. Erhält die Bewegungsorganisation schließlich die Zustimmung der öffentlichen Meinung, so gewinnt sie an Legitimität. Längerfristig zielen die demonstrativen Aktionsformen darauf ab, über die öffentliche Meinung, die Willensbildung und die Entscheidungsfindung zu beeinflussen, in dem sie etwa auf das Wählerverhalten der Bürger, bzw. auf die Vermittlungsagenturen einwirken (Siehe 2.2.1.2.).

Im Folgenden soll danach gefragt werden, welchen Stellenwert demonstrative Aktionsformen für die MST seit 1985 bis heute eingenommen haben, wie die Interaktion mit den

Massenmedien verlaufen ist und ob eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für ihre Forderungen erreicht werden konnte. Die Analyse wird - parallel zur Darstellung der intermediären und der direkt-koerziven Aktionsformen - in drei Phasen eingeteilt.

5.3.1. Erste Phase (1985-1994)

In der ersten Phase war es für die MST extrem schwierig, die öffentliche Meinung über die Massenmedien auf nationaler Ebene zu erreichen, da letztere seit der Militärdiktatur durch schwer überwindbare Selektionsfilter gekennzeichnet waren, auf die zur Erläuterung an dieser Stelle kurz eingegangen werden soll.

De Souza stellt dar, dass zwischen den privaten Massenmedienunternehmen, den konservativen Teilen der brasilianischen Elite - vor allem den Großgrundbesitzern und Teilen des städtischen Unternehmertums - und dem Militär eine Allianz bestanden hat (Siehe Kpt. 3), welche sozialen Bewegungen gegenüber grundsätzlich feindlich eingestellt war. So wurden die seit Ende der 1970er Jahre sowohl im ländlichen, als auch im städtischen Raum entstehenden kollektiven Aktionen von dieser Allianz in den Massenmedien entweder nicht beachtet oder als gefährliche Organisationen, bzw. als Verfechter einer kommunistischen Revolte bezeichnet. Über die wirklichen Absichten der jungen städtischen und ländlichen sozialen Bewegungen wurde dem Autor zufolge nur marginal oder verfälscht berichtet (de Souza 2005: o.S.). Die Massenmedien dienten unter der Militärdiktatur vor allem der Kontrolle, bzw. der Ausgrenzung der Bewegungen aus der Öffentlichkeit, was durch eine starke Zensur erreicht werden konnte. Laut Costa waren die größten Zeitungsverlage durch die Militärs besetzt, so dass eine unabhängige Berichterstattung im Bereich der Printmedien praktisch nicht existierte (Costa 2002: 68). Ähnliches galt für das Fernsehen: Der größte und auf nationaler Ebene erste TV-Sender des Landes *TV Globo* entstand 1965 erst mit der Unterstützung der Militärs, die den Sender für ihre (medien-)politischen Zwecke nutzten¹²⁰ (Hammond 2004: 71). In Bezug auf die sozialen Bewegungen wurde *TV Globo* laut de Souza vor allem als Überwachungsinstrument eingesetzt. So war der Sender Ende der 1970er Jahre beispielsweise auf zahlreichen Versammlungen der streikenden Metallarbeiter in São Paulo, um das Militär mit Bild- und Hintergrundinformationen auszustatten und nicht um über die Ereignisse zu berichten (de Souza 2005: o.S.).

¹²⁰ Im Laufe der 1970er und 1980er Jahre konnte dadurch das größte Medienunternehmen des Landes unter der Leitung von Roberto Marinho entstehen, welches neben *TV Globo* auch eine der wichtigsten überregionalen Tageszeitungen *O Globo* besitzt. Aufgrund dieser Entwicklung entstand laut Hammond in Brasilien eine stark zentralisierte und monopolisierte Medienlandschaft, welche durch *Rede Globo* dominiert wird. Auf der Ebene der Bundesstaaten wird diese Struktur fortgesetzt, so dass in den Hauptstädten meist die wichtigste Zeitung und der wichtigste TV-Sender an einer Person hängen, die wiederum an *Globo* gebunden ist (Hammond 2004: 71).

Die durch die Militärregierung gestützte Vereinnahmung und Instrumentalisierung der Massenmedien durch die besagten Großgruppen hatte zur Folge, dass sich in der Öffentlichkeit - wenn überhaupt - ein negatives Bild der städtischen und ländlichen Bewegungen etabliert hatte. Erst mit dem Ende der Militärdiktatur Mitte der 1980er Jahre ergab sich für die sozialen Bewegungen die Möglichkeit, gegen die ausgrenzende Medienpolitik vorzugehen. Mit der Wiederherstellung des öffentlichen Raumes durch die Gewährung der bürgerlichen Rechte - vor allem der Meinungs- und Versammlungsfreiheit - konnten soziale Bewegungen mittels demonstrativer Aktionsformen schließlich unabhängig von den Medien in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machen (Fernandes u.a. 2002: 140).

Costa zufolge war die MST seit ihrer Gründung ein wichtiger Akteur, der mit zahlreichen demonstrativen Aktionsformen zur Erweiterung des öffentlichen Raumes beigetragen hat (Costa 2002: 76). Neben der Thematisierung der Landreform zielten die demonstrativen Aktionsformen der MST in der ersten Phase auf die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung ab. Für die Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen war die MST in den ersten Jahren nach dem Ende der Militärdiktatur sehr auf die Bildung großer Allianzen mit anderen nicht-staatlichen Organisationen aus den gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen angewiesen. Folgende zwei demonstrative Aktionen zählen für die MST zu den wichtigsten in der ersten Phase. Zum ersten engagierte sich die MST im Zuge ihrer offiziellen Gründung im Jahr 1985 gemeinsam mit der CPT, der PT und der CUT intensiv um die Einführung von direkten Präsidentschaftswahlen. Unter dem Slogan „*Diretas já*“ (zu Deutsch: Direktwahlen sofort) nahm die MST hauptsächlich in urbanen Industriegebieten wie São Paulo an einer großen demonstrativen Kampagne teil, die sich öffentlich für ein Ende der Militärdiktatur und die Wiedereinführung der Bürgerrechte aussprach. Die MST übernahm hier die wesentliche Aufgabe, Teile der ländlichen Bevölkerung für die Demonstrationen zu mobilisieren. Die Kampagne führte jedoch nur teilweise zum gewünschten Ziel. So kam es zwar zu einem Ende der Militärdiktatur, freie und direkte Präsidentschaftswahlen fanden dagegen aber erst im Jahr 1989 statt (Serrano/Jerez 1991: 48).

Zum zweiten gründete die MST im Rahmen der Verfassungsgebenden Versammlung (1987/1988) gemeinsam mit anderen Organisationen die Nationale Kampagne für die Landreform (Siehe 5.1.1.). Durch demonstrative Aktionen versuchte die Kampagne die Öffentlichkeit zu einer aktiven Unterstützung für ein Volksbegehren zu bewegen, mit dem eine umfassende Neuordnung der Bodenbesitzstruktur in der Verfassung verankert werden sollte. Die Kampagne erwies sich als äußerst effektiv, was die Gewinnung an Unterstützern

für das Referendum anbelangte, dennoch war ihr Druckpotential nicht ausreichend, um eine Zustimmung des Kongresses für das Referendum zu erlangen. Trotz der begrenzten politischen Erfolge fielen die demonstrativen Aktionen für die MST insofern positiv aus, als dass sie dadurch an Bekanntheit in der Öffentlichkeit gewann (Bröckelmann-Simon 1994: 265). Gohn weist in dieser Hinsicht allerdings darauf hin, dass es der MST erst ab Mitte der 1990er Jahre gelingen sollte, ihr Bild als radikale Bewegung in der Öffentlichkeit abzulegen (Gohn 1997: 160).

5.3.2. Zweite Phase (1995-2002)

Nach den bereits erwähnten tödlichen Zusammenstößen mit der Polizei im Zusammenhang mit den Besetzungen in Corumbiara (1995) und Eldorado dos Carajás (1996) trat die MST in eine medienpolitische Offensive. Mit dem Ziel einer Isolierung in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken und die städtische Bevölkerung über die politischen Forderungen der MST aufzuklären, wurden große demonstrative Veranstaltungen organisiert (Konder 2001: 109 ff.). Als wichtigstes Ereignis ist in dieser Hinsicht der erste nationale Marsch für die Landreform im Jahr 1997 zu nennen, der genau ein Jahr nach dem Vorfall in Carajás stattfand. In diesem Zusammenhang mobilisierte die MST 1.300 Landlose für einen Marsch von drei unterschiedlichen Stellen des Landes aus auf die Hauptstadt Brasilia zu. Der Marsch endete mit einer Abschlussdemonstration, an der über 100.000 Menschen teilnahmen¹²¹.

Anders als in der ersten Phase schaffte es die MST durch die medienpolitische Offensive zum ersten Mal, die Selektionsfilter der Massenmedien so zu passieren, dass die Berichterstattung zum Teil zu ihren Gunsten ausfiel. In Bezug auf die Printmedien stellt Konder fest, dass die wichtigsten überregionalen Tageszeitungen des Landes (*Folha de São Paulo*, *O Estado de São Paulo*, *Jornal do Brasil* und *O Globo*) die MST seit jener Zeit als politischen Akteur auf nationaler Ebene anerkannt hatten. In allen vier Zeitungen wurde die MST seit 1995 zunehmend erwähnt, wenn zum Thema Landreform geschrieben wurde. Im Jahr 1997, als der erste Marsch auf die Hauptstadt Brasilia stattfand, erkennt Konder einen Höhepunkt der Berichterstattung zur MST, und ab 1998 wurde bereits mehr über die MST als über die CUT und den CONTAG berichtet. Konder führt die verstärkte Präsenz der MST in den Printmedien auf zwei Gründe zurück. Zum einen zeichneten sich die demonstrativen Aktionsformen der MST seit der zweiten Phase durch ihren Massencharakter aus. Aktionen mit der Größenordnung der Abschlussdemonstration vor dem Nationalkongress in Brasilia im Jahr 1997 (s.o.) waren nach Ende der Militärdiktatur erstmalig. Dadurch zog die MST ein großes

¹²¹ <http://jbonline.terra.com.br/jb/papel/brasil/2005/05/02/jorbra20050502003.html>

Interesse auf sich, da in der Öffentlichkeit zum ersten Mal sichtbar wurde, wer die Mitglieder, bzw. die Unterstützer der Bewegungsorganisation waren. Zum anderen waren die Printmedien aber auch in der zweiten Phase noch stark durch die Interessen der Großgrundbesitzer dominiert. Da sich diese durch die direkt-koerziven Aktionen der MST grundsätzlich bedroht fühlten, wurde in den konservativen Printmedien wie *O Estado de São Paulo* und *O Globo* zwar viel, dennoch tendenziell negativ über die Demonstrationen der MST berichtet (ebd.).

Die MST gewann auch über das Fernsehen an Präsenz in der Öffentlichkeit, was maßgeblich auf die im Jahr 1996 über den Sender *TV Globo* ausgestrahlte Serie „*O rei do gado*“ (zu Deutsch: Der König der Rinder) zurückzuführen war. In dieser *Telenovela* war das zentrale Thema der Landkonflikt zwischen Großgrundbesitzern und landlosen Landarbeitern. Die MST erhielt in der fiktiven Darstellung die Rolle des Verteidigers der unterdrückten Landlosen, was ihr laut Calle in der brasilianischen Öffentlichkeit eine enorme Unterstützung und Legitimität einbrachte, zumal es in derselben Zeit zu den erwähnten tödlichen Zusammenstößen in Corumbiara und Carajás kam (Calle 2002: 48) (Siehe 5.1.2.2.). Umfragen aus dieser Zeit bestätigen diese Annahme: Sahen im Jahr 1995 nur 50% der Befragten die Forderungen der MST und ihre Aktionsformen als gerechtfertigt an, so stieg diese Zahl im Jahr 1997 auf 77% (Konder 2000: 116). Eine Umfrage des Brasilianischen Instituts für Meinungsumfragen IBOPE¹²² aus dem Jahr 1997 ergab sogar, dass 85% aller Befragten die Landbesetzungspolitik der MST für richtig hielten, soweit diese gewaltlos durchgeführt würde (Hammond 2004: 73).

Als Reaktion auf den hohen Zuspruch der Öffentlichkeit und die gleichzeitige Steigerung des Drohpotentials der MST im Zuge der Besetzungswelle der öffentlichen Gebäude im Jahr 2000 (Siehe 5.2.3.2.), kam es laut Calle und Calcagnotto/Gottwald unter Einfluss der Regierung Cardoso zu einer „konservativen Gegenoffensive“ über die Massenmedien (Calle 2002: 48 ff.; Calcagnotto/Gottwald 2003: 104 ff.). Calle zufolge soll es in dieser Hinsicht zu einer engen Kooperation zwischen der Regierung Cardoso und unterschiedlichen Printmedien, wie etwa der Zeitschrift *Veja* mit dem Ziel gekommen sein, die MST in der Öffentlichkeit zu delegitimieren. Demnach sollte die MST in der Öffentlichkeit als eine radikale und gefährliche Organisation dargestellt werden, deren Ziel es sei, die Regierung zu stürzen und das Land in einen Ausnahmezustand zu versetzen. Laut dem Autor war das eben an der Zeitschrift *Veja* zu belegen. Der Minister des Sekretariats für Kommunikation unter Cardoso soll im Zusammenhang mit der besagten Besetzungswelle die Herausgeber der Zeitschrift *Veja* persönlich zu einer Verteidigung der verhärteten Regierungsposition gegenüber der MST

¹²² Instituto Brasileiro de Opinião Pública e Estatística

aufgefordert haben (ebd.). Daraufhin brachte die *Veja* mehrere Berichte über die MST heraus, in welchen sie deren Radikalität deutlich hervorhob. Das Mitglied der MST-Nationaldirektion Stédile reagierte auf die Berichte der *Veja* mit einer Klage, da diese seiner Meinung nach Informationen verfälscht wiedergab, um dem Ansehen der MST in der Öffentlichkeit zu schaden. Stédiles Vermutung wurde durch das Gericht bekräftigt. Er erhielt Recht und der *Veja* wurde eine Entschädigung von 200 Mindestlöhnen auferlegt (de Souza 2005: o.S.).

Laut Calcagnotto/Gottwald unterstützten vor allem der TV Sender *Globo* und in der Zeitung *Estado de São Paulo* den verhärteten Regierungskurs, in dem sie die MST als eine mafïöse Organisation darstellten, die sich durch die illegale Einnahme öffentlicher Gelder am Leben hielt. In diesem Zusammenhang wurde in Bezug auf die MST im Jahr 2000 hauptsächlich darüber berichtet, dass sie für die Landreformsiedlungen bestimmte öffentliche Gelder einnahm, in dem sie ihre Mitglieder dazu zwang, einen Anteil zwischen 3 % und 5 % der ihnen zustehenden staatlichen Kredite an die Bewegungsorganisation abzugeben. Verschwiegen wurde aber meist, dass diese Form der Geldeinnahme bei der MST Gang und Gebe war und bis dahin durch die Regierung auch geduldet worden war. Aufgrund dieser Politik soll die Unterstützung der Öffentlichkeit für die MST auf 50 % gesunken sein (Calcagnotto/Gottwald 2003: 105).

Auch aus Sicht der MST wurde von einer solchen medialen Offensive ausgegangen (Stédile 2002: 98). Um dieser entgegen zu wirken, konzentrierte sich die MST – ähnlich wie in der ersten Phase – wieder auf die Allianzbildung mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und organisierte große demonstrative Aktionen. Am deutlichsten wird diese Entwicklung durch die intensive Mitarbeit der seit dem Jahr 2001 jährlich stattfindenden Weltsozialforen¹²³. Die Sozialforen ergaben sich als ideale Plattform, auf welcher die MST über ihre Ziele informieren konnte, und sich gleichzeitig einer starken Medienpräsenz sicher war. Außerdem bemühte sich die MST seit dem Jahr 2000 verstärkt um eine von den kommerziellen Massenmedien unabhängige Berichterstattung. Die wöchentlich erscheinende „Zeitung der Erde“ (*Jornal da Terra*), die vier Mal im Jahr erscheinende „Zeitschrift ohne Land“ (*Revista sem Terra*), die eigene Radiosendung „Stimmen des Landes“ (*Vozes da Terra*) und schließlich die eigene Website¹²⁴ - auf der Informationen über die Bewegung in

¹²³Als Gegenveranstaltung zum *World Economic Forum* in Davos organisierten die Redaktionsleitung der Zeitung *Le Monde Diplomatique*, das Bewegungsnetzwerk Attac und die *Via Campesina* unter vielen anderen Organisationen im Jahr 2001 das erste Weltsozialforum in Porto Alegre, auf welchem sich soziale Bewegungen aus der ganzen Welt treffen könnten, um politische Ansichten auszutauschen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Eines der Hauptthemen für diese Organisationen ist die Einschränkung „neoliberaler“ Reformen. Weitere Informationen unter www.forumsocialmundial.org.br.

¹²⁴ www.mst.org.br

Portugiesisch und weiteren sieben Sprachen¹²⁵ abgerufen werden können - dienen und dienen diesem Zweck. Schließlich arbeitete die MST intensiv mit von der Regierung unabhängigen Informationsorganen bestimmter Institutionen zusammen, wie etwa mit der Kommission für Landpastoral CPT, dem Gewerkschaftsdachverband CUT und dem Informationsdienst *Indy Media*.

5.3.3. Dritte Phase (2003-2005)

Unter der Regierung Lula war parallel zum Beginn der Besetzungswelle des „Roten Aprils“ im Jahr 2003 auch eine Verstärkung der demonstrativen Aktionsformen zu erkennen. Im Zusammenhang mit der gemeinsamen Ausarbeitung des zweiten Nationalen Landreformplans (Siehe 5.1.2.3.), führte die MST im November 2003 ihren zweiten nationalen Marsch für die Landreform nach Brasilia durch¹²⁶. Diese Großdemonstration sollte Druck auf Lula ausüben, damit er einerseits den bereits fertig gestellten Landreformplan zügig verabschieden und außerdem die festgesetzten Ziele in der Öffentlichkeit vortragen sollte. Falls diese Ziele nicht erreicht würden, müsste sich die Regierung - so die MST - sowohl ihr gegenüber als auch gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen. Somit war zu erkennen, dass die MST die Landreform in der Öffentlichkeit als ein Interesse der Allgemeinheit etablieren wollte, wie folgendes Zitat Stédiles unterstreicht: *„Wir erwarten, dass die Regierung die uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und öffentlichen Ankündigungen einhält. Wir haben eine politische Vereinbarung mit der Regierung gemacht, in welcher sie anerkennt, dass sie in der Schuld der Sem-Terras und des brasilianischen Volkes steht“*¹²⁷.

Wie unter Punkt 5.1.2.3. beschrieben kam es im Jahr 2004 zu erheblichen Haushaltskürzungen, die eine Erfüllung des Landreformplans unmöglich machten. Die MST forderte von der Regierung, dass man in direkten Gesprächen über die Entwicklung der Landreform und eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik verhandeln solle, worauf Lula allerdings nicht einging. Erst durch die Durchführung des dritten nationalen Marsches für die Landreform im Mai 2005 kam es schließlich zu dem geforderten persönlichen Gespräch mit dem Präsidenten wie auch mit zahlreichen Ministern. Auffällig war die hohe Anzahl an Menschen, die von der MST für diesen Zweck mobilisiert wurden. Mit 12.000 Personen übertraf dieser Marsch bei Weitem den Umfang der vorigen, an denen circa 1.000 Menschen teilgenommen hatten. Dadurch sicherte sich die MST einmal mehr die Aufmerksamkeit der wichtigsten Massenmedien und der Öffentlichkeit, die laut Stédile erkennen sollte, dass auch

¹²⁵Die brasilianische Homepage ist mit Seiten des MST-Freundeskreises in sieben Ländern verlinkt, die in Englisch, Spanisch, Deutsch, Französisch, Italienisch, Niederländisch und Schwedisch zur MST informieren.

¹²⁶www.estadao.com.br/parceiro/click21/noticias/2003/nov/09/52.htm

¹²⁷www.infoterra.ch/artdet.php?nummer=57&thema=1

unter einer PT-Regierung die Landreform nicht erheblich vorangekommen sei und ein Ende des Landkonflikts vorerst nicht in Aussicht stünde. Ihm zufolge hatte der dritte nationale Marsch auch das Ziel, in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik des Landes einzuleiten¹²⁸.

In Bezug auf die Haltung der Massenmedien gegenüber der MST ist in der dritten Phase allerdings davon auszugehen, dass die Berichterstattung vielseitiger geworden ist. Laut Carter wurde die MST zwar auch unter der Regierung Lula weiterhin in wichtigen Massenmedien wie etwa in der Zeitschrift *Veja* delegitimiert (Carter 2005: 23). Nichtsdestotrotz konnte bisher keine direkte Verbindung zwischen der Regierung Lula und den Massenmedien festgestellt werden. Des Weiteren ist zu beobachten, dass sich die MST auch darum bemüht, in der Öffentlichkeit mit neuen Themen in Verbindung gebracht zu werden. Gemeinsam mit anderen nationalen und internationalen Organisationen führte die MST zahlreiche Kampagnen durch, von denen - neben vielen anderen - etwa die Kampagne gegen den Vertrieb genmanipulierten Saatguts, die Kampagne zur Verkleinerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes oder die Kampagne gegen den Besitz von Schusswaffen zu nennen sind. Somit wurde die MST in der Öffentlichkeit immer weniger mit den konkreten Landbesetzungen, und dafür zunehmend mit Themen in Verbindung gebracht, die als allgemeine Anliegen der Gesellschaft angesehen werden können¹²⁹.

5.3.4. Fazit zu den demonstrativen Aktionsformen

Wie an der Darstellung der drei Phasen zu erkennen ist, griff die MST grundsätzlich auf demonstrative Aktionsformen zurück. In der ersten Phase dienten sie vorerst einmal dazu, die Landreform in der sich neu herausbildenden Öffentlichkeit zu thematisieren. In der zweiten Phase lag das Ziel darin, das negative Bild, bzw. die Unkenntnis über die MST in der städtischen Öffentlichkeit durch ein positives Bild zu ersetzen, und in der dritten Phase zielten diese schließlich darauf ab, einen öffentlichen Rückhalt für den Dialog mit der Regierung Lula zu gewinnen.

Die Interaktion mit den Massenmedien erwies sich für die MST als ein sehr ambivalentes Spiel, da sie mit starken Selektionsfiltern konfrontiert war, die ihr den Zugang zur öffentlichen Meinung sowohl versperren als auch ermöglichen konnten. Zum einen konnte die MST über die Medien zwar bis 1995 an Bekanntheit und zwischen 1997 und 2000 an Zuspruch der Bevölkerung für ihre Forderungen und ihre direkt-koerziven Aktionsformen gewinnen, wie Meinungsumfragen deutlich machten. Dadurch erhielt die MST eine vorher

¹²⁸ www.infoterra.ch/artdet.php?nummer=57&thema=1

¹²⁹ www.mst.org.br/campanha/impunidade/impunidade.html

nicht vorhandene Legitimität, die sie laut Konder in der Öffentlichkeit zum wichtigsten Interessenvertreter der Landlosen und Kleinbauern im Landkonflikt machte (Konder 2001: 110). Auf der anderen Seite zeigte sich - laut Calle und Calcagnotto/Gottwald (s.o.) - jedoch auch, dass wichtige Träger der Massenmedien ab dem Jahr 1999 von Seiten der Regierung Cardoso gegen die MST instrumentalisiert werden konnten, so dass die MST in der Öffentlichkeit als eine kriminelle Vereinigung dargestellt wurde, deren angebliches Ziel der Sturz der Regierung, bzw. die illegale Aneignung staatlicher Mittel sei. Wie im Jahr 2000 zu beobachten war, führte die negative Darstellung der MST in den Medien, bzw. deren Missachtung zu einem starken Verlust an Zuspruch. Durch die nationalen Märsche für die Landreform in den Jahren 2003 und 2005 konnte die Isolierungspolitik dennoch wieder aufgehoben werden. Abschließend ist festzuhalten, dass die MST in den drei Phasen zunehmend erreicht hat, die Selektionsfilter der wichtigsten Massenmedien zu durchdringen und somit vor allem im städtischen Raum ein Bewusstsein für den Landkonflikt zu schaffen (Navarro 2001).

5.4. Die sich aus den Aktionsformen ergebende Aktionsstrategie der MST

Die Analyse der Aktionsformen sollte die Frage beantworten, ob die MST nach dem Modell von Raschke im Zeitraum von 1985 bis 2005 eine institutionelle, eine anti-institutionelle oder eine mehr-dimensionale Aktionsstrategie gewählt hatte, um ihre politischen Ziele zu artikulieren. Von einer Institutionalisierung einer Bewegungsorganisation ist nach dem Modell dann auszugehen, wenn diese eine institutionelle Aktionsstrategie wählt, wobei sie dann lediglich für intermediäre, bzw. demonstrative Aktionsformen optiert. Von einer Institutionalisierung ist im Gegensatz dazu nicht auszugehen, wenn sich eine Bewegungsorganisation für eine anti-institutionelle Aktionsstrategie entscheidet, intermediäre Aktionsformen ablehnt und lediglich direkt-koerzive und demonstrative Aktionsformen akzeptiert. Im Rahmen der mehr-dimensionalen Aktionsstrategie kann eine Bewegungsorganisation flexibel zwischen intermediären, direkt-koerziven und/oder demonstrativen Aktionsformen wählen. Somit kann sie sich als Partei oder als Interessenverband in das politische System integrieren oder auch die Mobilisierung der Mitglieder für demonstrative und/oder direkt-koerzive Aktionsformen organisieren (Siehe 2.2.1.1.).

Um die Aktionsstrategie der MST zu definieren wurde in den drei Zeitabschnitten (a) 1985-1994, (b) 1995-2002 und (c) 2003-2005 untersucht, ob diese seit ihrer Gründung im Jahr 1985

bis 2005 auf intermediäre, direkt-koerzive und auf demonstrative Aktionsformen zurückgegriffen hat. Diesbezüglich stellten sich folgende drei Entwicklungen heraus:

Zum einen war zu beobachten, dass alle der soeben genannten Aktionsformen einen festen Platz im Aktionsrepertoire der MST einnehmen. Die **direkt-koerziven Aktionen**, bzw. die Landbesetzungen sind im Grunde als die Ur-Aktionsform der MST anzuerkennen, welche für die Verwirklichung des kurzfristigen Ziels der Landgewinnung mit jeder Phase stärker wurden. Die Besetzungen öffentlicher Gebäude und Straßenblockaden kamen ab der zweiten Phase hinzu, zielten im Gegensatz zu den Landesetzungen jedoch eher darauf ab, die Landreform- und Landwirtschaftspolitik der Regierung zu beeinflussen. Sowohl die Landbesetzungen als auch die Besetzungen im öffentlichen Raum nahmen im Laufe der drei Phasen stark zu. Ähnlich verhielt es sich mit den **demonstrativen Aktionsformen**, die mit jeder Phase enorm an Umfang gewannen. Auffallend war hier der Massencharakter, der sowohl die Demonstrationen als auch die nationalen Märsche für die Landreform ab der zweiten Phase prägte. Schließlich nahmen auch die **intermediären Aktionsformen** in allen drei Phasen zu, jedoch variierte deren Intensität in Bezug auf das jeweilige *Target*: Während diese gegenüber der Legislative in der ersten Phase sehr ausgeprägt waren, waren sie gegenüber der Exekutive sehr schwach. Ab der zweiten Phase nahmen dann die intermediären Aktionsformen gegenüber der Legislative ab, während sie gegenüber der Exekutive stärker wurden. Die Zunahme an intermediären Aktionsformen gegenüber der Exekutive ab der zweiten Phase hing im Wesentlichen damit zusammen, dass die Exekutive, bzw. der Präsident nach der Verfassungsgebenden Versammlung (1987/1988) im Wesentlichen für die Regelung der Landfrage zuständig war, und somit zum Hauptadressaten für die MST wurde. Schließlich konnte der Präsident (a) aufgrund seiner Dekret-Macht das kurzfristige Ziel der Landenteignung verwirklichen, (b) die institutionellen Rahmenbedingungen für eine begrenzte Landreform schaffen, (c) staatliche Ressourcen für Kredit- und Subventionsprogramme zuweisen und (d) die nationale Landwirtschaftspolitik maßgeblich steuern. Abbildung 10 stellt die Entwicklung der Aktionsformen der MST in groben Zügen dar.

Zum zweiten war zu erkennen, dass alle drei Aktionsformen miteinander verzahnt sind. So ergab sich etwa die Entfaltung der intermediären Aktionsformen gegenüber der Exekutive in allen drei Phasen nur durch den Druck der direkt-koerziven und demonstrativen Aktionsformen. Diesbezüglich ergab sich innerhalb der MST eine Rollenaufteilung zwischen der National- und der Landesdirektionen: Während sich die Landesdirektionen auf die Mobilisierung für die Land- und Behördenbesetzungen konzentrierten, trat die

Nationaldirektion zunehmend als Interessenvertreter der unteren Ebenen, bzw. der Basis auf, um mit der Exekutive in Verhandlungen zu treten. Somit nahm die MST zwar Eigenschaften eines Interessenverbandes an, durch den Rückgriff auf die demonstrativen und direkt-koerziven Aktionsformen verlor sie ihren Charakter als Bewegungsorganisation jedoch nicht. **Zum dritten** zeigte sich, dass ein Erfolg aller drei Aktionsformen im Wesentlichen von der persönlichen Prädisposition des jeweiligen Präsidenten abhängig gewesen ist. So führte erst das Engagement Cardosos zur Schaffung stabiler institutioneller Rahmenbedingungen, so dass die MST zum ersten Mal festen Verhandlungspartnern auf der Seite der Exekutive gegenüberstand, die wiederum mit ausreichenden Befugnissen und finanziellen Ressourcen ausgestattet waren, um auf ihre kurz- und mittelfristigen Forderungen einzugehen. Lula ermöglichte darüber hinaus, dass sich die MST zum ersten Mal kurzfristig an der Formulierung der Regierungspolitik beteiligen und sogar Regierungsaufgaben wie die Ausführung von Erziehungs- und Gesundheitsprogrammen in Zusammenarbeit mit der Regierung übernehmen konnte, was bereits - nach Carter - als *ad hoc societal corporatism* bezeichnet wurde (Siehe 5.1.3.).

Abb. 10: Entwicklung der Aktionsformen der MST in drei Phasen (1985–2005)

	Intermediär (Legislative)	Intermediär (Exekutive)	Demonstrativ	Direkt-koerziv
1. Phase (1985-1994)	Stark: Versuch einer Verfassungsänderung , Wahlunterstützung der PT als Sprachrohr im Parlament	Schwach: Institutionelle Instabilität, keine starke Bindung an die Exekutive	Stark: In Allianz mit anderen Organisationen	Stark: Landbesetzungen
2. Phase (1995-2002)	Schwach: Wahlunterstützung der PT als Sprachrohr im Parlament	Stark: Auf der Ebene der Ministerien und Behörden	Stark: Massencharakter	Stark: Landbesetzungen, Besetzungen öffentlicher Behörden und Straßenblockaden
3. Phase (2003-2005)	Schwach:	Stark: Auf der Ebene des	Stark: Massencharakter	Stark:

	Wahlunterstützung der PT als Sprachrohr im Parlament	Präsidenten, der Ministerien und Behörden	Landbesetzungen, Besetzungen öffentlicher Behörden und Straßenblockaden
--	--	---	---

Eigene Aufstellung

Dass die MST für den Erfolg ihrer Aktionsformen so stark auf die Person des Präsidenten angewiesen ist, deutet auf einen sehr begrenzten institutionellen Zugang zum politischen System und - wie bereits unter 5.1.3. beschrieben - auf ein Abhängigkeitsverhältnis hin. Letzteres erinnert an die im Kapitel 3 dargestellte traditionelle klientelistische Beziehung zwischen Landarbeitern und Großgrundbesitzern, welche sich nun in ihrer modernen Variante zeigt (Siehe 3.1.). Im Unterschied zum traditionellen Klientelismus stehen sich nach Mainwaring im modernen Klientelismus ein professioneller Politiker einer bestimmten Interessengruppe oder einer Gruppe von Bürgern (*citizens*) gegenüber. Das Tauschverhältnis besteht daraus, dass der Patron seiner Klientel staatliche Ressourcen, bzw. Dienstleistungen sichert, und im Gegenzug - etwa durch Wählerstimmen - politische Loyalität erhält. Allerdings ist die moderne Klientel im Vergleich zur traditionellen wesentlich freier, wenn es darum geht dem Patron ihre Loyalität zu entziehen oder Forderungen zu stellen (Mainwaring 1999: 179). Boeckh weist darauf hin, dass sogar die Exekutive die Rolle eines solchen Patrons einnehmen kann, so dass es zu einer so genannten Verstaatlichung des Klientelismus kommt (Boeckh 2002a: 10). Betrachtet man nun das Verhältnis zwischen der MST und der Exekutive ab der zweiten Phase, so fällt auf, dass es sich in beiden Fällen um ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen zwei ungleichen Partnern handelt, wobei der Präsident im Grunde die Rolle des Patrons annimmt, der den Klienten MST mit staatlichen Ressourcen und Dienstleistungen versorgt. Dem modernen Klientelismus entsprechend ist die MST ihrem Patron jedoch nicht schutzlos ausgeliefert, sondern kann diesen – und das ist in der dritten Phase unter Lula besonders deutlich geworden – mit dem Entzug der Loyalität in Form der Wahlunterstützung stärker denn je unter Druck setzen.

Im anschließenden Kapitel wendet sich die Aufmerksamkeit dieser Arbeit nun der Institutionalisierungsbestrebungen der MST auf der internationalen Ebene zu.

6. Die Institutionalisierung der MST auf der internationalen Ebene

Bisher wurde analysiert, ob sich die MST auf der nationalen Ebene institutionalisiert hat. In diesem Kapitel steht zur Debatte, ob auf der internationalen Ebene eine Institutionalisierung der MST festgestellt werden kann. Im theoretischen Kapitel wurde dargestellt, dass sich soziale Bewegungen aus unterschiedlichen Nationalstaaten zu einer transnationalen sozialen Bewegung (TSB) zusammenschließen können und sich diese TSB wiederum auf der internationalen Ebene institutionalisieren kann. Somit institutionalisiert sich eine soziale Bewegung im internationalen System nicht als einzelne Bewegungsorganisation wie auf der nationalen Ebene, sondern im Zusammenschluss mit Bewegungsorganisationen aus anderen Ländern. Der Prozess der Institutionalisierung kann sich im Rahmen der *cross-level-interaction* zwischen einer TSB und einer internationalen Organisation ergeben, was mit dem *Insider/Outsider*-Modell von Korzeniewicz/Smith dargestellt werden soll (Siehe 2.3.1.). Diesem Modell zufolge kommt es dann zur Institutionalisierung der TSB auf der internationalen Ebene, wenn diese gegenüber einer internationalen Organisation die Rolle eines *Insiders* annimmt. Mit der Rolle des *Outsiders* wählt eine TSB hingegen den nicht-institutionellen Weg.

Im Folgenden wird erstens analysiert, wie der politische Aktionsraum der MST durch ihre Mitgliedschaft in unterschiedlichen TSB von der nationalen auf die internationale Ebene expandiert ist. Anhand des Beispiels der größten transnationalen Landarbeiterbewegung der Welt - der *Vía Campesina* - soll zweitens untersucht werden, ob sich die MST über ihre Mitgliedschaft auf der internationalen Ebene institutionalisiert hat. Drittens fragt sich, welche Vorteile sich für die MST aus der Zusammenarbeit mit der *Vía Campesina* sowohl auf der internationalen als auch auf der nationalen Ebene ergaben und schließlich viertens, ob die internationale Ebene für die MST als Aktionsraum wichtiger geworden ist, als die nationale.

6.1. Die MST und die Expansion des politischen Aktionsraums

In Anbetracht der Aussichtslosigkeit auf der nationalen Ebene, (1) die aus ihrer Sicht „neoliberale“ Wende aufzuhalten, (2) eine umfassende Landreform zu erreichen und (3) über den institutionellen Weg Einfluss auf das politische System auszuüben, verstärkte die MST seit Mitte der 1990er Jahre den Kontakt zu sozialen Bewegungen anderer Länder. In dieser Hinsicht partizipierte die MST in unterschiedlichen TSB, in der Hoffnung über diese zusätzlichen Druck auf die nationale Politik und auf bestimmte internationale Organisationen ausüben zu können¹³⁰.

Die transnationalen Zusammenschlüsse der MST erfolgten auf drei Ebenen: Auf der ersten, der regionalen Ebene, schloss sich die MST im Jahr 1994 mit anderen lateinamerikanischen Landarbeiterbewegungen zur Koordinierungsgruppe *Coordinadora Latinoamericana de Organizaciones del campo* (CLOC)¹³¹ mit dem Ziel zusammen, regionale Aktionen gegen die Liberalisierung der nationalen Agrarmärkte in Lateinamerika aufeinander abzustimmen. Auf einer zweiten, der kontinentalen Ebene verbündete sich die MST im Jahr 1999 mit sozialen Bewegungen aus Nord-, Zentral- und Südamerika in der *Alianza Social Continental* (ASC)¹³², um ein Zustandekommen der Gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA¹³³ durch demonstrative Aktionen zu verhindern. Schließlich kam es auf einer dritten, der globalen Ebene, bereits Anfang der 1990er Jahre zur Gründung der transnationalen Landarbeiterbewegung *Vía Campesina*. Am Beispiel der *Vía Campesina* soll die Institutionalisierung der MST auf der internationalen Ebene im Folgenden untersucht werden. Die CLOC und die ASC werden in dieser Hinsicht nicht in Betracht gezogen, da sie eine institutionalisierte Interaktion mit internationalen Organisationen grundsätzlich ablehnen.

6.2. *Vía Campesina*

Die *Vía Campesina* ist nach der im Jahre 1946 gegründeten *International Federation of Agricultural Producers* (IFAP) die älteste ländliche TSB der Welt. Sie ist ein Zusammenschluss zahlreicher ländlicher sozialer Bewegungen aus mehr als 40 Ländern und wurde 1993 in Mons (Belgien) gegründet (Borras 2004: 4). Ihre Vorgeschichte begann allerdings bereits im Jahr 1992, als der Nationale Verband der Landarbeiter und Viehzüchter

¹³⁰ Der Wille der MST, auf der internationalen Ebene aktiv zu werden, war an sich bereits Ende der 1980er Jahre zu beobachten, als es zur Einrichtung des Sektors für internationale Beziehungen und eines Sekretariats mit etwa 50 Mitarbeitern kam (Vgl. www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u54996.shtml).

¹³¹ <http://movimientos.org/cloc/>

¹³² www.asc-hsa.org

¹³³ *Área de Livre Comércio das Américas*

UNAG¹³⁴ aus Nicaragua, Bauernorganisationen aus Zentral-, Nord- und Südamerika, wie auch aus Europa, zu ihrem zweiten Kongress einlud, welcher mit der Deklaration von Managua abgeschlossen wurde. Der zentrale Punkt in dieser Deklaration war die Auseinandersetzung mit dem Thema Liberalisierung der Landwirtschaft, über welches im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens¹³⁵ (*General Agreement on Tariffs and Trade*) verhandelt wurde. Das GATT stellte für die Landarbeiterorganisationen eine Bedrohung dar, da der Sektor Landwirtschaft in der Uruguay-Verhandlungsrunde (1986-1994) seinen Sonderstatus als geschützter Ausnahmereich in der Weltwirtschaft verlor (Windfuhr 1997: 24)¹³⁶. Der Kongress in Managua beschloss, dass der Entwicklung einer weltweiten Liberalisierung der Landwirtschaft nur durch eine global agierende TSB effektiv entgegengewirkt werden könnte, was schließlich zur Gründung der *Vía Campesina* führte¹³⁷. Die MST engagierte sich in dieser TSB vor allem als Reaktion auf den Beitritt Brasiliens zur WTO im Jahre 1995 und der Bereitschaft Cardoso im Rahmen der Uruguay-Runde die Liberalisierung des brasilianischen Landwirtschaftssektors zu intensivieren (Siehe 5.1.2.2.).

6.2.1. Ziele und Forderungen der *Vía Campesina*

Die *Vía Campesina* versteht sich - wie auch die MST - als Vertreterin eines vom Staat geschützten und binnensorientierten Entwicklungsmodells für die Landwirtschaft, welches die familiäre Landwirtschaft fördert. Sie geht davon aus, dass die zunehmende Liberalisierung der Landwirtschaft - die seit den 1980er Jahren als Teil der „neoliberalen“ Reformen sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern extrem gefördert wird - zur Zerstörung der Existenzgrundlage der Bauernwirtschaft führt¹³⁸. Der *Vía Campesina* zufolge bringe die Liberalisierung der Landwirtschaft folgende Konsequenzen mit sich: Erstens die Dominanz der großen (nationalen oder internationalen) gegenüber den kleinen und mittleren (nationalen) Landwirtschaftsbetrieben, zweitens eine erhöhte Konzentration der großen landwirtschaftlichen Betriebe in der Hand weniger privater Eigentümer und drittens die Verarmung der Mehrheit der Landbevölkerung durch fehlende staatliche Unterstützung, bzw. durch einen erhöhten Konkurrenzdruck. Zudem hätten viele Entwicklungsländer im Gegensatz zu den Industrienationen weniger Möglichkeiten, sich den „neoliberalen“

¹³⁴ *Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos*

¹³⁵ Aus dem GATT entstand zum 1.1.1995 die Welthandelsorganisation, im Englischen *World Trade Organization* (WTO).

¹³⁶ Zu genaueren Informationen zum Agrarhandelsabkommen siehe Windfuhr 1997: 26ff.

¹³⁷ Von weltweit mehr als 100 ländlichen soziale Bewegungen gehören heute aus Brasilien die MST wie auch die MPA, die MAB, die Kommission für Landpastoral CPT und die Bewegung der Landarbeiterinnen MMC zur *Vía Campesina* (Vgl. www.viacampesina.org/article.php3?id_article=106).

¹³⁸ www.jornada.unam.mx/2003/oct03/031004/019a1pol.php?origen=opinion.php&fly=1

Reformen zu entziehen, denn die Liberalisierung ihrer Agrarmärkte würde im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen vorangetrieben, welche an internationale Kredite der internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank (WB) oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gekoppelt seien (Siqueira u.a. 2003: 850 ff.). Es ist somit festzustellen, dass die *Vía Campesina* in dieser Hinsicht denselben Diskurs wie auch die MST führt, in dem sie die an die Kredite der WB und des IWF gekoppelten Strukturanpassungsmaßnahmen, genauso aber auch die Liberalisierung des Landwirtschaftsektors und die Privatisierung staatlicher Betriebe, als „neoliberale“ Reformen bezeichnet und verurteilt.

Als Reaktion auf die „neoliberalen“ Strukturreformen in der Landwirtschaft stellt die *Vía Campesina* gegenüber internationalen Organisationen und Nationalregierungen folgende Forderungen: (1) Einschränkung der Freihandelsabkommen im Rahmen der WTO, welche lediglich dazu dienen, großen (multi- oder transnationalen) Landwirtschaftsbetrieben neue Handelsmärkte zu erschließen, (2) Entmachtung internationaler Finanzinstitutionen wie des IWF und der WB, welche als die stärksten Vertreter und Verursacher des „neoliberalen“ Reformkurses in den meisten Entwicklungsländern angesehen werden, (3) Förderung der kleinen Landwirtschaft und Durchführung einer Landreform durch den Staat wie auch (4) Verabschiedung eines internationalen Abkommens zur Unterbindung gentechnisch manipulierten Saatguts (Borras 2004: 14).

6.2.2. Der internationale Aktionsraum der *Vía Campesina*

Seit ihrer Gründungskonferenz im Jahr 1993 standen die wichtigsten internationalen Organisationen als *Targets* bereits fest, auf welche die *Vía Campesina* Einfluss ausüben wollte. Auf der einen Seite wurden die dem ECOSOC untergeordneten Sonderorganisationen der VN wie die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die Konferenz der VN für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und das Entwicklungsprogramm (UNDP) als verbündete Organisationen angesehen, gegenüber welchen die *Vía Campesina* als *Insider* auftreten wollte. Auf der anderen Seite wurden die WTO, der IWF und die WB als gegnerische Organisationen identifiziert, mit welchen außerhalb des institutionellen Rahmens, also als *Outsider* interagiert werden sollte.

6.2.2.1. *Vía Campesina* als „Insider“

Die Wahl für die Rolle eines *Insiders* bedeutet im Grunde, dass eine TSB eine bestimmte internationale Organisation über institutionalisierte Artikulationskanäle, bzw. Aktionsformen gemäß den eigenen Interessen beeinflussen will. Laut Passy ist das primäre Ziel einer TSB in

diesem Fall, sich innerhalb der VN zu etablieren, um auf diese Weise auf die Erstellung internationaler Konventionen oder Normen (*international normative frameworks*) zu drängen. Internationale Konventionen haben für TSB einen hohen Stellenwert, da diese durch die Ratifizierung auf der nationalen Ebene der Mitgliedsstaaten zum rechtlichen Schutz oder bestimmten Vorteilen der jeweiligen Mitglieder der TSB führen können. Für die Erstellung internationaler Normen im Bereich wirtschaftlicher und sozialer Fragen ist der Wirtschafts- und Sozialrat ECOSOC eines der wichtigsten Gremien der VN. Für die Vorbereitung der internationalen Konventionen sind wiederum die Sonderorganisationen des Rates wie etwa die FAO, ILO, UNCTAD, UNDP oder UNICEF zuständig. Der ECOSOC ist außerdem für die Überprüfung der Einhaltung der internationalen Konventionen von Seiten der Mitgliedsstaaten zuständig. Somit stellt sich heraus, dass der Rat und dessen Sonderorganisationen für TSB mit einer *Insider*-Rolle die wichtigsten *Targets* im VN-System darstellen (Passy 1999: 152 ff.).

Die Zusammenarbeit der *Vía Campesina* ist bis 2004 am intensivsten mit der FAO verlaufen. Bereits im Jahr 1996 wurde die *Vía Campesina* von der FAO zum Welternährungsgipfel nach Rom eingeladen. Seit diesem Zeitpunkt entwickelte sich eine feste Zusammenarbeit, da die *Vía Campesina* innerhalb der Organisationsstrukturen der FAO die für Nichtregierungsorganisationen vorgesehene Rolle als *accredited NGO* einnahm. Die *Vía Campesina* hatte das Ziel, die FAO als ein Gegengewicht zur WTO im internationalen System zu stärken und zu legitimieren (Borras 2004: 18). Ab dem Jahr 2002 bemühte sich die *Vía Campesina* in der FAO verstärkt um die Entwicklung einer internationalen Konvention zur Einschränkung gentechnisch manipulierten Saatguts. Hier ging es vor allem um das Verbot von Techniken zur Steuerung genetischer Funktionen (GURT¹³⁹), die zur Produktion sterilen Saatguts dienen. Außerdem forderte sie die vollständige Aufhebung der Patentierung lebender Organismen auf nationaler und internationaler Ebene¹⁴⁰. Bis zum Jahr 2004 unterstützte die FAO grundsätzlich alle Vorstöße der *Vía Campesina* in diesem Zusammenhang. Da die FAO ab dem Jahr 2004 aber gentechnisch manipuliertes Saatgut als Chance für die Bekämpfung der Unterernährung auf der Welt anerkannte, und nicht mehr als Risiko für die familiäre Landwirtschaft wahrnahm, distanzierte sich die *Vía Campesina* von der FAO und forderte seither vergeblich ein Ende ihrer gentechnik-befürwortenden Politik (Verhagen 2004: 2 ff.).

Während sich die *Vía Campesina* von der FAO distanzierte, wandte sie sich einer anderen Instanz der VN zu, die für die Erarbeitung internationaler Konventionen von großer

¹³⁹ *Genetic Use Restriction Technologies*

¹⁴⁰ www.mstbrazil.org/20020715_228.html

Bedeutung ist: Dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte. Bereits seit einigen Jahren engagierte sich die *Vía Campesina* für die Erneuerung der durch die FAO im Jahr 1978 etablierten Deklaration der Universellen Rechte der Landarbeiter (*Universal Declaration on the Rights of Peasant*), da diese - der TSB zufolge - keinen ausreichenden Schutz gegenüber den Konsequenzen der Liberalisierungs-Politik der WTO bieten würde¹⁴¹. In diesem Sinne beantragt die *Vía Campesina* seit einigen Jahren vor der VN-Kommission für Menschenrechte, dass sie die Resolution zu den von ihr überarbeiteten *Peasant Rights* verabschiede. Die Kommission ist dennoch bis heute nicht auf die Petition eingegangen, obwohl Jean Ziegler – der Sonderberichterstatter der VN für Ernährung – jährlich auf die Notwendigkeit einer solchen Reform in seinem Bericht für die VN-Kommission für Menschenrechte und die Generalversammlung hinweist (Borras 2004: 12).

Die eben dargestellten Beispiele zeigen, dass sich die *Vía Campesina* auf Dauer nicht als *Insider* in einer internationalen Organisation etabliert hat. In dieser Hinsicht kann nur sporadisch von einer Institutionalisierung auf der internationalen Ebene gesprochen werden.

6.2.2.2. *Vía Campesina* als „Outsider“

Im Gegensatz zur Rolle des *Insiders*, versucht eine TSB als *Outsider* internationale Organisationen über externen Druck, also mittels demonstrativer oder auch direkt-koerziver Aktionsformen zum Handeln zu drängen oder in der internationalen Öffentlichkeit zu delegitimieren (s.o.). Für die *Vía Campesina* gelten die internationalen Finanz- und Handelsorganisationen IWF, WB und WTO als wichtigste *Targets*, gegenüber welchen sie die Rolle eines *Outsiders* einnimmt, da sie diese Institutionen und deren Politik - wie bereits dargestellt - nicht akzeptiert (ebd.: 10).

Das wichtigste Ziel der *Vía Campesina* als *Outsider* ist es, in der internationalen Öffentlichkeit auf die Politik des IWF, der WB und der WTO und die damit verbundenen Konsequenzen (s.o.) für die familiäre Landwirtschaft in den Ländern der *Vía Campesina* Mitglieder aufmerksam zu machen. Diese internationalen Organisationen sollten in der internationalen Öffentlichkeit sowohl delegitimiert und nach Möglichkeit auch zu bestimmten Handlungen gedrängt werden (ebd.: 21). Dafür eignen sich insbesondere große demonstrative Mobilisierungen, wie bereits die erste Demonstration der *Vía Campesina* mit circa 5.000 Menschen während der GATT-Verhandlungen in Genf im Jahr 1993 zeigte. Aufgrund der dort erhaltenen großen öffentlichen Aufmerksamkeit wurden spätere demonstrative Aktionen meist parallel zu den Konferenzen des IWF und der WB, bzw. während der

¹⁴¹ www.cetim.ch/en/interventions_details.php?iid=150

Ministerkonferenzen der WTO veranstaltet. Seit dem Jahr 2001 bildete schließlich auch das jährlich stattfindende Weltsozialforum (Siehe 5.3.2.) eine wichtige Plattform für demonstrative Aktionen (Vía Campesina 2002: 2).

Auf welche Art und Weise die Vía Campesina versucht hat, die oben genannten internationalen Organisationen in der internationalen Öffentlichkeit zu delegitimieren, soll an den folgenden zwei Beispielen veranschaulicht werden. Zum ersten versuchte die Vía Campesina das Modell der marktgestützten Landreform (Vgl. 5.1.2.2.) der Weltbank im Rahmen der Weltbankkonferenz im April 2002 in Washington D.C. öffentlich als fehlgeschlagen darzustellen. Aufgrund eigener Datenerhebungen erklärte sie am Ort der Konferenz, dass die Weltbank-Reformprogramme einheitlich in Ländern mit unterschiedlichen Landwirtschaftsstrukturen durchgeführt würden, was etwa in Brasilien, Guatemala, Südafrika und Kolumbien verheerende Folgen mit sich gebracht habe. Schließlich forderte die Vía Campesina ein Ende der marktgestützten Landreform und die Offenlegung aller Dokumente und Studien der Weltbank zu ihren Landreform-Programmen (Borras 2004: 11 ff.). Einem ähnlichen Zweck diene zweitens auch die Abhaltung des Internationalen Bauernforums im Jahr 2003 als Gegenveranstaltung zur fünften Ministerkonferenz der WTO in Cancún (Mexiko). Hier ging es im Wesentlichen darum, aus Sicht der Kleinbauern über die negativen Konsequenzen der Liberalisierung des Agrarsektors, die im Rahmen der Freihandelsrunden der WTO ausgehandelt wurde, zu informieren (Quintana 2005: o.S.). Parallel dazu mobilisierte die Vía Campesina mehr als 50.000 Menschen mit der Forderung, dass der Bereich Landwirtschaft von der Agenda der WTO-Verhandlungen gestrichen werden sollte. Das Scheitern der WTO-Verhandlungsrunde in Cancún sah die Vía Campesina schließlich auch als eigenen Erfolg an (Verhagen 2003: 2).

6.2.2.3. Fazit zur Vía Campesina als „In- und Outsider“

Zum Zeitpunkt ihrer Gründung glaubte die Vía Campesina an die Möglichkeit, mit einem Engagement als *Insider* die FAO als politisches Gegengewicht zur WTO, WB und IWF stärken zu können. Dieses Ziel zu erreichen, erwies sich spätestens ab dem Jahr 2004 - nach dem Bruch mit der FAO - als äußerst schwierig. Insgesamt ist zu erkennen, dass die einst klare Aufteilung zwischen feindlichen und vertrauenswürdigen internationalen Organisationen für die Vía Campesina im Laufe der Jahre verblichen war, und sie ab 2004 vor einem Aktionsdilemma stand. Diese Position war auf der vierten Generalversammlung der Vía Campesina im Jahr 2004 in São Paulo besonders gut zu erkennen. Auf dieser Versammlung war das wichtigste Thema, wie sich die Vía Campesina weiterhin gegenüber

den internationalen Finanz- und Handelsorganisationen IWF, WB und WTO sowie gegenüber der Sonderorganisationen der VN (insbesondere der FAO und der UNCTAD) positionieren sollte. Die Option für die Rolle des *Outsiders* blieb vorerst die konsequenteste, da sowohl die FAO, als auch die UNCTAD aus ihrer Sicht nicht mehr als vertrauenswürdige Organisationen angesehen wurden (Peschanski 2004a: 3). Statt den Dialog mit internationalen Organisationen zu suchen, konzentrierte sich die *Vía Campesina* fortan auf Allianzen mit Nichtregierungsorganisationen, wie etwa mit FIAN International, Friends of the Earth International und Action Aids, mit denen sie gemeinsam globale Kampagnen¹⁴² durchführte. In Anbetracht dieser konfliktreichen Beziehung der *Vía Campesina* mit den als *Targets* angesehenen internationalen Organisationen, stellt sich die Frage, welche Vorteile sich für die MST aus der Zusammenarbeit mit der *Vía Campesina* sowohl auf der internationalen als auch auf der nationalen Ebene ergeben haben.

6.3. *Vía Campesina* und MST

6.3.1. Vorteile für die MST auf der internationalen Ebene

Durch ihre Allianz mit der *Vía Campesina* auf der internationalen Ebene gewann die MST wichtige Ressourcen, die anhand einiger Beispiele dargestellt werden sollen. Es stellt sich heraus, dass die *Vía Campesina* der MST ermöglicht hat, ihren Aktionsradius auf die internationale Ebene zu erweitern und somit - sowohl als *Insider* als auch als *Outsider* - auf derselben politischen Ebene zu agieren wie ihre internationalen *Targets*. Über die *Insider*-Rolle der *Vía Campesina* konnten die Vertreter der MST etwa mit der FAO oder der VN-Kommission für Menschenrechte direkt in Kontakt treten und auf den Landkonflikt in Brasilien aufmerksam machen. Gerade letztere erwies sich als ein wichtiger Kontakt, der auch für die nationale Ebene Konsequenzen hatte: Zwar hat die *Vía Campesina* vor der Internationalen Menschenrechtskommission der VN bis dato keine Reform der *Peasant Rights* durchsetzen können, dennoch wurde großes Interesse für die Menschenrechtslage und die Situation der Landlosen in Brasilien geweckt. Im Jahr 2004 stattete der Sonderberichterstatter der VN-Menschenrechtskommission Milton Kothari Brasilien einen Besuch ab, um die Einhaltung internationaler Menschenrechtskonventionen, insbesondere in Bezug auf die Lebensbedingungen und Behausung der brasilianischen Bevölkerung zu

¹⁴² Lahusen zufolge sollen Globale Kampagnen eine globale Öffentlichkeit über die Ziele der TSB informieren, öffentliche und politische Agenden beeinflussen und Unterstützung mobilisieren (Lahusen 1999: 196). Massenmedien sind für diese Ziele sehr wichtig: So zielen die globalen Kampagnen darauf ab, die internationalen Nachrichtenagenturen zu erreichen, welche Informationen über die TSB weiterverbreiten. Um die Aufmerksamkeit der Nachrichtenagenturen anzuziehen, werden so genannte *Events*, also wichtige internationale Ereignisse (wie etwa Konferenzen) von TSB zum Anlass genommen, um ihre Ziele und Forderungen öffentlich bekannt zu machen. Zum Thema Medien und TSB siehe Lahusen 1999.

überprüfen. Auf seiner Reise besichtigte er auch einige Lager der MST und lobte diese ausdrücklich in seinem Bericht. Außerdem sei seiner Ansicht nach die Besetzungs-Taktik der MST zur Aneignung von Land in Anbetracht der bestehenden legalen und sozialen Voraussetzungen legitim, denn erst dadurch könne für Landlose das Menschenrecht auf würdiges Wohnen umgesetzt werden. In seinem Bericht, den er schließlich der brasilianischen Regierung übergab und vor der Kommission für Menschenrechte präsentierte, kritisierte er die prekären Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung in Brasilien und begrüßte das Agieren der sozialen Bewegungen, etwa in Anbetracht der unausreichenden Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Ansiedlung der landlosen Bevölkerung (Shikora 2004: 19).

Auf der anderen Seite konnte die MST über die *Outsider*-Rolle der *Via Campesina* an Mobilisierungen auf der ganzen Welt, bzw. an Demonstrationen an jedem Ort teilnehmen, an welchem die als *Target* angesehenen internationalen Organisationen Konferenzen abhielten. Das war ein Zugewinn an Ressourcen, die der MST ohne die *Via Campesina* nicht zur Verfügung standen. Außerdem ist nicht zu übersehen, dass die MST über die *Via Campesina* einfacher in der Lage war, Öffentlichkeitsarbeit auf internationaler Ebene zu leisten.

6.3.2. Vorteile für die MST auf nationaler Ebene

Zwischen der MST und der *Via Campesina* besteht eine sehr enge Bindung, was besonders dadurch gefördert wird, dass Führungspersonen der MST - wie etwa João Pedro Stédile - auch zum Führungskreis der *Via Campesina* gehören (Peschanski 2004b: 2).

Interessanterweise agiert die *Via Campesina* innerhalb Brasiliens wie ein eigenständiger Akteur, der die MST auch bei ihren Aktionen unterstützt. Es ist zu beobachten, dass die *Via Campesina* auf nationaler Ebene sowohl bei den intermediären, als auch bei den demonstrativen und direkt-koerziven Aktionsformen eine Art Beschützerrolle gegenüber der MST einnimmt. In Bezug auf die intermediären Aktionen ist die Präsenz der *Via Campesina* insbesondere bei offiziellen Treffen mit der Exekutive zu erkennen, wenn es etwa darum geht, Zugeständnisse zu erhalten und diese öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Äußerst deutlich wurde diese Haltung der *Via Campesina*, als sie die MST bei der Übergabe des Forderungskatalogs an den Minister für Ländliche Entwicklung Rossetto im Rahmen des Marsches auf Brasilia am 3. Mai 2005 begleitete (Siehe 5.1.2.3.)¹⁴³. Für die MST ist die Unterstützung seitens der *Via Campesina* zudem auch bei direkt-koerziven Aktionen von großem Interesse, vor allem wenn sie etwa polizeilicher Repression ausgesetzt ist. So wandte sich die *Via Campesina* im Oktober 2003 beispielsweise in einem offiziellen Brief an

¹⁴³ www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u68736.shtml

Präsident Lula, in dem sie sich besorgt bezüglich der polizeilichen Repression gegenüber zahlreichen MST-Mitgliedern zeigte¹⁴⁴.

Des Weiteren ist zu festzuhalten, dass sich die *Vía Campesina* seit dem Jahr 2001 gemeinsam mit der MST an direkt-koerziven Aktionen in Brasilien beteiligt: Zur ersten direkt-koerziven Aktion der *Vía Campesina* in Brasilien kam es, als französische, spanische/baskische und indonesische Bauern im Rahmen des ersten Weltsozialforums in Porto Alegre im Jahr 2001 gemeinsam mit der MST drei Hektar Land des Unternehmens Monsanto besetzten, auf denen Soja aus gentechnisch manipuliertem Saatgut angebaut wurde. Gleichzeitig wurden auch das Laboratorium und einige Geschäfte von Monsanto besetzt, über welche die Herstellung und die Vermarktung des Saatguts abliefen (Demarais 2002: 21 ff.). Die zunehmende Tendenz zu direkt-koerziven Aktionsformen sei darauf zurückzuführen, dass die *Vía Campesina* - so ihr Generalsekretär Rafael Alegría - in Brasilien auf einen radikalen Reformkurs der Regierung Lula bei den Themen Landreform und Einschränkung der Vermarktung genmanipulierten Saatguts gehofft hatte. Da dieser nicht eingeschlagen wurde, wählte sie einen ähnlichen Weg wie die MST (Behn 2003: o.S.).

6.6. Fazit: MST und die „strong state thesis“

Wenn die MST ab Mitte der 1990er Jahre in Anbetracht der Liberalisierung des Landwirtschaftssektors im Zuge der „neoliberalen“ Wende und in Bezug auf drohende Kürzungen im Bereich der Landreform begann, sich mit ländlichen Bewegungen anderer Länder zu TSB zusammenzuschließen, so verfolgte sie damit zwei Ziele: Einerseits wollte sie über die Sonderorganisationen der VN oder die VN-Menschenrechtskommission auf die Anfertigung internationaler Konventionen, bzw. Resolutionen drängen, welche ihr auf der nationalen Ebene wiederum rechtlichen Schutz gewähren sollten. Dieses Ziel wurde jedoch, wie am Beispiel der *Peasant Rights* dargestellt wurde, nicht erreicht. Das zweite Ziel bestand darin, die für die „neoliberale“ Wende in Brasilien verantwortlich gemachten internationalen Organisationen IWF, WB und WTO zu delegitimieren, bzw. zu deren Reform zu drängen. Inwiefern diese Organisationen in der internationalen Öffentlichkeit delegitimiert wurden, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht überprüft werden. Für die MST steht jedoch fest, dass zumindest die WB und der IWF nicht wesentlich reformiert worden sind, und Brasiliens Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin von diesen beeinflusst wird, solange das Land von internationalen Finanzkrediten abhängig ist (Vgl. 5.1.2.3.).

¹⁴⁴ www.lafogata.org/003latino/latino9/br_via.htm

Insofern zeigt sich am Beispiel der MST besonders deutlich, dass der Beitritt einer Bewegungsorganisation zu einer TSB und ihr Agieren auf der internationalen Ebene nicht bedeuten müssen, dass der Nationalstaat seine Rolle als wichtigstes *Target* verliert. In Bezug auf die im theoretischen Kapitel angesprochene Gegenüberstellung der *strong transnational thesis* und der *strong state thesis* wird zumindest für den brasilianischen Fall klar, dass im Grunde beide - und zwar nacheinander - zutrafen. So war in einem ersten Schritt eine Entwicklung zu beobachten, die für die *strong transnational thesis* sprach. Das war - grob dargestellt - daran festzumachen, dass (1) der Aktionsradius kollektiver Aktionen, wie am Beispiel der MST aufgezeigt, über die Nationalgrenzen hinausging, dass (2) der brasilianische Staat im Zuge der verstärkten Ausrichtung auf den Weltmarkt ab den 1990er Jahren über den Binnenmarkt an Regulierungsmacht verloren hatte, was zu einem verstärkten Einfluss „globaler ökonomischer Kräfte“ (etwa internationale Finanzinvestitionen, Preisschwankungen für Agrargüter auf dem Weltmarkt oder der Import landwirtschaftlicher Güter durch transnationale Landwirtschaftskonzerne, vgl. 5.1.2.2.) auf nationaler Ebene, und damit verbunden - etwa für die Mitglieder der MST - zu negativen sozialen Folgen geführt hat. Aus diesem Grund entstand (3) mit der *Vía Campesina* eine TSB, die sich direkt an diejenigen internationalen Organisationen wendet, welche die besagten „globalen ökonomischen Kräfte“ anhand internationaler Normen regulieren sollten. Diese internationalen Organisationen wurden - wie die FAO - von den TSB zumindest zeitweise als neue *Targets* angesehen.

Für die *strong state thesis* sprach dagegen, dass der brasilianische Staat als wichtigstes *Target* für die MST vorerst nicht durch internationale Organisationen ersetzt wurde. Ob der Grund dafür – wie Rucht behauptet – darin lag, dass die internationalen Organisationen im Vergleich zu den Nationalstaaten weniger Regulierungsmacht haben, kann hier nur am Beispiel der VN-Kommission für Menschenrechte beantwortet werden. Wie beschrieben, übergab der VN-Sonderberichterstatter Kothari im Jahr 2004 Präsident Lula einen Bericht über die mangelhafte Umsetzung des Rechts auf menschenwürdiges Wohnen (s.o.), was als Verstoß gegen die Menschenrechtscharta anzusehen ist, die von Brasilien auch ratifiziert wurde. Da aber der VN-Menschenrechtskommission von brasilianischer Seite bisher eine Kontrollkompetenz nicht vollständig zugestanden wurde (Reichel 2004: 2), war diesbezüglich auch nicht mit Sanktionen zu rechnen. In dieser Hinsicht behält Passy Recht, wenn sie von prekären Ausführungs- und Sanktionsmechanismen der VN ausgeht, die ihren souveränen Mitgliedstaaten im Regelfall keine Richtlinien aufzwingen können (Passy 1999: 152). Schließlich kann am Beispiel der MST, bzw. der *Vía Campesina* auch Rucht zugestimmt werden, wenn er davon ausgeht, dass sich TSB zwar einerseits an internationale

Organisationen wenden, um ihre Ziele auf der internationalen Ebene zu verwirklichen, in Anbetracht der begrenzten oder unflexiblen Machtstruktur der internationalen Organisationen der Nationalstaat jedoch weiterhin das wichtigste *Target* bleibt (Rucht 1999: 209 ff.).

In Anbetracht der im theoretischen Kapitel gestellten Fragen (siehe 2.3.1.), bleibt hier somit abschließend festzuhalten, dass die MST (1) über ihr Engagement auf der internationalen Ebene wichtige Ressourcen – wie etwa den Zugang zu internationalen Organisationen oder die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit - hinzugewinnen konnte. Über ihre Mitgliedschaft in der *Vía Campesina* hat sich die MST (2) auf der internationalen Ebene jedoch nur zeitweise und in Bezug auf bestimmte *Targets* institutionalisieren können. Grundsätzlich ergibt sich daraus, dass der brasilianische Staat für die MST nach wie vor das wichtigste *Target* darstellt.

7. Schluss

Bei der Untersuchung einer lateinamerikanischen sozialen Bewegung wie der MST anhand von europäischen oder US-amerikanischen theoretischen Ansätzen - was Boris mit Theorie-Import bezeichnet (Boris 1998: 16) -, ist eine der größten Gefahren, die jeweilige Realität, bzw. die wesentlichen Rahmenbedingungen zu verkennen. So eine Gefahr besteht laut Foweraker vor allem bei der Anwendung der europäischen NSB-Forschung¹⁴⁵ auf lateinamerikanische soziale Bewegungen, da dieser Ansatz - obwohl in der lateinamerikanischen Bewegungsforschung von der *Autonomist School* aufgegriffen - aus einem gesellschaftspolitischen Kontext entstand, der in Lateinamerika so nicht vorzufinden war (Siehe 2.1.3.). So ist etwa die Entstehung der so genannten NSB in Lateinamerika ab den 1980er Jahren nur schwer durch einen allumfassenden Wohlfahrtsstaat und eine äußerst starke und diversifizierte Zivilgesellschaft zu erklären, wie es etwa in den europäischen Gesellschaften der Fall war, in denen die NSB ab den 1960er Jahren entstanden. Viel eher war für die lateinamerikanischen NSB prägend, dass sie sich meist aus ressourcenarmen Bevölkerungssegmenten zusammensetzten und zudem unter autoritären Regimes entstanden, unter welchen sie dafür kämpfen mussten, überhaupt ihre bürgerlichen Rechte zu erlangen.

In Anbetracht der oben genannten Gefahr, bestand eine der größten Herausforderungen in dieser Arbeit darin, theoretische Ansätze zur Analyse der Institutionalisierung der MST zu erarbeiten. Schließlich sollte die Institutionalisierung nicht einfach als ein vorherbestimmter Prozess - wie etwa von der linearen Entwicklungsvorstellung angenommen - zu verstehen sein, sondern, aufgrund des durch Repression und Inkorporation geprägten Verhältnisses zwischen sozialen Bewegungen und Staat, als eine mögliche Handlungsoption aus Sicht der Bewegung dargestellt werden. Aus diesem Grund wurde für die Untersuchung der Institutionalisierung der MST in dieser Arbeit auf theoretische Modelle zurückgegriffen, welche sich - den Ansätzen der Ressourcenmobilisierung und des *Political Process Approach*,

¹⁴⁵ NSB steht für Neue Soziale Bewegungen (Siehe Kapitel 2).

bzw. der *Political Interaction School* folgend - am Akteur und dessen Aktionen orientieren. Raschkes Modell erwies sich hier als besonders geeignet, um die unterschiedlichen Aktionsformen der MST auf nationaler Ebene zu erfassen und diese schließlich als ein Produkt strategischen Kalküls zu verstehen. Dieses Modell musste allerdings für die Anwendung auf das Fallbeispiel angepasst werden, um die im präsidentiellen Regierungssystem Brasiliens bedeutsame Interaktion mit dem Präsidenten, bzw. mit der Exekutive als Aktionsform mit einzubeziehen. Diese Erweiterung erwies sich als ertragreich, denn dadurch konnten die Aktionsformen der MST in ihrer Gesamtheit erfasst werden.

Aufgrund der Anwendung des erweiterten Modells konnte in dieser Arbeit festgestellt werden, dass sich die MST auf der nationalen Ebene nur teilweise institutionalisiert hat. So wurde erstens dargestellt, dass die MST seit 1985 als eine Bewegungsorganisation anzusehen ist und zweitens, dass sie seit diesem Zeitpunkt bis heute (2005) gegenüber dem politischen System eine mehr-dimensionale Aktionsstrategie verfolgt. Das bedeutet, dass die MST grundsätzlich versucht hat, ihre politischen Ziele sowohl mit intermediären, direkt-koerziven als auch demonstrativen Aktionsformen zu erreichen. Institutionalisierende Tendenzen waren im Rahmen der mehr-dimensionalen Aktionsstrategie insofern zu beobachten, als dass die MST ihre intermediären Aktionsformen zunehmend entfaltet hat: Diese konzentrierten sich in den 1980er Jahren vor allem auf die Legislative, wobei hier die enge Kooperation mit der PT eine wichtige Rolle spielte, die seitdem im Kongress als Sprachrohr für die MST fungierte. Ab Mitte der 1990er Jahre bis 2005 kam es von Seiten der MST zu einer Intensivierung des Kontakts zur Exekutive, was allerdings nur durch die Prädisposition der Präsidenten Cardoso und Lula möglich gewesen ist. Unter Cardoso fokussierte sich die Interaktion auf die ministerielle Ebene und unter Lula kam es zudem zu einem direkten Kontakt zum Präsidenten. Die Beziehung zur Exekutive erwies sich insofern als besonders relevant, als dass darüber wesentliche Forderungen der MST - wie etwa die Enteignung der von ihr besetzten Grundstücke oder die Unterstützung ihrer Siedlungen anhand von staatlichen Krediten und Subventionen - verwirklicht werden konnten. In dieser Hinsicht zeichnete sich das Verhältnis MST-Exekutive zunehmend durch einen *ad hoc societal corporatism* und, insbesondere unter Lula, durch einen modernen Klientelismus aus. Zudem war zu erkennen, dass die MST durch diese Interaktion nicht an Autonomie eingebüßt hat, da sie stets durch die Ausübung demonstrativer und direkt-koerziver Aktionsformen Druckpotential entwickeln konnte.

In dieser Hinsicht war zu beobachten, dass die MST ab den 1990er Jahren zunehmend Eigenschaften eines Interessenverbandes angenommen hatte, was anhand der Erfüllung der

Kriterien (a) Oligarchisierung, (b) Zunahme an finanziellen Einnahmen, (c) Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur und (d) Mäßigung der politischen Ziele dargestellt wurde. Trotzdem konnte und kann die MST aber nicht als Interessenverband angesehen werden, da es durch den Rückgriff auf direkt-koerzive und demonstrative Aktionsformen nicht zu einer (e) Konventionalisierung der Aktionen gekommen ist. Die eben erwähnten Aktionsformen erwiesen sich als essentiell, um eine Intensivierung der intermediären überhaupt erst zu ermöglichen, bzw. um ausreichend Druck zu entwickeln und von der Exekutive als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden. Somit zeigt sich schließlich, dass nur ansatzweise von einer Institutionalisierung der MST im politischen System Brasilien auszugehen ist. Ihre Aktionsstrategie ist nicht als institutionell zu bewerten, da sich die MST - mit Ausnahme einer dreimonatigen Pause im Jahr 2003 - nicht auf intermediäre und demonstrative Aktionsformen beschränkt hat.

Es ist auch in Zukunft davon auszugehen, dass die MST auf nationaler Ebene ihre mehrdimensionale Aktionsstrategie beibehalten wird, solange vor allem auch das MST-interne Spannungsverhältnis zwischen der Nationaldirektion und der Basis nicht zu einer Spaltung der Bewegungsorganisation führt. Erst in solch einem Fall könnte die Entwicklung eintreten, dass sich die Nationaldirektion etwa als Interessenverband, von direkt-koerziven Aktionsformen verabschiedet und längerfristig eine institutionelle Aktionsstrategie verfolgt. Eine Spaltung ist allerdings in Anbetracht des begrenzten Zugangs zum politischen System und der Abhängigkeit von der Person des Präsidenten vorerst nicht erwarten.

Mit der Analyse der Institutionalisierung der MST auf der internationalen Ebene wurde des Weiteren ein Thema behandelt, welches in der lateinamerikanischen Bewegungsforschung praktisch nicht vorzufinden ist, was damit zusammenhängen kann, dass Zusammenschlüsse sozialer Bewegungen aus unterschiedlichen Ländern zu TSB in Lateinamerika noch ein junges Phänomen darstellen. Hier lag die Schwierigkeit darin, den Prozess der Institutionalisierung zu operationalisieren. Mit dem Rückgriff auf das *Insider/Outsider*-Modell von Korzeniewicz/Smith wurde schließlich ein Ansatz zugrunde gelegt, welcher ursprünglich für die Analyse der Aktionen unterschiedlicher TSB in den Verhandlungsprozessen der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) entwickelt wurde. Es zeigte sich, dass dieser Ansatz problemlos angewendet werden konnte, um die Institutionalisierungsbestrebungen der MST über die *Via Campesina* auf der internationalen Ebene darzustellen. Diesbezüglich ließ sich feststellen, dass sich die MST über ihre Mitgliedschaft in der TSB *Via Campesina* nur zeitweise und in Bezug auf bestimmte internationale Organisationen im internationalen System institutionalisiert hat. Das war der

Fall, als sich die *Vía Campesina* zwischen 1996 und 2004 als *Insider* in der FAO engagierte. Gegenüber anderen internationalen Organisationen - wie der WB, dem IWF und der WTO - wurde jedoch grundsätzlich die Rolle des *Outsiders* gewählt, so dass in diesem Fall keine Institutionalisierung stattgefunden hat. Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass die MST über ihre Mitgliedschaft in der *Vía Campesina* wie auch in anderen TSB weiterhin auf der internationalen Ebene aktiv bleiben wird. Eine Institutionalisierung im internationalen System über die Rolle des *Insiders* ist jedoch in Anbetracht der - aus Sicht der MST, bzw. der *Vía Campesina* - wenigen vertrauenswürdigen internationalen Organisationen vorerst nicht zu erwarten. Interessanterweise zeigt sich diesbezüglich, dass der Nationalstaat für die MST - trotz ihrer Interaktion mit internationalen Organisationen - weiterhin das wichtigste *Target* darstellt.

Es gibt eine Reihe von Fragen, die in dieser Arbeit nicht behandelt werden konnten, die für weitere Forschungsvorhaben interessant sein könnten. In Bezug auf die Institutionalisierung auf der nationalen Ebene wäre zum Beispiel eine genauere Untersuchung in Bezug auf das Zusammenspiel zwischen der MST und Gewerkschaften, bzw. Interessenverbänden spannend. So könnte man sich fragen, ob sich hier eventuell Konkurrenzsituationen zwischen unterschiedlichen Akteuren um einen besseren Zugang zum politischen System, bzw. zu den staatlichen Ressourcen erkennen lassen. Sinnvoll wären diesbezüglich auch vergleichende Analysen zwischen der MST und anderen Bewegungsorganisationen in Bezug auf ihre Aktionsstrategien gegenüber dem Staat. Auf der internationalen Ebene stehen genauso Fragen an, wie etwa genauere Untersuchungen zu dem Agieren der Vertreter der MST, bzw. der *Vía Campesina* in den internationalen Organisationen. Von Interesse wäre auch, inwiefern die MST Einfluss auf brasilianische Vertreter in internationalen Organisationen ausüben kann und ob das wiederum Auswirkungen für die nationale Ebene hat. Die dargestellten Fragen weisen darauf hin, dass das Thema der Institutionalisierung der MST auch in Zukunft ein interessantes Forschungsfeld darstellt.

Es bleibt abschließend festzuhalten, dass - wie am Beispiel der MST beschrieben - der Zugang zum politischen System für ländliche soziale Bewegungen in Brasilien bis heute noch äußerst begrenzt und auf die zentrale Stellung des Präsidenten fokussiert ist. Zwar werden soziale Bewegungen nicht mehr - wie etwa während der Zeit der Militärdiktatur - vom Staat unterdrückt oder über korporatistische Gewerkschaften an den Staat gebunden. Es zeigt sich jedoch, dass eine Integration in das politische System, bzw. der Einfluss auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung nur durch den Druck nicht-institutioneller Aktionsformen möglich ist. Es bleibt abzuwarten, ob sich in Zukunft eventuell durch eine

Stärkung der Parteien des linken Lagers im Kongress neue Partizipationskanäle eröffnen, die eine Ausweitung intermediärer Aktionsformen gegenüber der Legislative hervorrufen, so dass die zentrale Abhängigkeit gegenüber der Exekutive verringert werden könnte.

8. Bibliographie¹⁴⁶

AHK 2002: Brasilien Heute 2002, unter: www.ahk.com.br/brasilien/6c.htm.

Almond, Gabriel / Coleman, James 1960: The Politics of Developing Areas, Princeton.

Almond, Gabriel / Powell, G. Bingham / Strom, Kaare / Dalton, Russell J. 2000: Comparative Politics Today. A World View, New York (u.a.).

Amann, Edmund / Baer, Werner 2002: Neoliberalism and its Consequences in Brazil, in: Journal of Latin American Studies, Vol. 34, S. 945-959.

Barrios, Harald 2000: Über den Neoliberalismus hinaus. Vier Thesen zur aktuellen Debatte um Entwicklungstheorie und –praxis in Lateinamerika, in: Mols, Manfred / Ölschläger, Rainer (Hrsg.): In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert: Lateinamerikas Entwicklungserfahrungen und -perspektiven, Frankfurt a. M., S. 45-63.

Barrios, Harald / Meyer-Stamer, Jörg 2000: Vorwärts, rückwärts, seitwärts, Schluss. Widersprüche in den politischen und wirtschaftlichen Reformprozessen in Brasilien, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 5, Hamburg, S. 37-48.

Barrios, Harald / Röder, Jörg 2000: Entwicklungsfortschritte und Entwicklungsblockaden in Brasilien - Fragen der Regierbarkeit, der Systemeffizienz und der Legitimität, in: Dosch, Jörn / Faust, Jörg (Hrsg.): Die politische Dynamik politischer Herrschaft. Das Pazifische Asien und Lateinamerika, Opladen, S. 49-72.

Behn, Andreas 2003: WTO in Cancun: Demonstranten in Cancun setzen auf friedlichen Protest, in: Poonal, Nr. 590, unter: www.npla.de/poonal/p590.htm.

Birle, Peter / Wagner, Christoph 2001: Vergleichende Politikwissenschaft, Analyse und Vergleich politischer Systeme, in: Mols, Manfred / Lauth, Hans-Joachim / Wagner, Christoph: Politikwissenschaft: Eine Einführung, Paderborn, S. 99-134.

Boeckh, Andreas 2002a: Vorlesung: Politische Transformationsprozesse in Lateinamerika, Nr. 3, Staat und Gesellschaft: Patrimonialismus, Klientelismus, Korporatismus und Rechtstaatlichkeit, 21. 11. 2002, Universität Tübingen, S. 1-13.

¹⁴⁶ Die Internetquellen in dieser Bibliographie wurden am 10. September 2005 das letzte Mal aufgesucht.

Boeckh, Andreas 2002b: Neoliberalismus und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika, in: Bendel, Petra / Krennerich, Michael (Hrsg.): Soziale Ungerechtigkeit, Frankfurt a.M., S. 137-153.

Bohn Gass, Elvino 2000: Buuu!, in: Boletim Semanal da Secretaria Agrária Nacional do PT, Nr. 174, Jahrgang III, unter: www.pt.org.br/san/san174.htm.

Boris, Dieter 1998: Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg.

Borras Jr., Santurino M. 2004: La Vía Campesina. An Evolving Transnational Social Movement, Transnational Institute Briefing Series, Nr. 6, Amsterdam.

Brandford, Sue / Rocha, Jan 2002: Cutting the wire. The Story of the Landless Movement in Brazil, London.

Bröckelmann-Simon, Martin 1994: Landlose in Brasilien. Entstehungsbedingungen, Dynamik und Demokratisierungspotential der brasilianischen Landlosenbewegung, Bielefeld.

Burchardt, Hans-Jürgen 2004: Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus, Stuttgart.

Caciagli, Mario 1987: Klientelismus, in: Nohlen, Dieter / Waldmann, Peter (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 6, München.

Calcagnotto, Gilberto 2000: Der Konflikt zwischen Landlosen und Regierung in Brasilien: Überdimensionierte Folgen, unterbelichtete Ursachen, in: Brennpunkt Lateinamerika Kurzinfo, Nr. 3, Hamburg, S. 89-92.

Calcagnotto, Gilberto 2003: Die Brasilianische Landlosenbewegung MST und die Regierung Lula: Zwischen Partnerschaft und Konfrontation, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 19, Hamburg, S. 191-202.

Calcagnotto, Gilberto / Gottwald, Markus 2003: Mehr oder weniger Demokratie? Der Beitrag der Landlosenbewegung MST zur Vertiefung der Demokratie in Brasilien, Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Institut für Iberoamerikakunde, Band 13, Hamburg.

Calle, Ángel 2002: Análisis comparado de movimientos sociales, MST, Guatemala y España, in: Terra Livre, Vol. 18, Nr. 19, São Paulo, S. 37-58.

Cardoso, Fernando Henrique 1997: Reforma Agrária. Compromisso de todos, Documentos da Presidência da República, Brasília.

Carter, Miguel 2005: The Landless Rural Workers' Movement (MST) and Democracy in Brazil, Arbeitspapier Nr. 60, Centre of Brazilian Studies, University of Oxford, Oxford, unter: www.brazil.ox.ac.uk/workingpapers/Miguel%20Carter%2060.pdf.

Carvalho Rosa, Marcelo 2004: O Engenho dos movimentos. Reforma agrária e significação social na zona canavieira de Pernambuco, Dissertation, Instituto Universitário de Pesquisas do Rio de Janeiro.

Cassel, Amanda / Patel, Raj 2003: Agricultural Trade Liberalization and Brazil's Rural Poor: Consolidating Inequality, in: Food First International – Institute for Food and Development Policy (Hrsg.), Policy Brief, Nr. 8, unter: www.globalpolicy.org/globaliz/econ/2003/08agribrazil.pdf.

Cintra, Antônio Octávio 2004: O sistema de governo no Brasil, in: Avelar, Lúcia / Cintra, Antônio Octávio: Sistema Político Brasileiro: uma introdução, São Paulo, S.61-78.

Collier, Ruth Berins / Collier, David 2002: Shaping the Political Arena. Critical Junctures, the Labour Movement, and Regime Dynamics in Latin America, Indiana.

Costa, Sérgio 2002: As cores da ercília. Esfera pública, democracia, configurações pós-nacionais, Belo Horizonte/Brasilien.

Covert, Hannah H. 1998: Fighting for Agrarian Reform in Brazil: An Analysis of the Strategies and Dialogue of the Sem Terra Movement, in: Latinamericanist, Vol. 33, Nr. 2, S. 1-6.

Damm, Kurt 2005: „Seit Lula hat die Gewalt gegen Landlose wieder zugenommen“. Interview mit Darci Frigo von der Menschenrechtsorganisation Terra de Direitos, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 367, S. 15-18.

De Souza, Hamilton Octavio 2005: Mídia e movimentos sociais. A violência da imprensa, unter: www.mst.org.br/biblioteca/textos/midia/hamiltonimprensa.htm.

Della Porta, Donatella / Kriesi, Hanspeter 1999: Social Movements in a Globalizing World: An Introduction, in: Della Porta, Donnatella / Kriesi, Hanspeter / Rucht, Dieter (Hrsg.): Social Movements in a Globalizing World, New York, S. 3-22.

Della Porta, Donatella / Diani, Mario 1999: Social Movements. An Introduction, Oxford.

Demarais, Anette 2002: Out standing in their Fields: Farmers worldwide collectively take a stand against genetically modified organisms and repression, in: Briarpatch Magazine, Vol. 31, Nr.5, Regina/Canada, S. 21-24.

Doctor, Mahrukh / Power, Timothy J. 2002: The Resilience of Corporatism: Continuity and Change in Brazilian Corporatist Structures, in: Centre of Brazilian Studies, Arbeitspapier Nr. 29 (März 2002), Oxford, unter: www.brazil.ox.ac.uk/workingpapers/PowerDoctor29.pdf.

Dombois, Rainer / Imbusch, Peter 1997: Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika. Einführende Bemerkungen, in: Dombois, Rainer / Imbusch, Peter / Lauth, Hans-Joachim / Thiery, Peter (Hrsg.): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika, Frankfurt a.M., S. 9-39.

Easton, David 1953: The Political System: An Inquiry into the State of Political Science, New York.

Edelman, Mark 2003: Transnational Peasant and Farmer Movement Networks, in: Anheier, Helmut u.a. (Hrsg.): Global Civil Society 2003, Kapitel 8, Oxford, S. 185-220, unter: www.lse.ac.uk/Depts/global/Yearbook/outline2003.htm.

Ellner, Steve 1994: Two Conceptual Approaches to Latin American Social Movements from the Perspective of Activists and Scholars: A Review Essay, in: *Studies in Comparative International Development*, Vol. 29, Nr. 3, S. 70-80.

Ellner, Steve 1999: Obstacles to the Consolidation of the Venezuela Neighbourhood Movement: National and Local Cleavages, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 31, S. 75-97.

Fatheuer, Thomas 1997: Die Wiederkehr des Verdrängten – Agrarreform und soziale Bewegungen in Brasilien, in: Gabbert, Karin (u.a.): *Lateinamerika. Analysen und Berichte 21: Land und Freiheit*, Bad Honnef, S. 17-32.

Faust, Jörg 2003: Brazil: Resisting Globalization through Federalism?, in: Barrios, Harald / Beck, Martin / Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Resistance to Globalization: Political Struggle and Cultural Resilience in the Middle East, Russia, and Latin America*, Münster (u.a.), S. 158-177.

FDCL 2003: Muita gente sem terra – muita terra sem gente. Recht auf Land. Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte in Brasilien am Beispiel der Landkonflikte, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile – Lateinamerika FDCL e.V. (Hrsg.), Berlin.

Fernandes, Bernardo M. 2000: O movimento social como categoria geográfica, in: *Terra Livre*, Nr. 15, São Paulo, S. 59-85. 1-17.

Fernandes, Bernardo M. 2001: A ocupação como forma de acesso à terra, gehaltenen Vortrag auf der 23. Konferenz der *International Association of Latin American Studies (LASA)*, Washington D.C., 6.- 8. September 2001.

Fernandes, Aparecida / Quintanilla, Angela / Isasa, Maria / Pozzobon, Regina 2002: Consideraciones sobre los movimientos sociales y la participación popular en Brasil, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 182, Caracas/Venezuela, S. 139-154.

Foweraker, Joe 1995: *Theorizing Social Movements*, London.

Foweraker, Joe 2001: Grassroots Movements and Political Activism in Latin America: A Critical Comparison of Chile and Brazil, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 33, S. 839-865.

Freire, Sílvia 2002: Ministro de Lula foi secretário de Fleury e é contrário a invasões do MST, in: *Folha de São Paulo Online* (13.12.2002), unter: www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u43530.shtml.

Fritz, Barbara 2003: Brasilien: Neue Ziele, orthodoxe Politik – Wie tragfähig ist Lulas Wirtschaftspolitik?, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 13, Hamburg, S. 123-134.

Gamson, Williamson 1975: *The Strategy of Social Protest*, Homewood, Illinois.

Gloger, Christian 2003: Brasiliens politische Landschaft nach den Wahlen 2002: Wandel und Kontinuität, in: *Lateinamerika Analysen*, Nr.4, S. 73-101.

Gohn, Maria da Glória 1997: *Os sem-terra, ONGs e cidadania: A sociedade civil brasileira na era da globalização*, Sao Paulo.

Graziano, Xico 2005: Landreform in Brasilien. Integration und Verteilungsmechanismen, KAS-Auslandsinformationen, Nr. 5, S.44-70, unter: www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_6780_1.pdf.

Haber, Paul Lawrence 1996: Identity and Political Process: Recent Trends in the Study of Latin American Social Movements, in: Latin American Research Review, Vol. 31, Nr.1, S. 171-188.

Hammond, John L. 2004: The MST and the Media: Competing Images of the Brazilian Farmworkers' Movement, in: Latin American Politics and Society, Vol. 46, Nr. 4, S. 61-90.

Harnecker, Marta 2003: Landless People: Building a Social Movement, Editora Expressão Popular (Vlg.), São Paulo/ Brasilien.

Helfand, Steven M. 2003: The Impact of Agricultural Policy Reforms on the Agricultural Sector in Brazil in the 1990s: Implications for Pro-Poor Agricultural Policies, Diskussionspapier für das "OECD Global Forum on Agriculture Designing and Implementation Pro-Poor Agricultural Policies", Paris, 10.-11. Dezember 2003.

Hellmann, Kai-Uwe 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen (u.a.), S. 9-30.

Hofmeister, Wilhelm 2004: Warten auf den Wandel. Das erste Regierungsjahr von Präsident Lula da Silva in Brasilien, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Auslandsinformationen, Nr. 2, unter: www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_4374_1.pdf

Jacobsen, Kjeld A. 1997: Brasilien: Neoliberalismus „sophisticated“, in: Dombois, Rainer u.a. (Hrsg.): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika, Frankfurt a.M., S. 215-224.

Kaltmeier, Olaf / Kastner, Jens / Tuider, Elisabeth 2004: Neoliberalismus - Autonomie - Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Münster.

Käss, Susanne 2004: Die Agrarreform in Brasilien: Das seit Jahrhunderten währende Problem der Landverteilung, in: Focus Brasilien, Nr. 4, unter: www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_4265_1.pdf.

Konder Comparato, Bruno 2001: A ação política do MST, in: São Paulo em Perspectiva, Vol. 15, Nr. 4, S. 105-118.

Korzeniewicz, Roberto Patricio / Smith, William 2004: Redes regionales y movimientos sociales transnacionales en patrones emergentes de colaboración y conflicto en las Américas, in: América Latina Hoy. Revista de Ciencias Sociales, Nr. 36, S. 101-139.

Kriesi, Hanspeter 1986: Perspektiven neuer Politik: Parteien und soziale Bewegungen, in: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft (Hrsg.): Politische Parteien und neue Bewegungen, SVPW-Jahrbuch 26, Bern, S. 333-350.

Kriesi, Hanspeter 1996: The Organizational Structure of New Social Movements in a political context, in: Mc Adam, Doug / McCarthy, John D. / Zald, Mayer N. (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings, Cambridge, S. 152-184.

Lahusen, Christian 1999: International Campaigns in Context, in: Della Porta, Donnatella / Kriesi, Hanspeter / Rucht, Dieter (Hrsg.): Social Movements in a Globalizing World, New York, S. 189-205.

Lamounier, Bolívar 1995: Brazil: Inequality Against Democracy, in: Diamond, Larry / Linz, Juan J. / Lipset, Seymour Martin: Politics in Developing Countries: Comparing experiences with Democracy, Boulder, S. 67-118.

Lehmbruch, Gerhard 1977: Liberal Corporatism and Party Government, in: Comparative Political Studies, Vol. 10, S. 91-126.

Machado, João / Neto, Borges 2003: Die zwei Seelen der Regierung Lula, in: Inprekorr, Nr. 378/379, unter: www.inprekorr.de/378-brasil.htm.

Mainwaring, Scott 1997: Multipartism in Brazil, in: Mainwaring, Scott / Soberg Shugart, Matthew (Hrsg.): Presidentialism and Democracy in Latin America, Cambridge, S. 55-109.

Mainwaring, Scott 1999 (Hrsg.): Patronage, Clientelism, and Patrimonialism, in ders.: Rethinking Party Systems in the Third Wave of Democratization: The Case of Brazil, Stanford, S: 175-218.

Martins, João Pedro S. 2000: Brasil. Cinco siglos sin tierra, in: Noticias Aliadas (28.02.2000), unter: www.lapress.org/article.asp?lanCode=2&artCode=1255.

Mayreder, Rosa 1925: Der typische Verlauf sozialer Bewegungen, Wien und Leipzig.

McCarthy, John D. / Zald, Mayer N. 1977: Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory, in: American Journal of Sociology, Nr. 82, S. 1212-1241.

Meyer-Stamer, Jörg 1998: Brasilien. Gefangen im ökonomischen Teufelskreis, unter: http://tiss.zdv.uni-tuebingen.de/webroot/sp/spsba01_S99_1/Brasilien-Teufelskreis.doc.

Meyer-Stamer, Jörg 2003: Von der Globalisierungskritik zur Exportförderung. Wirtschaftspolitische Optionen und Restriktionen für die neue brasilianische Regierung, in: Lateinamerika Analyse, Nr. 4, S. 103-132.

Meyers, Reinhard 1993: Internationale Beziehungen als akademische Disziplin, in: Kriz, Jürgen / Nohlen Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 2, Heidelberg (u.a.), S.231-240.

Michels, Robert 1910: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart

Ministério da Fazenda 2005: Relatório Annual da Dívida Pública 2004, unter:

www.stn.fazenda.gov.br/hp/downloads/Apresentacao_Divida_2004.pdf#search='d%C3%ADvida%20externa%20%202004%20%20ministerio%20da%20fazenda.

MST 2005: Jornal dos Trabalhadores Rurais sem Terra. Edição Especial (Abril).

Munck, Gerardo L. 1990: Identity and Ambiguity in Democratic Struggles, in: Foweraker, Joe / Craig, Ann L.: Popular Movements and Political Change in Mexico, Boulder/London, S. 23-42.

Navarro, Zander 2001: “Mobilização sem emancipação” - as lutas sociais dos sem-terra no Brasil, in: Pensamiento Crítico, unter: www.pensamientocritico.org/zennav0604.htm.

Niedermeyer, Oskar 2001: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen in Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden.

Offe, Claus 1990: Reflections on the Institutional Self-Transformation of Movement Politics: A Tentative Stage Model, in: Dalton, Russel J. / Kuechler, Manfred: Changing the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies, Cambridge, S. 232-250.

Paasch, Armin 2003a: Agrarreform in Brasilien, in: E+Z, Nr. 11, Jg. 44, S. 427-429.

Paasch, Armin 2003b: Agrarreform unter Lula. Langsamer Start oder falsche Weichenstellung?, in: FIAN-Deutschland (Hrsg.): Dokumentation: Land in Bewegung. Recht auf Nahrung und Agrarreform in Brasilien, Herne, S. 27-28.

Pagés, Marisol 2000: El Área de Libre Comercio de las Américas (ALCA) y la sociedad civil, in: Podesta, Bruno u.a. (Hrsg.): Ciudadanía y mundialización: La sociedad civil ante la integración regional, Madrid, o.S.

Parsons, Talcott 1951: The Social System, New York.

Passy, Florence 1999: The rights of the indiginous peoples, in: Della Porta, Donnatella / Kriesi, Hanspeter / Rucht, Dieter (Hrsg.): Social Movements in a Globalizing World, New York, S.148-169.

Peschanski, João 2004a: Declaration of the Via Campesina's fourth international conference - 19th June, unter: www.viacampesina.org/IMG/_article_PDF/article_490.pdf.

Peschanski, João 2004b: Dirigentes explicam importância da Conferência - 11 de Junho, unter: www.viacampesina.org/IMG/_article_PDF/article_397.pdf.

Petras, James / Veltmeyer, Henry 2003: Whither Lula's Brazil? Neoliberalism and “Third Way” Ideology, in: The Journal of Peasant Studies, Vol. 31, Nr. 1, S. 1-44.

Pinassi, Maria Orlanda 2000: An Interview with João Pedro Stédile, in: Latin American Perspectives, Vol. 27, Nr. 5, S. 46-62.

Piven, Frances Fox / Cloward, Richard A. 1986: Aufstand der Armen, Frankfurt a.M.

PNRA 2004: II Plano Nacional de Reforma Agrária. Paz, produção e qualidade de vida no meio rural, unter: www.mda.gov.br/arquivos/PNRA_2004.pdf.

Quenter, Sven 1999: Politische Soziologie, in: Berg-Schlosser, Dirk / Quenter, Sven: Literaturführer Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung in die Standardwerke und „Klassiker“ der Gegenwart, Stuttgart (u.a.), S. 108-132.

Quintana, Vícor M 2005: Rumbo a Hong Kong: La Vía Campeña cabala denuevo, in: Rebelión (29.06.2005), unter: www.rebellion.org/noticia.php?id=17131.

Raschke, Joachim 1985: Soziale Bewegungen: Ein historischer und systematischer Grundriss, Frankfurt a.M. (u.a.).

Reichel, Bianca 2004: Menschenrechte in Brasilien. UN-Berichterstatte deckt Schwächen der Justiz auf, in: Focus Brasilien, Nr. 16, unter: www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_5799_1.pdf.

Reutter, Werner 1991: Korporatismustheorien. Kritik, Vergleich, Perspektiven, Frankfurt a.M. (u.a.).

Rieger, Günter 1998: Ziviler Ungehorsam, in: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf / Schüttemeyer, Suzanne S. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 7, Heidelberg (u.a.), S. 735-736.

Rucht, Dieter 1983: Institutionalisierungstendenzen der neuen sozialen Bewegungen, in: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.): Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik. Opladen, S: 199-212.

Rucht, Dieter 1990: The Strategies and Action Repertoires of New Movements, in: Dalton, Russel J. / Kuechler, Manfred: Changing the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies, Cambridge, S. 156-175.

Rucht, Dieter 1999: The Transnationalization of Social Movements: Trends, Causes, Problems, in: Della Porta, Donnatella / Kriesi, Hanspeter / Rucht, Dieter (Hrsg.): Social Movements in a Globalizing World, New York, S. 206-222.

Rucht, Dieter / Blattert, Barbara / Rink, Dieter (Hrsg.) 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung?: Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands, Frankfurt/New York.

Samuels, David 2003: Fiscal Straitjacket: The Politics of Macroeconomic Reform in Brazil, 1995-2002, in: Journals of Latin American Studies, Vol. 35, S. 545-569.

Santos, Raimundo 2001: Lula y el Movimiento de los Sin Tierra. En la hora de la política, in: Nueva Sociedad, Nr. 187, S. 128-138.

Schmitter, Phillippe 1971: Interest Conflict & Political Change in Brazil, Stanford.

Schmitter, Phillippe 1974: Still the Century of Corporatism?, in: The Review of Politics, Vol. 36, Nr. 1, S. 85-131.

Schütt-Wetschky, Eberhard 1997: Interessenverbände und Staat, Darmstadt.

Serrano Onate, Maite / Jerez Novara, Ariel 1991: Los movimientos sociales en la transición brasileña, in: América Latina Hoy. Revista de Ciencias Sociales, Nr.1: Movimientos Sociales y Democracia, Madrid, S. 47-54.

Shikora, Jan 2004: UNO nimmt Wohnverhältnisse in Recife unter die Lupe, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 363/364, S. 19-21.

Siqueira, Carlos Eduardo / Castro, Hermano / de Araújo, Tanja María 2003: A globalização dos movimentos sociais: resposta social à Globalização Corporativa Neoliberal, in: Ciência & Saúde Coletiva, Vol. 8, Nr. 4, S. 847-858.

Smith, J. / Pagnucco, R. / Romeril, W. (Hrsg.) 1994: Transnational Social Movement Organisations in the Global Political Arena, in: Voluntas: International Journal of Voluntary and Non-Profit Organisations, Vol. 5, S. 121-54.

Smith, Jackie / Chatfield, Charles / Pagnucco, Ron (Hrsg.) 1997: Transnational Social Movements and Global Politics: Solidarity Beyond the State, Syracuse.

Stédile, João Pedro 2002: Landless Battalions. The Sem Terra Movement of Brazil, in: New Left Review, Nr. 15, S. 77-104.

Stédile, João Pedro 2004: El MST y las disputas por las alternativas en Brasil, in: Pensamiento Crítico, unter: www.pensamientocritico.org/joaped0704.htm.

Steinfelder, Michael 2001: Landlosenbewegung in Brasilien, 15 Jahre Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), in: Wentzlaff-Eggebert, Christian / Trainee, Martin: Arbeitspapiere zur Lateinamerikaforschung, II-02, Köln.

Tarrow, Sidney 1988: National Politics and Collective Action: Recent Theory and Research in Western Europe and the United States, in: Annual Review of Sociology, Vol. 14, S. 421-440.

Tarrow, Sidney 1996: States and Opportunities, in: McAdam, Doug / McCarthy, John D. / Zald Mayer N. (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements: Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings, Cambridge (u.a.), S. 41-61.

Tarrow, Sidney 1998: Power in Movement, Social Movements and Contentious Politics, Cambridge.

Tilly, Charles 2004: Social Movements, 1768-2004, Boulder/London.

Toews, Britany Ying Ying 2003: Grassroots Co-operativism: The Rural Landless Workers Movement of Brazil and Alternative Rural Development, unter: http://ecommons.uwinnipeg.ca/archive/00000004/01/IDS_Thesis_Toews_2003.pdf.

Verhagen, Nico 2003: Comunicado Vía Campesina después de “Cancún”, unter: www.viacampesina.org/IMG/_article_PDF/article_268.pdf.

Verhagen, Nico 2004: FAO promueve transgénicos, golpe en la cara para defensores de la soberanía alimentaria, unter: www.viacampesina.org/IMG/_article_PDF/article_333.pdf.

Via Campesina 2002: On importance mobilising character World Social Forum, unter: www.viacampesina.org/IMG/_article_PDF/article_184.pdf.

Weyland, Kurt 1996: Obstacles to Social Reform in Brazil's New Democracy, in: Comparative Politics, Vol. 29, Nr. 1, S. 1-21.

Williamson, John 2000: What Should the World Bank Think about the Washington Consensus?, in: The World Bank Research Observer, Vol. 15, Nr. 2, S. 251-64.

Winckler, Carlos Roberto 2000: El Aprendizaje de la República. Los movimientos sociales brasileños en los años recientes, in: ¡Atención!: Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Instituts, Band 4, S. 212-227.

Windfuhr, Michael 1997: Die Rolle des Agrarsektors. Politische und rechtliche Rahmenbedingungen von Ernährungssicherheit, in: Gabbert, Karin (u.a.): Lateinamerika. Analysen und Berichte 21: Land und Freiheit, Bad Honnef, S. 17-32.

Woyke, Wichard 1996: Internationale Organisationen, in: Kohler-Koch, Beate / Woyke, Wichard (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 5, Heidelberg (u.a.), S. 171-176.

Wolford, Wendy / Wright, Agnus 2003: To Inherit the Earth. The Landless Movement and the Struggle for a New Brazil, Canada.

Wolford, Wendy 2004: Families, Fields, and Fighting for Land. Spatial Dynamics of Contention in Rural Brazil, in: Mobilization. An International Journal, Vol. 8, Nr. 2, S. 201-215.

Zibechi, Raul 2004: Brasil. Rençe a esperança, in: Pensamento Crítico, unter: www.pensamientocritico.org/rauzib10105.htm.

Aufgesuchte Internetseiten [Rev. 15. September 2005]

- CONTAG: <http://www.contag.org.br>
- Folha de São Paulo Online: <http://www.folha.uol.com.br/>
- INCRA: <http://www.incra.gov.br>
- MST: <http://www.mst.org.br>
- PT: <http://www.pt.org.br/>
- USP: <http://www.usp.br>
- Vía Campesina: <http://www.viacampesina.org>

Anhang 1: Anzahl der MST-Lager und in ihr lebenden Familien (1990-2001)

Jahr	Anzahl der Lager	Anzahl Familien
2001	585	75.730
2000	555	73.066
1999	538	69.804
1998	388	62.864
1997	281	52.276
1996	250	42.682
1995	101	31.619
1994	125	24.590
1993	214	40.109
1992	149	20.596
1991	78	9.203
1990	119	12.805
Insgesamt	2.194	368.325

Quelle: www.mst.org.br/biblioteca/acampam/acamptot.html